



Gesprächskreis für Landesorganisationen
der Weiterbildung NRW
c/o Landesverband der Volkshochschulen von NRW
Heiliger Weg 7-9 – 44135 Dortmund

Arbeitsgruppe Politische Bildung NRW
c/o Bildungswerk der Humanistischen Union
Kronprinzenstr. 15 – 45128 Essen
Tel. 0201 / 22 79 82
arbeitsstelle@hu-bildungswerk.de

demokratie stärken – zukunft denken Aus der Praxis der politischen Erwach-senenbildung in Nordrhein-Westfalen

demokratie stärken – zukunft denken

Aus der Praxis der
politischen Erwach-
senenbildung in
Nordrhein-Westfalen

inhalt

Vorwort	2
<u>01</u> Bildung für die Demokratie	4
Wozu braucht eine Demokratie politische Bildung?	6
Worum geht es eigentlich in der politischen Bildung?	10
Wer bietet politische Erwachsenenbildung?	14
Statements und Interviews	16
<u>02</u> Themen und Projekte	24
Lebendige Kommunen	26
Arbeit und Gerechtigkeit	32
International und interkulturell	42
Bildung für alle	54
Erinnerungskultur im Dialog	62
Umgang mit Medien	66
Freiwillig und aktiv	72
<u>03</u> Service	76
Adressen zur politischen Bildung	78
Literatur	82
Impressum	84

Vorwort

Der Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung in NRW begrüßt die Initiative einer trägerübergreifenden Arbeitsgruppe, Einblicke in die politische Erwachsenenbildung Nordrhein-Westfalens zu geben.

Der Gesprächskreis vertritt mehr als 20 Landesorganisationen in Nordrhein-Westfalen. Mit dieser Publikation will er zu einer möglichst intensiven Rezeption in der interessierten Öffentlichkeit beitragen. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussionen um „Bildung für alle“, „Arbeit und Gerechtigkeit“ und „Zukunft der Kommunen“ ist diese Präsentation der politischen Bildung aktuell und notwendig. Überdies ist es sinnvoll, nach der Novellierung des nordrhein-westfälischen Weiterbildungsgesetzes die praxisorientierten Beiträge einer modernen politischen Bildung vorzustellen.

Die Weiterbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen haben unterschiedliche politische und weltanschauliche Wurzeln und akzentuieren ihre Aufgaben verschieden. Dieser Pluralismus ist nicht nur Bestandteil einer lebendigen Demokratie, er ist getragen von dem Konsens, dass schulische und außerschulische politische Bildung sowie politische Erwachsenenbildung unentbehrliche Elemente der politischen Kultur sind. Zur Stärkung, Sicherung und Weiterentwicklung des demokratischen und sozialen Rechtsstaats sind sie unabdingbar. Die politische Erwachsenenbildung ist lebendiger denn je – mehr als 800.000 Menschen jährlich nutzen in NRW ihre Angebote, um sich fit für die Demokratie, ihre Mitgestaltung und Vertretung ihrer eigenen Interessen zu machen. Tagungen, Seminare und Kurse der politischen Bildung geben die Chance, politisches Wissen zu erwerben, unterschiedliche Interessenlagen und Machtstrukturen zu erkennen, Argumente und Kompromisse zu erproben, Konflikte auszutragen und beizulegen und sich mit Anderen milieu- und positionsübergreifend auszutauschen. Die politische Bildung bezieht Position für die Werte und Grundrechte der Verfassung und ist auch ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Dies ist von hoher Bedeutung für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben in einer sich immer schneller wandelnden Gesellschaft. Lebendige Demokratie braucht unsere Einrichtungen, aus denen immer wieder qualifizierte und engagierte Menschen hervorgehen, die mit ihren Initiativen zur Weiterentwicklung des Rechts- und Sozialstaats beitragen. Und diese Einrichtungen haben politischen und fachlichen Rückhalt verdient – wie z. B. durch die Landeszentrale für politische Bildung NRW, die auch die Veröffentlichung dieses Berichts gefördert hat. Für diese Unterstützung bedanken wir uns.

Für den Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen:

Reiner Hammelrath
Erwin Müller-Ruckwitt

01

bildung für die demokratie

Was ist überhaupt politische Erwachsenenbildung? Kann dabei jeder und jede mitmachen? Und wer braucht sie? Seminare, Kurse, Werkstätten, Fortbildungen und Tagungen werden jährlich immerhin von einigen Hunderttausend Menschen in Nordrhein-Westfalen als Bestandteil ihres demokratischen Engagements genutzt.

Wozu braucht die Demokratie politische Bildung?



Das Leben in einem politischen Gemeinwesen entspricht keinem Naturzustand. Auch wenn gesellschaftliche Verhältnisse manchmal unabänderlich erscheinen und politische Entscheidungen schwierig und langsam zu gestalten sind: wie wir leben und wie wir leben wollen, unterliegt unserer gemeinsamen Verfügung und unserer gemeinsamen Gestaltungskompetenz.

Demokratie bedeutet im weitesten Sinne, dass die Bürgerinnen und Bürger sich selbst regieren. Sie tun dies allerdings in der Regel nicht direkt, sondern geben durch die Wahl Politikern ein begrenztes Mandat. Die wenigsten Politiker betreiben Politik im Hauptberuf. Politik, das heißt: die Diskussion und Regulierung aller uns gemeinsam aufgegebenen Probleme, vollzieht sich dennoch beinahe überall, in Gemeinderäten und Parlamenten, aber auch in Belegschaftsvertretungen, bei Versammlungen, in Bürgerinitiativen und gemeinnützigen Vereinen, bei Demonstrationen oder auch beim Lesen der Tageszeitung und beim Anschauen einer Fernsehdokumentation zu aktuellen Konflikten. Demokratie setzt also auch voraus, dass ein ständiger Dialog zwischen Bürgern und Bürgerinnen und den von ihnen delegierten Politikern über die öffentlichen Angelegenheiten stattfindet.

Demokratische Tugenden

Ohne aktive Bürgerinnen und Bürger ist eine Demokratie nicht denkbar. Solche Aktivisten für das Gemeinwesen werden aber nicht geboren; so wie berufliche Kompetenzen erarbeitet und entwickelt werden müssen, gilt dies auch für die politische Arbeit und die Bürgerarbeit. Dabei sind viele Instanzen beteiligt, ohne dass es im Lebenslauf immer besonders auffällt: die Familien, die Schulen und andere Bildungsinstitutionen wirken daran ebenso mit wie die Kirchen, die Parteien und Verbände, die Medien oder auch das Milieu, in dem man groß wird. Dies reicht aber nicht aus. Politisches Wissen und Urteilskraft, wichtige Wertorientierungen und die Bereitschaft zur Beteiligung – zusammengefasst: demokratische Tugenden – müssen an besonderen Orten erarbeitet, erweitert und immer wieder überprüft werden. Die Orte, an denen das geschieht, sind in erster Linie die Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung; dazu zählen Heimvolkshochschulen, Bildungsstätten, Bildungswerke, Stiftungen und Volkshochschulen und deren Veranstaltungen.

Wie wird unsere Zukunft aussehen?

Welche Zukunft wir unseren Kindern hinterlassen wollen, dafür sind wir heute mitverantwortlich. Ansichten über die Zukunft, Interessen und die politische Meinung prägende Weltanschauungen liegen oft weit auseinander. Die Anerkennung komplizierter Verhältnisse und sehr verschiedener Sichtweisen gehören zu einer demokratischen Politik dazu. Politische Entscheidungen können oft unübersichtliche Konsequenzen hervorbringen – zu den politischen Tugenden gehört es, Unübersichtlichkeiten und Ungewissheiten auszuhalten. Wir brauchen aber auch Orte der Konfrontation von Positionen, des Austauschs über Visionen und Enttäuschungen.

Begegnung und Dialog

Politische Bildung unterliegt im Gegensatz zur Politik keinem Entscheidungs- und Fraktionszwang, sie ist freiwillig in der Teilnahme und bedrängt niemanden, eine spezielle Position einzunehmen. Ihre Veranstaltungen bilden aber Foren, in denen nicht nur relevantes Wissen vermittelt wird, sondern sich unterschiedliche Positionen austauschen oder kontrovers begegnen. Im Diskurs mit Anderen werden Orientierungen gestärkt, bestätigt, irritiert oder auch völlig verändert. Politische Vorschläge sind stets irrtumsanfällig und meistens umstritten. In Seminaren, Tagungen, Podiumsveranstaltungen

„Mehr und besser politisch informierte Bürgerinnen und Bürger“!



Als jemand, der selbst in der Weiterbildung tätig war, weiß ich, wie stark die politische Erwachsenenbildung im Fokus des Weiterbildungsgesetzes stand: Wir wussten, dass eine demokratische Gesellschaft immer wieder Impulse, Debatten und die Qualifizierung von Einzelnen und Gruppen braucht, die sich einmischen wollen. Das bleibt auch heute richtig: Die allgemeine Orientierungslosigkeit ist eher größer geworden. Und: Wir brauchen mehr und besser politisch informierte Bürgerinnen und Bürger, denn auf der Basis des Fernseh-Nachmittagsprogramms können die sich nicht an komplexen politischen Entscheidungen beteiligen – um da mitreden zu können, brauchen sie mehr als 2-Minuten-Informationshäppchen. Und dann liegt mir – auch aus eigener Berufserfahrung in der Branche heraus – die Unabhängigkeit der politischen Bildung am Herzen: gerade deren Themen müssen auch weiter in voller Lehrplanfreiheit, wie das Weiterbildungsgesetz sie gibt, angeboten und diskutiert werden. Das ist ein großer Vertrauensvorschuss für die Bildungseinrichtungen und die Profis – aber sie haben ihn bisher gut genutzt für ein sehr vielfältiges Angebot, auf das wir in NRW immer noch stolz sein können.

Jürgen Büssow
Regierungspräsident im Bezirk Düsseldorf

staltungen begegnen sich Politiker, Wissenschaftler, Theologen, Pädagogen, Betriebsräte, Engagierte, Neugierige, Enttäuschte, Fremde, Bekannte, Migranten, Eingeborene, Gleichgesinnte und Kontrahenten, und tauschen ihre Argumente aus. Die Kommunikation über Politik, wie sie in Bildungsstätten und Bildungseinrichtungen gepflegt wird, trägt zur Verminderung von politischen Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen bei.

Wir erkunden und gestalten die Welt

Veranstaltungen der politischen Bildung erlauben den Bürgerinnen und Bürgern, aktiv, praxisorientiert und wirklichkeitsbezogen zu lernen. Die Veranstalter holen Fachleute in die Bildungsstätten, aber verlassen auch immer öfter die „Klassenräume“, um in Exkursionen und Erkundungen die Verhältnisse vor Ort zu untersuchen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind dabei immer Experten und Laien zugleich. Selber zu denken, die Dinge vor Ort anzusehen, im Gespräch mit Anderen zu überprüfen, führt zu einer anderen Sicherheit im politische Urteil. Politische Bildung bietet dabei auch Gelegenheit, hinter die Oberfläche der Ereignisse zu schauen und Zusammenhänge zu begreifen. Politische Bildung ist zugleich politisches Probedenken und die gemeinsame Suche nach Lösungen. In Planungswerkstätten und anderen Formen bürgerschaftlicher Beteiligung werden Menschen zur Beteiligung ermutigt, neue Perspektiven eingenommen und Handlungshorizonte erschlossen.

Wir vergessen nicht die Opfer der Geschichte

Politik umfasst nicht nur Gegenwart und Zukunft. Vergangene Politik hat ihre Spuren vielfältig in unseren Erinnerungen hinterlassen. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist gekennzeichnet von zahlreichen politischen Verbrechen und daraus resultierenden menschlichen Katastrophen: Völkermorde, Kriege, Vertreibungen und Entrechtungen. Dahinter verbergen sich einzelne menschliche Schicksale, aber auch die ganzer sozialer Gruppen und Völker. Insbesondere der von den Nationalsozialisten betriebene und beinahe vollendete Versuch, während des Zweiten Weltkriegs die europäischen Juden als Gesamtheit zu ermorden, wird auch zukünftig im Selbstverständnis einer die historische Verantwortung nicht verleug-

nenden deutschen Politik eine zentrale Rolle spielen. Ein politisches Gemeinwesen darf die Opfer der Geschichte nicht vergessen.

Wie wir an diese erinnern, zeugt auch davon, nach welchen moralischen und bürgerrechtlichen Maßstäben wir die Zukunft gestalten wollen. Eine wichtige Aufgabe der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung besteht darin, mit neuen Generationen die Erfahrungen von Unrecht und Zivilcourage immer wieder neu zu deuten und diese Erinnerung produktiv zu gestalten.

Ein Netzwerk für die Zivilgesellschaft

Die Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung arbeiten nicht isoliert. Bei der Planung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen wirken meistens Verbände, staatliche Institutionen, Parteien, Initiativen, Betriebe und Bürger zusammen. Alle diese Organisationen vertreten – in der Regel berechnete – Interessen, aber sie funktionieren auch wie Seismographen sozialer und politischer Problemlagen: Sie wissen, welche neuen Probleme in der Gesellschaft aufgetaucht, welche alten noch nicht erledigt sind, sie spiegeln die reale Vielfalt und die Wirklichkeit der Gesellschaft und bringen sie zusammen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in die Veranstaltungen ein. Politische Bildung unterstützt aber auch umgekehrt die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Initiativen, Parteien und Verbänden. ○

Paul Ciupke



„Mündige Demokraten fallen nicht vom Himmel“

In Sachen politischer
Bildung bin ich familiär,

beruflich, freizeitmäßig vorbelastet. Aber gerade seit ich vom Freizeit- zum Vollzeitpolitiker wurde, hat für mich die Bedeutung von politischer Bildung noch zu genommen. Immer stärker empfinde ich inzwischen die Kluft zwischen dem realen politischen Prozess und seinen Akteuren, dem medialen Bild von Politik und den Erwartungen der BürgerInnen. Wer soll diesen rasenden, oft unerfreulichen Unübersichtlichkeiten, aufgeblasen und vernebelt oft durch parteiliche Konkurrenzkämpfe, noch folgen neben Beruf, Familie und Alltagsstress? Politische Bildung fördert Orientierungsvermögen im alltäglichen Politikdickicht, ermöglicht langen Atem und vielleicht sogar Brücken zum politischen Handeln. Mündige Demokraten fallen nicht vom Himmel und erst recht nicht vom Stamm-tisch. Politische Mündigkeit und Demokratiefähigkeit brauchen politische Bildung. Politische Bildung muss Chancen bieten und Lust machen gegen bequeme Politik- und Demokratieverdrossenheit. Wir Politiker sollten das begünstigen – und nicht immer wieder durch schlechte Beispiele konterkarieren.

Winfried Nachtwei
Mitglied des Bundestags
(Bündnis 90/Die Grünen)

Worum geht es eigentlich in der politischen Bildung?

Dass sich in der Bundesrepublik pro Jahr immerhin rund 2,5 Millionen erwachsene Menschen freiwillig in Kurse und Seminare zur politischen Bildung begeben, entsprechenden Vorträgen zuhören, Podiumsdiskussionen verfolgen, bei Studienfahrten und Exkursionen dabei sind oder sich in Workshops engagieren, spricht für die Attraktivität der politischen Bildung. Allein in Nordrhein-Westfalen nehmen jährlich etwa 800.000 Erwachsene in ihrer Freizeit die breit gefächerten Angebote von Volkshochschulen, Bildungsstätten, Bildungswerken, Akademien oder Stiftungen wahr. Was suchen und finden alle diesen Menschen in Veranstaltungen zur politischen Bildung? Welche Themen und Teilnehmergruppen werden angesprochen, welche Ziele verfolgt?

Was geschieht in der politischen Bildung?

Ein verbreitetes Missverständnis ist, politische Bildung mit Politik gleichzusetzen. Natürlich geht es um Letztere, aber politische Bildung

- ▶ **beschreibt** Entwicklungstendenzen von Staat und Gesellschaft,
- ▶ **bewertet** Entscheidungen der Tagespolitik,
- ▶ **analysiert** Sozialdaten, beispielsweise die Bevölkerungsentwicklung oder die Einkommensverteilung in der Bundesrepublik, Europa oder der Welt,
- ▶ **erklärt** Schlagworte der aktuellen politischen Diskussion, wie z.B. Globalisierung, Mediengesellschaft oder Gender Mainstreaming,
- ▶ **fragt** nach Machtstrukturen in Staat und Gesellschaft,
- ▶ **problematisiert** die Missachtung und Verletzung von demokratischen Grundsätzen,
- ▶ **diskutiert** mit spannenden Personen, die mit ihren Thesen für öffentliches Aufsehen gesorgt haben,
- ▶ **erinnert** an die Geschichte (und an das, was nicht vergessen werden darf), z.B. wenn Zeitzeugen – etwa ehemalige Insassen von Konzentrationslagern – zu Wort kommen,
- ▶ **warn**t vor Hass, Intoleranz, Diskriminierung und Menschenverachtung,
- ▶ **handelt** in Initiativen, die sich um die Geschichte eines Ortes kümmern, den Erhalt einer Wohngegend oder die Zukunft der Stadt sichern wollen.

[Selbst-]Vergewisserung

Es ist vieles „politisch“, was da in den Veranstaltungen erörtert und debattiert wird. Aber es ist keine Parteipolitik. Denn diese will ja partielle Interessen – sicherlich zum Wohle aller, aber mit der Brille einer jeweiligen Partei gesehen – unmittelbar in praktische Politik umsetzen. Politische Bildung bietet Zeit zum Nachdenken und Orte der Begegnung an. Sie lebt von der Vielfalt der Personen und Positionen, die sich in ihr begegnen. Sie vermittelt Wissen und schärft die kritische Distanz zur Schnelllebigkeit des Tagesgeschehens. Sie bietet Gelegenheiten der Selbstvergewisserung und Orientierung an. Man wird nicht auf eine „Linie“ gebracht, sondern das Ergebnis ist offen: Politische Bildung stiftet an zum Weiter-, Um- oder Neudenken. Sie ist das Gegenteil von politischer Agitation. Politisch gebildete Menschen können Versuche der politischen Beeinflussung durchschauen. Sie entscheiden sich autonom und unabhängig, wofür oder wogegen sie sich engagieren möchten. Darüber besteht Einigkeit bei denjenigen, die politische Bildung anbieten und vermitteln. ▶

„Darf es ein bisschen mehr sein? Ja, bitte!“

In meinem ersten Berufsleben als Azubi und kaufmännischer Angestellter war „Weiterbildung“ oder sogar „politische Weiterbildung“, wenn überhaupt, ein außerbetrieblicher Luxus. Mit anderen Worten: Wenn sie stattfand, dann ausschließlich in privater Heimarbeit, auf eigene Kosten und – das war der größte Mangel – ohne professionelle Anleitung oder Unterstützung. Ich lass' den langen Mittelteil mal weg und komme direkt zur Gegenwart: Heute darf ich hin und wieder an Weiterbildungsseminaren teilnehmen, und zwar als Vortragender oder „Referent“. Die wichtigste Erkenntnis aus diesen Veranstaltungen: Das dort anzutreffende Publikum ist engagiert, wach und hat sich ganz offensichtlich nicht in denkfauler Bequemlichkeit eingerichtet. Menschen, die gerne etwas lernen, die für sich und andere etwas tun wollen. Es wäre nicht schädlich, wenn es davon noch ein paar mehr gäbe.

Fritz Eckenga



Kontroverse und Offenheit

Zwar arbeiten auch in der politischen Bildung Pädagogen und Pädagoginnen mit unterschiedlichen Wertungen und Weltanschauungen. Und sicherlich wollen diejenigen, die an ihren Veranstaltungen teilnehmen, echten, engagierten und authentisch auftretenden Referenten und Referentinnen, Seminarleiter und Seminarleiterinnen begegnen. Das soll, ja muss so sein. Reizvoll wird es erst, wenn Meinungen aufeinander stoßen, und da kann der Pädagoge/die Pädagogin durchaus mitbeteiligt sein. Aber es gibt unverrückbare Grundsätze in der professionell von anerkannten Institutionen durchgeführten Bildungsarbeit: Diese wurden – nach dem Ort ihrer Verabschiedung „Beutelsbacher Konsens“ genannt – vor knapp 30 Jahren von Politikdidaktikern unterschiedlicher Positionen festgestellt. Ursprünglich für den Unterricht in allgemein bildenden Schulen vereinbart und mittlerweile auch als geeignete Grundlage für die außerschulische politische Bildung angesehen, sind das die folgenden Prinzipien:

1. Überwältigungsverbot
2. Kontroversitätsgebot
3. Interessenorientierung

Das Überwältigungsverbot besagt, dass aus Respekt vor der Mündigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an politischen Bildungsveranstaltungen niemand in seiner eigenen Meinungsbildung behindert oder gar indoktriniert werden darf. Entsprechend fordert das Kontroversitätsgebot, dass in der politischen Bildung vielfache und unterschiedliche Standpunkte zur Sprache kommen sollen. Alles, was in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft „kontrovers“ ist, soll auch so dargestellt werden.

Die Interessenorientierung bedeutet schließlich, dass die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ihre eigene Situation zum Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Analyse machen und nach Wegen suchen, die vorgefundene politische Lage in ihrem Interesse zu beeinflussen.

Gesellschaftliche und biografische Herausforderungen

An diesen Prinzipien orientiert treffen sich an zahlreichen Orten und in vielen Institutionen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Generationen, um sich politisch zu bilden. Beim Meinungsaustausch teilen sie auch ihre Lebensgeschichten mit. So werden Differenzen und Unterschiede deutlich, Toleranz und Akzeptanz geübt.

Vielfach werden auch gruppenspezifische Veranstaltungen angeboten. Diese richten sich an Menschen, deren Lebens- und Problemlagen gleich oder ähnlich sind, oder Gruppen, die längerfristig ein gemeinsames Ziel oder Interesse verfolgen. Die Liste dieser so genannten Zielgruppen ist lang bis unendlich. Zu nennen sind z.B. Frauen, die einen beruflichen Einstieg suchen, Rollstuhlfahrer/innen, Migranten/ Migrantinnen, an Ortsgeschichte Interessierte, Mieter/ Mieterinnen, Betriebs- oder Personalräte, ehrenamtlich Tätige in Strafvollzugsanstalten oder im Kinderschutzbund, Mitglieder von amnesty international, Dritte-Welt- oder Umweltgruppen...

Lehr- und Lernformen nach Maß

Ob die Veranstaltungen tagsüber oder abends stattfinden, ein Wochenende oder eine ganze Woche dauern: Diejenigen, die haupt- oder nebenberuflich politische Bildung vermitteln, handeln nicht unvorbereitet oder gar aus blindem Aktionismus. Sie haben über Jahre professionelle Standards und zahlreiche Lehr- und Lernformen erarbeitet, entwickelt und erprobt:

Es gibt immer noch den bewährten Vortrag. Dafür kommt ein Experte oder eine Expertin, der/die in kompakter Form wissenschaftlich fundierte Inhalte zu grundlegenden oder aktuellen Fragen referiert. Richtig interessant wird es, wenn das Publikum dann nachfragt oder widerspricht.

Packend kann es auch sein, wenn eine Podiumsrunde heiße Eisen debattiert, konträre Standpunkte artikuliert oder Antworten auf eine offene Frage sucht.

Die traditionellen Veranstaltungsformen in der politischen Bildung sind die regelmäßig über mehrere Wochenabende gehenden Abendkurse oder die kompakt auf Wochentage oder Wochenenden gelegten Seminare.

Besonders intensiv kann im Bildungsurlaub gelernt und gearbeitet werden, also wenn man sich an bis zu fünf Werktagen trifft und statt im Betrieb, der Firma oder dem Amt zu arbeiten an einer Bildungsstätte lernt.

In Kursen und Seminaren kommt eine breite Palette von Methoden und Arbeitsformen zum Einsatz: Rollenspiele, Planspiele, Trainings (z.B. für zivilcouragiertes Handeln, gegen Stammtischparolen, Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus), Werkstätten (Geschichts- oder Zukunftswerkstätten), Sokratische Gespräche (intensive gemeinsame Klärungen von Weltansichten oder Werten).

Schließlich ergänzen Exkursionen und Bildungsreisen das Repertoire der Lehr- und Lernformen in der politischen Bildung: Es werden Gedenkstätten besichtigt, Moscheen oder Synagogen besucht und die dort engagierten Menschen befragt. Gruppen machen sich auf den Weg, um Pläne für die Entwicklung ihrer Stadt oder Veränderungen der Umwelt zu erkunden, Lebensformen in anderen Regionen oder Ländern kennen zu lernen.



„Handeln gegen Diskriminierung professionell weiter verfolgen“

Bereits während meines Pädagogikstudiums als Mitarbeiterin in einem Essener Stadtteilprojekt und als Kursleiterin in der Alphabetisierungsarbeit, habe ich Menschen kennen gelernt, die aus verschiedensten Gründen diskriminiert werden (Hautfarbe, Geschlecht,

SozialhilfeempfängerIn,...). Im Kontext meiner Arbeit als Bildungsreferentin in der politischen Bildung kann ich mein Handeln gegen Diskriminierung professionell weiter verfolgen. Die Bemühungen und das Kernziel von politischer Bildung und sozialer Arbeit, bildungsungewohnten Bevölkerungsschichten gleichberechtigte Partizipation an gesellschaftlichen und politischen Prozessen zu ermöglichen, solche Prozesse in Gang zu setzen und Angebote zu begleiten, die sich für mehr Chancengleichheit einsetzen, stellen ein Arbeitsfeld dar, das meinem Interesse und meiner Haltung Menschen gegenüber, entspricht.

Folgt man dem in unserer „Bildungsgesellschaft“ aktuellen Zielgedanken „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“, stellt sich besonders die politische Bildung als ein Bereich dar, der in Zeiten der EU- Erweiterung und einer globalisierten und multikulturellen Welt immer mehr an Bedeutung gewinnt. Politische Bildung lässt nicht nur demokratische Prinzipien erfahrbar werden, sondern versucht auch das politische Interesse und Bewusstsein (junger) Staatsbürger zu wecken und zu fördern. Sie engagiert sich für Bildungsarbeit im Kontext der jeweiligen zeitgeschichtlichen Wandlungen und Kontinuitäten, fördert das Gespräch zwischen Generationen und Menschen verschiedener Nationalitäten und gibt Raum um eigen- sowie fremdkulturelle Wahrnehmungsmuster zu überdenken.

Besonders junge Menschen erhalten in Seminaren der politischen Bildung, ob dies nun z. B. Seminare zur Gewaltprävention oder Medienkompetenz sind, den Raum, die Zeit und gemäß ihrer Voraussetzungen ihnen angemessene Lernbedingungen, die sie benötigen, um sich zu ihren Fragen unserer Zeit auszutauschen, ihre Meinung zu äußern und ihre eigenen Ideen zur Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme zu entwickeln.

Gesellschaftliche Veränderungen sind auf Dauer nur möglich und sinnvoll, wenn sie die Spiegelung der Veränderung der Menschen selbst sind.

Marion Büchter

28 Jahre alt, Bildungsreferentin beim aktuellen forum nrw in Gelsenkirchen.

Wo Menschen sind, ist auch Politik

Der Stoff der Veranstaltungen liegt regelrecht auf der Straße, in der Lebenswelt der Menschen. Dort, wo Menschen sind, ist auch Politik, die den Alltag bestimmt sowie dieser wiederum Politik beeinflusst. Wesentlich und charakteristisch für politische Bildung ist, dass es weitergeht: Vom Alltag wird der Zusammenhang gesucht und hergestellt zu dem, was Politik verursacht und verbessern kann. Dabei spielen die Neuen Medien und Techniken eine besondere Rolle, denn sie verändern den Alltag. Um von ihnen nicht überrollt zu werden, um noch souverän und selbstbestimmt das eigene Leben meistern zu können, sind Vergewisserungen darüber erforderlich, wohin das alles führen kann und welche Entwicklung verhindert werden sollte.

Im Unterschied zum Politikunterricht in den Schulen gibt es in der politischen Erwachsenenbildung keine Lehrpläne, keine festen, von Behörden erlassenen und kontrollierten Rahmenrichtlinien. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen, ihre Bedürfnisse, Interessen und Kenntnisse sind das Maß der politischen Erwachsenenbildung. Das zentrale Stichwort heißt „Teilnehmerorientierung“. Darauf können sich bei aller Unterschiedlichkeit der sonstigen Ansichten alle verständigen, die in der politischen Erwachsenenbildung lehren, unterrichten, moderieren, Konzepte entwickeln oder Lernprozesse begleiten. Und da die Menschen unterschiedlich sind, wird es bunt, wenn sie zusammentreffen. Genauso bunt ist politische Bildung. ○

Klaus-Peter Hufer



Politische Bildungslandschaft NRW: Wer bietet politische Erwachsenenbildung?

In diesem Heft ist oft von Bildungseinrichtungen, Bildungswerken, Bildungsstätten usw. die Rede – was verbirgt sich hinter diesen Begriffen und wer spielt alles mit im Konzert der Bildungsangebote?

Schon seit dem 19. Jahrhundert gibt es politische Erwachsenenbildungsangebote im Umkreis sozialer Bewegungen und Milieus – vor allem der Arbeiterbewegung und der christlichen Konfessionen. Die auf alle öffentlichen Angelegenheiten ausgerichtete politische Bildung – teilweise unabhängig von allen Großorganisationen – aber ist ein Kind der Demokratie: In der Weimarer Republik geboren und herangewachsen, bekam sie erst durch das Erbe des Nationalsozialismus und den Neuaufbau demokratischer Institutionen in der Zeit nach 1945 den entscheidenden Entwicklungsschub.

Unterdessen wird politische Bildung staatlicherseits sowohl vom Bund als auch von Ländern und Gemeinden unterstützt. Die bekanntesten Einrichtungen sind die entsprechenden Fachbereiche der Volkshochschulen, die heute sämtlich in kommunaler Trägerschaft arbeiten und für die flächendeckende Präsenz politischer Bildungsangebote sorgen. Daneben bieten auch die parteinahen Stiftungen u.a. politische Bildung an. Das Gros der Veranstaltungen zur politischen Bildung findet jedoch in Einrichtungen der so genannten freien Träger statt, die in loser Weise den Kirchen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, gemeinnützigen Vereinen und Initiativen verbunden sind. Zu nennen sind außerdem die Zentralen für politische Bildung, die auf Bundes- und Landesebene Informationsangebote vorhalten, MultiplikatorInnen fortbilden und besondere Projekte anderer Träger fachlich und finanziell fördern. Auch weiterhin gibt es eine Reihe bewegungsorientierter Informations- und Bildungsangebote – in dieser Broschüre aber werden Arbeitsweisen und Projekte der professionell und in Institutionen betriebenen politischen Erwachsenenbildung beschrieben.

Nordrhein-Westfalen: Eine besondere Dichte und Vielfalt

In Nordrhein-Westfalen hat politische Erwachsenenbildung sogar Verfassungsrang; gleichwohl war ihre staatliche Förderung zunächst bescheiden. Nach Verabschiedung des Weiterbildungsgesetzes des Landes NRW im Jahre 1974 kam es zur Neugründung zahlreicher Bildungseinrichtungen und damit zu einer erheblichen Erweiterung der Angebotspalette. Das Gesetz bot die Möglichkeit staatlicher Anerkennung und Förderung für alle Bildungseinrichtungen, die bestimmten Qualitätsmaßstäben entsprechen (z.B. ein dauerhaftes Angebot zu machen, offen zu sein für jede/n und die Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen zu pflegen). Die Hoffnung, der Ausbau des seither „Weiterbildung“ genannten Erwachsenenbildungsnetzes könne zu einer flächendeckenden Versorgung führen, die sich dem organisierten System von Schulen und Hochschulen annähert, hat sich nicht erfüllt. Gleichwohl rangiert das nordrhein-westfälische Weiterbildungsspektrum auch nach wiederholten Kürzungen der Landeszuschüsse in seiner Vielfalt und Leistungsfähigkeit im Vergleich zu anderen Bundesländern auf einem (wissenschaftlich) anerkanntermaßen hohen Niveau.

Die Anbieter von Weiterbildung unterscheiden sich nach

- ▶ Trägerschaft (kommunale Volkshochschulen und Institutionen in anderer Trägerschaft – etwa von Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften, Berufsverbänden),
- ▶ Themenprofil (politische Bildung, Sprachenlernen, kulturelle Bildung, Familienbildung, berufliche Bildung ... in unterschiedlichen Mischungen und Akzentuierungen),

- ▶ Verbandszugehörigkeit (Volkshochschulen, evangelische und katholische Erwachsenenbildung, gewerkschaftliche und gewerkschaftsnahe Bildungsarbeit, „andere“ Weiterbildung, Landessportbund u.a.),
- ▶ Lage und Einzugsbereichen (kommunale, stadtteilorientierte, regionale, landes- und bundesweite Anbieter; städtische Bildungs- oder Kulturzentren, Tagungsstätten und Akademien in attraktiver, zumeist ländlicher Lage mit Übernachtungsmöglichkeit und einer besonderen Lernatmosphäre, und vieles mehr)
- ▶ Zielgruppen: Viele Einrichtungen sprechen besonders stark ausgewählte Teilgruppen der Bevölkerung an (Arbeitnehmer/innen, Familien, Frauen, Migrant/innen, ältere Bürger/innen, junge Erwachsene usw.).
- ▶ bevorzugten Arbeitsweisen und -formen (Kurse und Arbeitskreise im Wochenrhythmus, Abendveranstaltungen und Matineen, Kompaktworkshops, Wochenend- und Wochenseminare (Bildungsurlaub), alltags- und berufsbegleitende Langzeitfortbildungen, Studienseminare im In- und Ausland, Konferenzen und produktorientierte Projektgruppen)

Politische Bildung findet nicht in allen, wohl aber in einer Mehrheit der staatlich anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung statt. Knapp 60 von ihnen sind sogar allein auf die politische Erwachsenenbildung spezialisiert. Diese „Spezialisten der politischen Bildung“ organisieren mehr und längere Bildungsveranstaltungen als allgemeine Weiterbildungseinrichtungen. In Heimvolkshochschulen und Akademien wird besonderer Wert darauf gelegt, dass sich die Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Themen mit sozialem Lernen verbindet.

Die folgenden Praxisberichte vermitteln einen lebendigen Eindruck von der politischen Bildungslandschaft NRW, die sich durch thematische Vielfalt und methodische Kreativität empfiehlt. Wer sich in seinem regionalen Umfeld und inhaltlichen Interessenspektrum umsieht, kann deshalb sicher sein, bei den nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannten Einrichtungen auf ein qualifiziertes Angebot einschließlich Beratung zu stoßen. ○

Norbert Reichling

Der Anhang dieser Broschüre bietet Zugang zu diesem Spektrum der Anbieter über die Kontaktadressen der Weiterbildungs-Landesverbände und verschiedene Internet-Datenbanken.



Statements und Interviews



Dr. Stefan Vesper

Generalsekretär
des Zentralkomitees
der Deutschen
Katholiken, Bonn

„In einem offenen Dialog die Argumente austauschen“

Frage Ist Politik in ihrem Leben wichtig und warum?

Vesper Fast alle unsere Lebensumstände sind von Politik geprägt. Wer sich nicht politisch engagiert, überlässt das Feld anderen. Ich komme aus einem „politischen“ Elternhaus. Mein Vater war 28 Jahre lang Ratsherr der Stadt Düsseldorf. Er gehörte der CDU an. Das hat uns sehr geprägt. Mein Bruder, der Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen ist, war 10 Jahre lang Minister in Nordrhein-Westfalen. Ich habe mich stärker in der Kirche engagiert. Aber auch dieses Engagement ist immer politisch gewesen, denn wir Christen wollen ja, sehr bewusst als Kirche, die Welt mit gestalten.

Frage Gibt es Schlüsselerlebnisse, die Sie politisch nachdenklich gemacht haben?

Vesper Als erste Erinnerung fällt mir der Sechstagekrieg 1967 ein, ich war 10 oder 11 Jahre alt; Konrad Adenauer habe ich nur als historische Person kennen gelernt, Willy Brandt wirkte spannend und anziehend; ich erinnere mich an die autofreien Sonntage in der Ölkrise 1973/74; überhaupt das Aufkommen der ökologischen Frage; die Befreiung der „Landshut“; die Nachrüstungsdebatte zu Beginn der 80er Jahre. Unfassbar war der Fall der Mauer, ich habe die halbe Nacht vor dem Fernseher verbracht. Man könnte vieles andere nennen. Ein „Schlüsselerlebnis“, das ja von Zeit zu Zeit wiederzukehren scheint, ist die Forderung mancher Würdenträger, die CDU solle das „C“ aus ihrem Namen streichen. Diese Forderung regt mich immer an, im Gegenteil für ein verstärktes Engagement der Christen in den politischen Parteien zu werben. Die Demokratie braucht uns. Wir Christen sind in der Demokratie nicht „Zuschauer“, sondern aktive „Mitspieler“. Demokratie heißt Initiative. Sie lebt von der Verantwortungsbereitschaft vieler, wenn nicht aller. Rückzüge in Passivität und bloße Zuschauerhaltung gefährden sie.

Frage Wann sind Sie zum ersten Mal mit politischer Bildung außerhalb der Schule in Berührung gekommen? Haben sie konkrete Erinnerungen?

Vesper Die katholische Jugendverbandsarbeit und später die katholische Erwachsenenbildung haben mich sehr geprägt. Wichtig waren für mich politische Seminare, teils am Wochenende, teils in der Woche, bei denen wir – übrigens immer auch strittig bzw. streitsam – über Sachthemen sprachen und uns informierten.

Frage Gibt es einen Ort bzw. eine Institution, den/die Sie vor allem mit politischer Bildung verbinden?

Vesper Ich kenne fast alle katholischen Akademien in Deutschland und finde, dass sie besonders gute Arbeit machen.

Frage Wie schätzen Sie die Bedeutung von politischer Bildung außerhalb der Schulen, etwa in Bildungsstätten, Akademien oder Volkshochschulen für die Demokratie und die Bürger und Bürgerinnen ein?

Vesper Sehr hoch. Wir reden in unserer Gesellschaft zu wenig über politische Fragen. Natürlich debattiert das Parlament, natürlich gibt es politische Talkshows. Aber die Demokratie lebt vom von breiten Bevölkerungsschichten getragenen Wettstreit um die besseren Argumente und politischen Konzeptionen. Das dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht den Mandatsträgern überlassen. Und die Bürger dürfen nicht annehmen, politische Fragen seien „leicht“. Sie müssen Verständnis dafür haben, dass Problemlösungen nicht einfach vorgegeben sind, sondern sich aus der Auseinandersetzung selbst, im Weg von Versuch und Irrtum, entwickeln müssen. Vor allem braucht es Sachkompetenz! In Bildungsstätten, Akademien oder Volkshochschulen besteht die unschätzbare Möglichkeit, sich für die wichtigsten Fragen die nötigen Kenntnisse und das notwendige Rüstzeug zu erwerben. Ohne fundierte Sachkenntnis wird politisches Engagement ungläubwürdig und gefährlich. ►

► **Frage** Gibt es zur Zeit politische Fragen, die Sie sehr beschäftigen und die Sie mehr in der Öffentlichkeit diskutiert wissen möchten?

Vesper Nach wie vor finde ich, dass sich unsere Gesellschaft zu wenig um die Zukunftsfragen kümmert: die Förderung der Familie, die demographischen Probleme, die Sicherung der sozialen Sicherungssysteme, der Schutz des ungeborenen Lebens, die weltweite Armut und Ungerechtigkeit, aber auch die Zukunft des zusammenwachsenden Europas.

Ich bedauere, dass Politik immer noch zu kurzatmig denkt. Hier müssten gerade die Christen – in allen demokratischen Parteien – gegensteuern.

Und was den Stil der Debatte angeht, sollten sich gerade Christen dadurch auszeichnen, dass sie in einem offenen Dialog die Argumente austauschen und sich auch dann, wenn sie als politische Gegner erscheinen, verpflichten, einander zu achten und stets darum zu bemühen, die Meinungen und Gründe der politischen Gegner zu verstehen (vgl. den Konzilstext Gaudium et Spes, Nr. 43, dessen 40. Jahrestag wir in diesem Jahr begehen).

Frage Was würden Sie Leuten antworten, die der Meinung sind, dass sie die Politik nichts angehe?

Vesper Sie sollten einmal, am besten in einer Gruppe, eine Sitzung ihres Stadtrates mit verfolgen. Dann werden sie sehen, wie sehr sie jede einzelne Entscheidung direkt oder indirekt betrifft. Vielleicht lädt das dazu ein, sich noch stärker für die politischen Angebote von Bildungsstätten, Akademien oder Volkshochschulen zu interessieren. ○

Dr. Jörg Twenhöven

Regierungspräsident
im Bezirk Münster
seit 1995



„In den Bildungsstätten treffen in der Regel interessierte und hoch motivierte Menschen aufeinander“

Frage Ist Politik in Ihrem Leben wichtig und warum?

Twenhöven Bereits seit Grundschulzeiten interessiere ich mich für Politik und habe sie auf der lokalen Ebene aktiv verfolgt. Ein Leben ohne politisches Arbeiten, ohne Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen und ohne Auseinandersetzung mit den Grundlagen von Staat und Gesellschaft wäre für mich undenkbar.

Frage Gibt es Schlüsselerlebnisse, die Sie politisch nachdenklich gemacht haben?

Twenhöven Ja, eine Schülertagung in der Katholischen Akademie Franz-Hitze-Haus 1967 mit den frühen Vorläufern der 68er. Die frühen 67er Protestanten fand ich origineller, authentischer und vitaler als die 68er und deren Epigonen.

Frage Wann sind Sie zum ersten Mal mit politischer Bildung außerhalb der Schule in Berührung gekommen? Haben Sie konkrete Erinnerungen?

Twenhöven Recht genaue, ich habe damals mit Freunden häufiger die politischen Wochenenden in der Kommende in Dortmund besucht.

Frage Gibt es einen Ort bzw. eine Institution, den/die Sie vor allem mit politischer Bildung verbinden?

Twenhöven Ja, für mich ganz besonders die Katholische Sozialakademie Franz-Hitze-Haus.

Frage Wie schätzen Sie die Bedeutung von politischer Bildung außerhalb der Schulen ein, etwa in Bildungsstätten, Akademien oder Volkshochschulen, für die Demokratie und die Bürger und Bürgerinnen ein?

Twenhöven Ich schätze diese Art von politischer Bildung höher ein als die politische Bildung innerhalb der Schulen. In den Bildungsstätten treffen in der Regel interessierte und hoch motivierte Menschen aufeinander, um sich über politische Fragen auseinander zu setzen. ○

„Institutionelle Intelligenz ist genauso wichtig wie naturwissenschaftlich-technische Kompetenzen“.

In modernen Gesellschaften – hochentwickelten, hochkomplexen Gesellschaften – lebt es sich in vielen Hinsichten leichter als in älteren, einfacher strukturierten. In einer Hinsicht allerdings nicht: Moderne Gesellschaften müssen höhere Ansprüche an das Bildungsniveau ihrer Mitglieder stellen. Tun sie das nicht, oder gelingt es nicht, diesen Ansprüchen zu genügen, dann geht es unweigerlich bergab, auch wenn der Abstieg sich eine Zeitlang dadurch aufhalten lassen mag, dass man mehr Bildung und Gebildete von anderswoher importiert als anderswohin exportiert.

All dies wird meist nur mit Blick auf die Wirtschaft und deren naturwissenschaftlich-technischen Kompetenzbedarf beschworen. Es gilt aber auch für die politischen Institutionen, in denen

und mit denen eine Gesellschaft verbindliche Rahmenbedingungen aufstellt und ihre inneren und äußeren Interessengegensätze austrägt. Von diesen politischen Institutionen und von den Rahmenbedingungen, die sie aufstellen, hängt ab, ob der innere und äußere Friede gewahrt kann, ob es gelingt, unerwünschte Entwicklungen einzudämmen, ohne dass dabei die Entfaltung produktiver Kräfte unnötig behindert wird, und ob das System die überlebensnotwendige Fähigkeit hat und behält, sich selbst zu korrigieren und neuen Entwicklungen anzupassen. All das ist nicht nur,

aber auch für die Entwicklung von Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft von Bedeutung, denn diese gedeihen oder verkümmern in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen, die die Politik für sie setzt.

Politische Bildung und institutionelle Intelligenz sind deshalb ebenso wichtig wie naturwissenschaftlich-technische Kompetenzen, und genau wie diese müssen sie ständig auf dem Laufenden gehalten werden. Heute ist es vor allem die immer weiter zunehmende Bedeutung der supranationalen (EU) und der internationalen Politik (als Beispiel sei nur das Welthandelsrecht genannt), die uns vor neue Herausforderungen stellt. Hierhin muss öffentliche Aufmerksamkeit und öffentliches Interesse sich richten. Nur so können auch für die Entscheidungen, die getroffen werden, öffentliche Kontrolle und demokratische Verantwortung so wirksam gemacht werden, wie es nötig ist, damit die Politik auch auf dieser Ebene den Kontakt mit den Betroffenen nicht verliert. Hier sollte deshalb einer der Schwerpunkte politischer Bildung liegen.

Prof. Dr. Gertrude Lübke-Wolff

Richterin des Bundesverfassungsgerichts und
Hochschullehrerin an der Universität Bielefeld





David Adler

19 Jahre, Kursteilnehmer an der Kreis-Volkshochschule Kempen

„Meine Lebenssituation besser verstehen“

Frage Wie wichtig ist Politik für Ihr Leben?

Adler Die Politik hat große Auswirkungen auf mein Leben, ob ich mir dessen bewusst bin oder nicht. Die Beschäftigung mit der Politik lässt mich also meine Lebenssituation besser verstehen, und weiter selbständiger bestimmen. Es ist also verständlich, dass die Politik für mein Leben sehr wichtig ist.

Frage Gibt es Schlüsselerlebnisse, die Sie nachdenklich gemacht haben?

Adler Auch, wenn sich mein Interesse für die Politik eher „schleichend“ entwickelt hat, glaube ich drei bedeutende Anlässe für es benennen zu können. Angefangen hat es eigentlich, als ich politische Liedtexte von Rockbands las. Ungefähr zur selben Zeit habe ich miterlebt, wie Freunde von mir, da sie als Punks angesehen wurden, von rechtsgerichteten Jugendlichen beschimpft, aber auch körperlich angegriffen wurden. Solcherart auf das Thema „Rechtsextremismus“ gestoßen, habe ich begonnen Veranstaltungen zu diesem Thema zu besuchen. Diese Besuche haben sich dann recht schnell auf weitere Themenkreise ausgedehnt.

Frage Wie schätzen Sie die Arbeit der Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung ein?

Adler Für mich sind Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung sehr wichtig. Ich glaube, dass die Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung sehr gute und auch notwendige Arbeit leisten. In einer Demokratie sind Grundlagen, auf denen der politische Diskurs auf einer angemessenen Ebene geführt werden kann, unabdingbar. Die politische Erwachsenenbildung schafft diese Grundlagen. Darüber hinaus können sich in den Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung Räume für relativ „herrschschaftsfreie“ Auseinandersetzungen öffnen. Diese sind aber für eine ernst gemeinte Demokratie essenziell.

Frage Was würden Sie Jugendlichen sagen, die der Meinung sind, dass Politik für sie keine Bedeutung hat?

Adler Jugendliche die sagen, dass Politik keine Bedeutung für sie hat, haben oft einen sehr engen Politikbegriff. Sie sagen, dass es sie eben nicht interessiert was dieser oder jener Politiker mache, weil es nichts mit ihnen zu tun habe. Politik wird dann aus ihrer Sicht zu einem Hobby, vergleichbar mit Fußball ... Benutzt man jedoch einen weiteren Politikbegriff, so merkt man, wie stark das eigene Leben von Politik bestimmt wird. Außerdem halte ich es für verantwortungslos stets nur an sein eigenes kleines „privates“ Glück zu denken und das Gesellschaftliche und Politische unbeachtet zu lassen, da damit die Demokratie, die auf Gemeinschaft und Verbindlichkeit angewiesen ist, untergraben wird. ○



Anita Lasker-Wallfisch

in Breslau geboren, heute in London lebende Cellistin, im Oktober 1943 zusammen mit ihrer Schwester nach Auschwitz deportiert, wo sie Mitglied des „Mädchenorchesters“ war, 1944 in das Konzentrationslager Bergen-Belsen verlegt und dort im April 1945 befreit, seit vielen Jahren als Autorin und Zeitzeugin in der Aufklärungsarbeit engagiert.

„Wunderbare Begegnungen und heftige Diskussionen“

Frage Wie wichtig ist Politik für Ihr Leben?

Lasker-Wallfisch Es gab Zeiten, in denen die Politik einen anderen Stellenwert in meinem Leben einnahm als heute. Das liegt sicherlich an meinem heutigen Engagement, als Zeitzeugin des Holocaust der Jugend in Deutschland und England von meinen Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus zu berichten. Ich verfolge sehr genau, was unter dieser Perspektive in Deutschland „passiert“.

Frage Gibt es Schlüsselerlebnisse, die Sie politisch nachdenklich gemacht haben?

Lasker-Wallfisch Abgesehen von meiner Biographie war mein Schlüsselerlebnis die Begegnung mit jungen Deutschen in Bergen-Belsen fünfzig Jahre nach der Befreiung des Lagers durch die Engländer. Dort wurde mir klar, dass ich mich der Aufgabe stellen sollte, als Zeitzeugin des Holocaust den Ermordeten eine Stimme zu geben: Meinen Hass auf „die Deutschen“ zu überwinden und statt dessen meinen Beitrag zu leisten.

Frage Wie schätzen Sie die Bedeutung ein, wenn sich Jugendliche und Erwachsene in Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen mit Themen der Politik und Geschichte beschäftigen?

Lasker-Wallfisch Die außerschulischen Bildungseinrichtungen haben mich häufig zu Vorträgen eingeladen. Dort hatte ich Gelegenheit, auf Menschen jeglichen Alters und mit den unterschiedlichsten Berufen zu treffen. Ich erinnere mich an wunderbare Begegnungen, an interessante und heftige Diskussionen. Es sind wichtige Foren der Öffentlichkeit.

Frage Was würden Sie Jugendlichen sagen, die der Meinung sind, dass Politik sie nichts angeht?

Lasker-Wallfisch Am Ende jeder Lesung in den Schulen vergesse ich nie, die Schülerinnen und Schüler daran zu erinnern, dass sie im Gegensatz zu meiner Zeit das Glück haben, in einer Demokratie groß zu werden. Alles, was mir als deutscher Jüdin verweigert wurde, ist ihnen garantiert, aber nur solange, wie sie selbst darauf achten. ○

„Möglichkeiten zur Veränderung bestehender Strukturen entdecken ...“

Frage Ist Politik in Ihrem Leben wichtig und warum?

Bremes Mit 21 Jahren wurde ich in den Betriebsrat gewählt. In der ersten Sitzung griff ich im jugendlichen Übermut den noch amtierenden Betriebsratsvorsitzenden an, der daraufhin verärgert sein Amt zur Verfügung stellte und mich aufforderte, es doch besser zu machen. Als Betriebsratsvorsitzender stellte ich fest, wenn man aktiv Politik betreibt, kann man doch einen Teil seiner Ziele in die Tat umsetzen, kann Zukunft gestalten und anderen Menschen helfen.

Frage Gibt es Schlüsselerlebnisse, die Sie politisch nachdenklich gemacht haben?

Bremes Ein Schlüsselerlebnis hatte ich schon sehr früh, das sich offensichtlich stark eingepreßt hat, dessen Bedeutung ich allerdings erst sehr viel später erkannte. Ich, der nie etwas gewann, gewann bei der Rheydter Kirmes an einer Losbude ein Hitlerbild. Meine Mutter weigerte sich zunächst, das Bild in unserer Wohnung aufzuhängen. Nach einer Auseinandersetzung hing sie es dann doch auf. Meine Mutter hatte offensichtlich Angst, Angst vor der Denunziation durch ihren eigenen Sohn. Die spätere Erkenntnis für mich war, gegen politische Indoktrination Stellung zu beziehen und sie auch nicht in der politischen Bildung zuzulassen. Im Jahr 1947 war es schwer, eine Lehrstelle zu finden. Deshalb sollte ich die Städtische Handelsschule besuchen. Nachdem ich die Aufnahmeprüfung bestanden hatte, kam die Rechnung: 2,00 RM Aufnahmegebühr und 180,00 RM Schulgeld. Für das Schuljahr 1948/49 waren dann noch einmal 144,00 RM Schulgeld und 12,00 RM Materialgeld fällig. Da mein Vater, er war der einzige, der in der Familie Arbeit hatte, 70 Rpf die Stunde verdiente, wäre am Schulgeld fast der Schulbesuch gescheitert. Nur ein Paket meines Onkels aus den USA, in dem auch Zigaretten waren, die auf dem Schwarzmarkt verkauft wurden, rettete meine Chance. Auch dies eine Erfahrung, die dazu führte, mich politisch zu betätigen und für eine Politik einzusetzen, die es ermöglicht, Chancengleichheit in unserem Staat und unserer Gesellschaft einzufordern und wahrzunehmen.

Frage Wann sind Sie zum ersten Mal mit politischer Bildung außerhalb der Schule in Berührung gekommen? Haben Sie konkrete Erinnerungen?

Bremes Im Jahr 1948 bin ich Mitglied der „Falken“ geworden. Hier wurde zum ersten Mal außerhalb der Schule über die politische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft diskutiert. Im Jahr darauf nahm unsere Gruppe, mit Unterstützung der englischen Besatzungsmacht, an einem Zeltlager an der Mosel teil. Im Betrieb, in dem ich arbeitete, bekam ich jedoch nur Urlaub, als der Betriebsrat sich für mich einsetzte. So kam ich mit der Gewerkschaft in Berührung, an deren politischer Bildungsarbeit ich seitdem aktiv teilnahm. ▶



Hans Erich Bremes

geboren 1932 in Mönchengladbach-Rheydt, war von 1969 – 1997 Leiter der Abteilung Bildung beim DGB-Landesbezirk bzw. Geschäftsführer und pädagogischer Leiter des DGB-Bildungswerks NRW e.V.



Ronald Köpnick

75 Jahre, Kursteilnehmer an der Kreis-Volkshochschule Kempen

„An der Zukunftsgestaltung mitwirken“

Frage Wie wichtig ist die Politik für Ihr Leben?

Köpnick Ich halte die Politik für ein unentbehrliches Instrument zur Regelung der in jeder Lebensgemeinschaft zwangsläufig auftretenden Probleme. Unter dem Gemeinschaftsbegriff verstehe ich hier sowohl den kleinsten Kreis Familie, als auch das weitere private Umfeld bis hin zum Staatsgebilde. Es ist Aufgabe der Politik, sich für ein friedliches und entspanntes Verhältnis der Menschen, wie auch der Völker untereinander einzusetzen und entsprechende Lösungen zu finden. In Verfolgung der gesetzten Ziele muss Gewaltfreiheit unbedingte Priorität haben.

Frage Gibt es Schlüsselerlebnisse, die Sie politisch nachdenklich gemacht haben?

Köpnick Als 10jähriger wurde ich mit den Ideen und Zielvorstellungen des Nationalsozialismus „geimpft“, da gab es kein Entzinnen. Die verfolgten Ziele und deren Hintergründe spielten für mich zu jener Zeit noch keine Rolle, zumal die Möglichkeiten zur Durchsetzung der geplanten Vorhaben absolut positiv dargestellt wurden, unterstützt von intensiver und penetranter Propaganda-Arbeit. Dann erlebte ich im November 1938 die sogenannte „Kristallnacht“ mit all ihren brutalen Auswirkungen. Es war das erste Mal, dass ich mit so extremer Gewaltausübung konfrontiert wurde. Bei mir löste dies die ersten Zweifel an der Rechtmäßigkeit solcher Aktionen aus, obwohl mir zu dieser Zeit nicht klar war, welche Formen die weitere Entwicklung noch annehmen könnte, ist mir die Bedeutung des Gewaltbegriffes schlagartig und unmissverständlich klar geworden. Wenn ich heute über dieses Geschehen nachdenke so erkenne, dass dieses Erlebnis Auslöser war für meine grundsätzliche Ablehnung gegenüber jeglicher Art von Gewaltausübung.

Frage Wie schätzen Sie Einrichtungen politischer Erwachsenenbildung ein?

Köpnick Im Rückblick auf die hinter uns liegenden Kriegsjahre mit all ihren Folgen, der rasanten Entwicklung von Technik und Wirtschaft, sowie im Hinblick auf die vielschichtigen Probleme der sogenannten „Globalisierung“ ist es meiner Meinung nach von weitreichender Bedeutung eine umfassendere Bewusstseinsbildung durch vermehrte Lehrangebote, besonders im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, intensiver zu fördern. Ich habe den Eindruck, dass gerade bei Erwachsenen in dieser Beziehung z.T. erhebliche Defizite bestehen.

Frage Was würden Sie Jugendlichen sagen, die der Meinung sind, dass Politik für sie keine Bedeutung hat?

Köpnick Ich würde darauf hinweisen, dass ohne politisches Denken und Handeln Regeln für ein geordnetes Miteinander, nach denen wir heute leben, gar nicht entstanden wären. Eine Zielsetzung der Politik besteht vor allem darin, die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse der Menschen so abzustimmen, dass sie der Gemeinschaft Nutzen bringen. Insofern geht es um „Etwas“, das jeden Einzelnen von uns betrifft. Insbesondere die Jugend sollte die Chance nutzen an der Zukunftsgestaltung mitzuwirken. ○

Frage Wie schätzen Sie die Bedeutung von politischer Bildung außerhalb der Schulen, etwa in Bildungsstätten, Akademien oder Volkshochschulen, für die Demokratie und die Bürger und Bürgerinnen ein?

Bremes Ich habe bei der politischen Bildung gelernt, meine Stellung in der Gesellschaft einzuschätzen, Möglichkeiten zur Veränderung bestehender Strukturen zu entdecken und Konzepte politischen Handelns zu entwickeln und deren Umsetzung zu versuchen. Nach meiner Überzeugung ist politische Erwachsenenbildung in allen oben genannten Institutionen eher in der Lage als die Schule, sich die umfassenden sozialen Erfahrungen und Erkenntnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre Arbeit nutzbar zu machen. Sie kann damit politische Prozesse transparenter machen und den Bürger/die Bürgerin ermutigen, an der Kontrolle dieser Prozesse mitzuarbeiten; damit eine demokratische und soziale Bundesrepublik gesichert – und weiter entwickelt wird.

Frage Gibt es zurzeit politische Fragen, die Sie sehr beschäftigen und die Sie mehr in der Öffentlichkeit diskutiert wissen möchten?

Bremes An erster Stelle müssen die einfachen, falschen und verwerflichen Parolen der Rechtsradikalen diskutiert und aufgearbeitet werden, damit vor allem junge Leute die Gefährlichkeit dieser Argumente und dieser Entwicklung erkennen können. Zweitens muss der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem Erfolg im Bildungswesen stärker diskutiert – und Chancengleichheit im Bildungswesen hergestellt werden. Drittens: Die Zukunft der Arbeit darf nicht nur von Gewinn bringenden, ökonomischen Interessen bestimmt werden. Soziale Kategorien und Kategorien von Gerechtigkeit und Demokratie müssen ebenfalls Berücksichtigung finden. Dies gilt auch für die Globalisierung der Wirtschaft. Nur so wird die Welt friedlicher werden. ○

„Ein lebensnotwendiges Elixier der Demokratie“

In der politischen Bildung war ich immer mehr Akteur als Konsument. Schon von Kindesbeinen an interessierte mich „die weite Welt“ und das „Öffentliche“. Mit 7 Jahren versuchte ich, Zeitungen – damals ein schwer erreichbares Gut – zu lesen. In „Gemeinschaftskunde“ hatte ich immer ein „Sehr gut“. Mit 17 Jahren trat ich in eine Partei ein und mit 18 Jahren erlebte ich ein wenig ehrfurchtsvoll ein erstes Wochenendseminar in der Heimvolkshochschule Springe zum Thema Marxismus mit Harald Ingensand als Hauptreferenten. Später war ich als politischer Akteur mehr Organisator und Referent in der Politischen Bildung.

Eigentlich ist heute politische Bildung nötiger denn je. Denn der stärkere Rückzug ins Private oder in den verdichteten Berufsalltag und die Abnahme sozialer Bildungsformen braucht eine Gegenbewegung. Zudem hat die moderne Informationsflut bewirkt, dass bei der politischen Berichterstattung oft nur oberflächliche Spots „hängen bleiben“.

In den 70er und 80er Jahren war die hohe Zeit der politischen Bildung. In der Zeit der Politisierung durch die 68er und bei dem wachen politischen Bewusstsein der 70er Jahre (Willy Brandt: Mehr Demokratie wagen!) wuchs der Bedarf an politischer Bildung spürbar. Er erfasste nicht nur die Funktionäre und viele Mitglieder der politischen Parteien und Verbände, sondern auch politisch interessierte, aber nicht gebundene Bürger.

In NRW hat das Weiterbildungsgesetz Mitte der 70er Jahre einen Schub für die politische Bildung erzeugt. Sie hat leider immer nur unzulänglich die ortsnahe VHS als Einrichtung der Grundversorgung erreicht. Diese Lücke füllten vor allem die Heimvolkshochschulen. Der Schub ging auch von der Vermehrfachung der Mittel aus, weil zusätzliche Angebote in einer deutlich politisch interessierten Umwelt auch neue Bedarfe weckte. Zudem war es die Zeit, in der die Heimvolkshochschulen eine Blütezeit erlebten, weil neben dem erhöhten Interesse an Politik auch das Bedürfnis zu sozialem Austausch gewachsen war.

Die Hauptthemen der politischen Bildung waren vor einigen Jahrzehnten die Politik im gespaltenen Deutschland und Europa, die Bildungspolitik, die Entwicklungspolitik, die Beschäftig-

ungsstrukturen (weniger die Arbeitslosigkeit) im Zeichen rasanter technologischer Veränderungen, die energiepolitischen Herausforderungen und die aufkommende Umweltpolitik.

Heute haben leider Bildungspolitik, Energie- und Umweltpolitik einen geringeren Stellenwert, Arbeitsmarkt und Beschäftigung stehen im Vordergrund. „Ideologische“ Themen beschäftigen sich nicht mehr mit gesellschaftspolitischen Entwürfen, sondern mit Fundamentalismus u.ä. Alles wird aber dominiert von einem völlig veränderten medialen Umfeld. Die Elektronik beherrscht unser Leben. Der unreflektierte Umgang mit ihr besonders in der jüngeren Generation und deren Erziehung zur Oberflächlichkeit sind allerdings eher selten Themen der politischen Bildung. Politische Bildung leidet darunter, dass ihre Erfolge nicht messbar sind. Sie hat das Schicksal, das z.B. auch viele Gremien haben: Das wachsame Da-sein macht oft ihre nicht quantifizierbare Wirkung aus.

Politische Bildung wendet sich von ihren quantitativen Möglichkeiten her vorrangig an Menschen, die sich politisch oder bürgerschaftlich engagieren. Sie sollte aber, um Tiefenwirkung zu haben, darüber hinaus reichen. Dabei ist die Schließung von Landeszentralen für politische Bildung, die Stützpunktcharakter für den ganzen Bereich haben, ein falsches Signal. Es ist nicht nur wegen zurückgehender Finanzierung, wegen Angst um den Arbeitsplatz und der zunehmenden Privatheit und Distanz der Menschen zu still um die politische Bildung geworden. Denn sie ist zur Festigung und Weiterentwicklung der freiheitlichen und sozialen Demokratie ein lebensnotwendiges Elixier und nicht nur das schmackhafte oder von vielen manchmal als auch schwer verdaulich empfundene Sahnehäubchen auf dem Kuchen, von dem wir alle leben.

Reinhard Grätz

Mitglied des Landtags 1970-2000,
Vorsitzender des WDR-Rundfunkrats

themen und projekte



Politische Themen gibt es endlos viele: Fast alle Fragen, die in öffentlichen Debatten erörtert werden, haben eine politische, alle Bürgerinnen und Bürger betreffende Dimension. Die hier dokumentierten Beispiele politischer Bildung bieten (aus Platzgründen) nur eine Auswahl aus den Themen und Arbeitsformen – weitere wichtige Fragen und Bereiche fehlen: Wo bleiben die Ökologie oder die Bewertungsprobleme der Gen- und Biotechnologien? Oder ist die Sicherung des Friedens etwa keine politische Frage mehr?

Die Themen Arbeit, Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit sind in der politischen Bildung immer schon besonders wichtig gewesen und stellen den größten Anteil. Politische Bildung vermittelt aber auch Grundlagenwissen, so dass Veranstaltungen zum politischen System und dem Funktionieren der Demokratie eine beachtliche Rolle spielen.

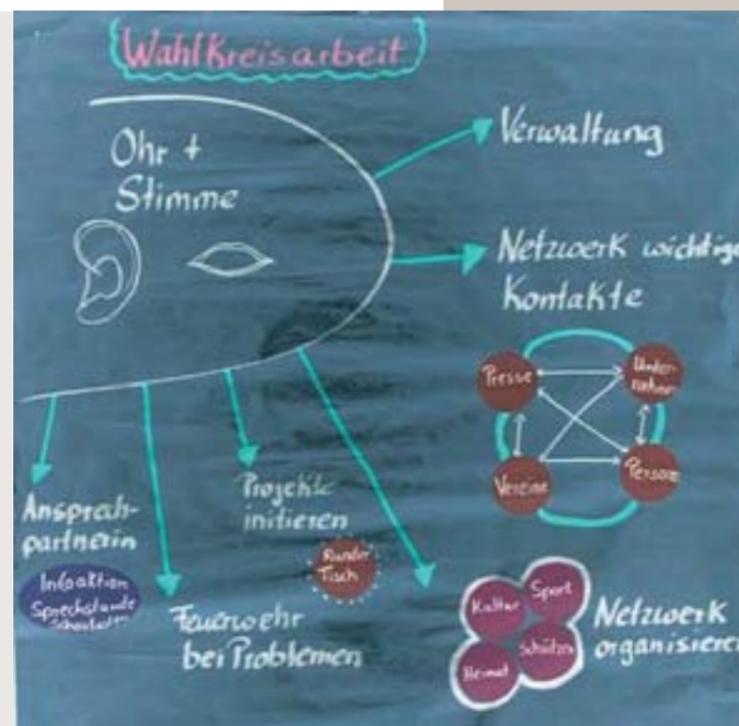
Die Nachfrage der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestimmt neben den fachlichen Prinzipien und der Aktualität zu einem großen Teil die Verteilung und das Gewicht der Themen in der politischen Erwachsenenbildung.

Ratsam zu wissen: So funktioniert der Stadtrat

Basis-Informationen für die kommunalpolitische Tätigkeit

Neue Ratsmitglieder sind in der ersten Phase ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit auf Orientierung und Unterstützung angewiesen. Es gilt, Abläufe, Anforderungen und Besonderheiten der kommunalpolitischen Arbeit zu durchschauen und sofort in praktische Politik umzusetzen. Unterstützung und Wissensvermittlung ist im Arbeitsalltag, d.h. in der konkreten Sitzung von den FraktionskollegInnen, den sogenannten „alten Hasen“, kaum nebenbei zu leisten. Daher bietet ein Seminar den notwendigen Rückzugsraum, um die komplexen Zusammenhänge zu durchschauen. Im Mittelpunkt stehen Informationen zu den rechtlichen Grundlagen der Ausschussarbeit und der Ratssitzungen sowie Mitteilungen über die interne Arbeit einer Fraktion und erfolgreiche Wahlkreisarbeit. Des Weiteren soll ein Anforderungsprofil für Ratsmitglieder entwickelt und über Bürgerbegehren und Bürgerentscheid informiert werden.

Das Seminar führt anhand von Fallbeispielen in die grundlegenden Arbeitsfelder von KommunalpolitikerInnen ein und bietet Tipps für die Praxis. Außerdem können in einem Planspiel kommunalpolitisches Handeln und Erleben – ohne Verantwortung, ohne reale Konsequenzen – ausprobiert und das eigene politische Diskussions- und Stehvermögen trainiert werden.



Ziele und Zielgruppe

Das Seminar vermittelt Grundlagenkenntnisse und öffnet Kommunikations- und Lernkanäle für die Arbeit als KommunalpolitikerIn. Die TeilnehmerInnen bekommen einen Überblick über die rechtlichen Bedingungen, die die Handlungsgrundlage für das politische Mandat bilden. Die TeilnehmerInnen werden über die Rechte und Pflichten von Rats- bzw. Fraktionsmitgliedern informiert. Das Seminar richtet(e) sich an neue Ratsmitglieder und sachkundige BürgerInnen sowie an Interessierte, die das eigene Basiswissen über die kommunalpolitische Arbeit gezielt erweitern, Beteiligungsmöglichkeiten erkennen und kompetent nutzen wollen.

Erste Erfolge und Perspektiven

Das Seminarkonzept wurde im Frühjahr 2004 mit 16 TeilnehmerInnen erprobt. Mittels Internetrecherche, genauer der Homepageanalyse von Ratsmitgliedern, erarbeiteten die TeilnehmerInnen zunächst ein Qualifikationsprofil für KommunalpolitikerInnen, an dem sie ihre eigenen Fähigkeiten und Schwächen messen konnten. Das führte zu Erfolgserlebnissen, da viele TeilnehmerInnen erkannten, dass sie aufgrund von politischer Aktivität, Ausbildung und Lebenserfahrung über einen Fundus an Fähigkeiten verfügten, die ihr kommunales Engagement bereichern könnten. Neben der Informationsvermittlung über die rechtlichen Aspekte kommunalpolitischer Tätigkeit bewerteten die Teilnehmenden insbesondere die Übungen an konkreten Fallbeispielen als sehr positiv. Die Auseinandersetzung mit dem Problem „befangener Ratsmitglieder“ (Grundstückseigentümer) und das Beispiel der „Wahl eines Amtsleiters“ boten Gelegenheit, das vorher Gehörte direkt praktisch anzuwenden. Ein Teilnehmer kommentierte dies mit den Worten: „Bei uns im Rat läuft das nicht formal korrekt, z.B. müssen bei Befangenheit die betroffenen Mitglieder nicht den Raum verlassen. Nächstes Mal ziehe ich der Mehrheitsfraktion das Fell über die Ohren!“

Wegen der Möglichkeiten des Planspiels, eine Konfliktlage zu überzeichnen, konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Simulation einer Ausschusssitzung besonders engagiert in die fiktive Antragsberatung einbringen. Nicht zuletzt, weil die Parteizugehörigkeit ausgelost wurde, so dass sich die TeilnehmerInnen in die inhaltlichen Positionen des politischen Gegners bzw. Koalitionspartners einzudenken hatten, wurde die Simulation als sehr lehrreich bewertet. Besonders begrüßt wurde auch die Präsentation von neuen Formen der Wahlkreisarbeit, zumal die Präsenz im Wahlkreis bei einigen Teilnehmenden bis dahin gedanklich mit dem Tag der Wahl endete. Ein Vortrag zum Thema Bürgerbegehren und Bürgerentscheid und die Planung eines fiktives Bürgerbegehrens mit seinen rechtlichen Vorgaben rundeten das Seminar ab. Alle Teilnehmenden zeigten sich sehr zufrieden und erklärten, neu motiviert in die kommunalpolitische Arbeit zu starten. Ein Teilnehmer bedauerte: „Schade, dass es morgen nicht schon losgeht.“ Alle TeilnehmerInnen bekundeten ihr Interesse an weiteren kommunalpolitischen Seminaren und etliche nahmen an weiteren Veranstaltungen unseres Bildungswerkes teil. ○



Marina Spillner



Bildungswerk Stenden
St.-Huberter Str. 11
47647 Kerken-Stenden
Tel.: 02833/575-15
Fax: 02833/18-150
marina.spillner@bildungswerk-stenden.de
www.bildungswerk-stenden.de

Kommunalpolitik erfolgreich lernen

Auf die Frage: „Was, glaubst Du, brauchen aktive Kommunalpolitiker/innen heute an Informationen und Kompetenzen für eine gute Kommunalpolitik in Zeiten knapper Kassen?“ antwortet Jochen Ott, Teilnehmer der KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung:

„Eine Kernkompetenz ist sicherlich die Bereitschaft, sich ständig auf etwas Neues einzulassen. Kommunalpolitik, ob in Stadt- oder Stadtteilparlamenten, ist unglaublich vielfältig und es kommen immer neue Herausforderungen auf dich zu. Man muss in vielen unterschiedlichen Themen fit sein, insofern ist es nicht schlecht, wenn man bereits vorher politisch aktiv war. Außerdem muss man Menschen mögen. Als Kommunalpolitiker ist man viel öfter und näher bei den Menschen als beispielsweise Landes- oder Bundespolitiker. Das muss man können und vor allem auch - mögen. Um Entscheidungen zu verstehen und nachzuvollziehen braucht man unglaublich viel Hintergrundwissen über die Abläufe in der Verwaltung.“

Unterstützung für das politische Ehrenamt in schwierigen Zeiten

Auch fast 200 Jahre nach der preußischen Städtereform von 1808 gibt es wieder große Veränderungen für die kommunale Selbstverwaltung. Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sehen sich herausgefordert, angesichts knapper öffentlicher Kassen die Handlungsfähigkeit ihrer Kommune zu sichern. Und aktive Bürger finden sich zur Übernahme eines Mandats nur dann bereit, wenn es etwas zu gestalten gibt. Beim Management von Schulden, Zinsen und maroder Immobilien hört jedoch der Spaß auf. An lokal Engagierte werden heute hohe Anforderungen gestellt. Sie sollen mit der Verwaltung die Entwicklungsziele der Kommune vereinbaren, regional kooperieren, die kommunalen Betriebe und Unternehmen steuern und die Teilinteressen der Stadtteile und Bevölkerungsgruppen zu einem sinnvollen Ganzen zusammenführen. Sie sollen aber auch Macht abgeben, mit bürgerschaftlichen Interessengruppen verhandeln und unter dem Leitbild der „Bürgerkommune“ die Bürger zum Mittun motivieren. Die politische Forderung nach mehr zivilgesellschaftlichem Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist nicht nur eine Antwort auf die Finanzmisere der öffentlichen Hand unter dem Druck der Globalisierung. Sie beinhaltet auch die Aufforderung zu mehr demokratischer Mündigkeit und zu gestalterischem Eigensinn der Bürger. Doch neben diese Forderung, sich stärker einzumischen und mitzuhelfen beim sozialen Zusammenleben, muss auch die Förderung des notwendigen Wissens und der Handlungskompetenzen treten, für beide, den Stadtrat und die Bürgerschaft.

Sie sind die richtige Person – wir liefern das richtige Know-how

Die Friedrich-Ebert-Stiftung betreibt mit ihrer nordrhein-westfälischen KommunalAkademie vielfältige kommunalpolitische Qualifizierung. Im Grundlagen-Seminar „Leitfaden durch die Kommunalpolitik“ erfahren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie politische Entscheidungen vorbereitet werden, wer darauf Einfluss nimmt und was geschieht, wenn es darüber zum Streit kommt. Um Personen und Strukturen nicht nur theoretisch zu erfassen, müssen die Teilnehmer sich in einem Entscheidungsspiel selbst bewähren. Es macht eben einen Unterschied, ob Schlussfolgerungen „mundgerecht“, d.h. denkfaul, serviert werden, oder ob die Erkenntnisse in der Gruppe selbstständig erarbeitet werden. Aber nicht nur bürgerschaftliches Engagement, die Fraktions- sowie die Ratsarbeit stehen auf der Tagesordnung des Grundlagen-Seminars. Auch auf dem Weg durch den örtlichen Behörden-Dschungel bietet der „Leitfaden“ eine gute Hilfe, zumal es oft ehemalige Verwaltungschefs sind, die Einblick in das Denken und Handeln der Stadtverwaltungen gewähren. Im Jahr 2005 bietet die KommunalAkademie fast vierzig Seminarveranstaltungen in NRW an. Mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von fünfzehn Personen sollen ca. 600 Teilnehmende erreicht werden. Diese Zahl scheint zunächst beachtlich, relativiert sich jedoch schnell, wenn man bedenkt, dass das Land NRW 396 Kommunen umfasst. Das Leitbild der Bürgerkommune muss also noch kräftig beworben werden, damit sich ausreichend Bürger für die Umsetzung der Idee einer aktivierenden Kommune qualifizieren.

Konkreter Nutzen für die Arbeit statt Vorratswissen

Durch die Mitarbeit in den Bildungsveranstaltungen sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Strukturen und Abläufe kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse besser kennen lernen, motiviert werden, selbst aktiv zu werden, sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen. An die Referenten und Trainerinnen werden dabei hohe Erwartungen gestellt, da sie nicht allein Theorie und Praxis, sondern auch Menschen aus unterschiedlich großen Gemeinden, mit unterschiedlichen Erfahrungen, Vorkenntnissen und Aufgabefeldern zusammenführen und zu einem hohen Maß an Eigenarbeit animieren müssen. Das erfordert die geschickte Verzahnung von Fachinhalten mit Kompetenzmethoden und eine ausgeprägte Transferphase mit dem Ziel, die Erwartungen der Teilnehmenden möglichst qualifiziert zu erfüllen. Kommunalpolitisch Aktive gehören in der Regel zu den „zeitarmen“ Menschen und brauchen schnelle Informationen. Die KommunalAkademie hat sich deshalb zudem auf den Weg gemacht, per Internet Stichwort bezogene kommunalpolitische Hilfestellung zu geben (www.fes-kommunales.de/Themen). Die Nutzer sind aufgefordert, durch ihre Kommentare an der ständigen Aktualisierung des Angebots mitzuwirken. ○



Wolfgang Gisevius

Friedrich-Ebert-Stiftung
ForumNRW
53170 Bonn
Tel.: 0228/88 33 77
Fax.: 0228/883 538
wolfgang.gisevius@fes.de
www.fes-kommunales.de

Mitwirken bei der Prägung des Stadtbildes

Stadtrundfahrten eröffnen neue Perspektiven

Hagen – ein Steckbrief

Hagen an der Nahtstelle zwischen Ruhrgebiet und Sauerland, zwischen den Konzernen des Ruhrgebiets und der mittelständischen Industrie des bergisch-märkischen Raums, rund 200.000 Einwohner, Arbeitslosenquote 2003 11,8%, Sitz der Konzernzentrale von Douglas und der Fernuniversität, waldreichste Großstadt der Bundesrepublik, an 4 Flüssen und 2 Seen gelegen. Eine ganz normale Stadt.

Im Spiegel der Presse und aus Sicht der BürgerInnen

„Von spröder Schönheit oder doch einfach nur hässlich?“ fragte die Frankfurter Rundschau 2004 in einem Bericht über Hagen. Deutlicher hatte 2002 die Süddeutsche Zeitung einen Artikel über Hagen überschrieben: „Eine Stadt geißelt sich selbst – Hagen gilt als die ödste Stadt des Landes“. Dabei können solche Stimmen nicht einfach als ignorante Außensicht abgetan werden, da auch in der regionalen veröffentlichten Meinung Bekenntnisse zur Stadt häufig mit einem verschämten „dennoch“ versehen werden. Beispielsweise beschloss die Aussage: „Und dennoch lieb' ich sie, diese kleinkarierte Stadt“ einen 2001 erschienenen Artikel in der Westfälischen Rundschau, in dem die Hagener Innenstadt zuvor geschmäht worden war. Die Hagener selbst sind gespalten: Auf die Frage „Wie gefällt Ihnen Hagen?“ benoteten etwa jeweils die Hälfte mit Sehr gut/gut oder Befriedigend/ausreichend. Eine ganz normale Stadt?

Konturierung von Licht und Schatten

Die Volkshochschule Hagen hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Stadtbild in den Köpfen der Menschen mit zu prägen. Dabei geht es nicht darum, dieses Bild schön zu schminken, sondern durch die Konturierung von Licht und Schatten den Charakter der Stadt zu akzentuieren. So wird die Arbeit der VHS von der Idee geleitet, dass sich mit zunehmendem Wissen über die Stadt Negativurteile teilweise als Vorurteile erweisen und so mancher positive Gesichtszug hervortritt und über die Fachwelt hinaus wahrgenommen wird. Daher bildet die Auseinandersetzung mit Geschichte, Gegenwart und Perspektiven der Stadt einen Schwerpunkt im Studienbereich Politische Bildung der VHS Hagen.

Mehr als die Summe ihrer Teile

In vielen Hagener Stadtteilen ist die Identifikation mit dem Stadtteil sehr hoch; die Menschen sind in erster Linie Hasper, Boeler oder Hohenlimburger und empfinden sich erst in zweiter Linie – wenn überhaupt – als Hagener. Schon seit über einem Jahrzehnt gibt es deshalb mehrere stadtteilbezogene VHS-Kurse, deren Ergebnisse durch Ausstellungen, Publikationen, Diavorträge oder Stadtteilrundgänge bekannt gemacht werden. Dennoch verliert die VHS nicht aus den Augen, dass die Stadt Hagen mehr ist als die Summe ihrer Teile. Mit unterschiedlich komponierten Fahrten werden den Teilnehmenden die vielen Facetten der Stadt im wahrsten Sinne des Wortes „vor Augen geführt“. Die Fahrt zum „Hagener Impuls“ mit Stationen wie dem Karl-Ernst-Osthaus-Museum und dem Hohenhof, letzterer übrigens ein Ankerpunkt der „Route der Industriekultur“ im Ruhrgebiet, dokumentiert, dass Hagen am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert ein wichtiger Standort zeitgenössischer Kunst und Architektur war. Die „große“ Stadtrundfahrt, um Besichtigungsobjekte wie das Gelände der ehemaligen Hasper Hütte und die Fernuniversität ergänzt, erweitert diesen kulturellen Aspekt um die Auseinandersetzung mit dem Wandel Hagens von der Stahlstadt zur Stadt der Weiterbildung. Hinzu kommen Fahrten wie „Hagen ländlich“ oder „Von Schloss zu Schloss“, die zeigen, dass Hagen mehr ist als eine Industriestadt. Anfangs vor allem für die HagenerInnen selbst ins Programm genommen und primär auf Binnenwirkung ausgerichtet, bietet die Stadttouristik diese Fahrten mittlerweile auch auswärtigen Interessierten an. Sie werden von ehrenamtlichen GästeführerInnen durchgeführt, die von der VHS geschult wurden und für die die Aussage: „So habe ich das noch nie gesehen“ schönster Lohn am Ende einer Fahrt ist.

ZeitzugInnengespräche im Erzählcafé „Altes Backhaus“

Die VHS begann die Zusammenarbeit mit dem als e.V. organisierten Erzählcafé „Altes Backhaus“ schon kurz nach dessen Gründung im Jahre 1995. Dessen Stellenwert beschreibt Margret Obendiek, Initiatorin und Motor des Erzählcafés, wie folgt: „Die privaten Möglichkeiten zum Geschichtenerzählen, zum Erfahrungsaustausch, insbesondere zwischen den Generationen, gehen zunehmend zurück. Daher schafft das Erzählcafé einen Raum für diese wichtige Form der Kommunikation und Selbstvergewisserung.“

Die Arbeit mit ZeitzugInnen im Kontext der Arbeit von Erzählcafé und VHS enthält zwei Perspektiven: Zum einen trägt sie als „oral history“ dazu bei, Aspekte der Vergangenheit aus den lebensgeschichtlichen Erinnerungen der Erzählenden zu rekonstruieren, zum anderen fördert sie die Selbstvergewisserung der Erzählenden. Denn: „Wir strukturieren unser Leben, indem wir Erlebtes in Form von Geschichten ausformen und in Interaktion mit anderen weitergeben“, heißt es in einer Arbeitshilfe der evangelischen Erwachsenenbildung aus dem Jahre 2002, die die beiden Aspekte der Arbeit im Erzählcafé „Altes Backhaus“ benennt.

Zudem ist das Alte Backhaus für viele zu einem selbstverständlichen Ort der Begegnung geworden. So wird Biografiearbeit mit professionellem Hintergrund zu einem Bestandteil des Alltags der Gäste. Erkenntnisse aus den Erzählungen sind auch in mehrere Publikationen eingeflossen und haben so zur Formung des Bildes der Menschen von der Vergangenheit ihrer Stadt beigetragen. Neben der NS-Zeit und der Nachkriegszeit fanden insbesondere Veranstaltungen zu den „68ern“ und zur „neuen“ Frauenbewegung Interesse, wobei durch Letztere auch ein Publikum unterhalb des 60. Lebensjahres erreicht werden konnte. Nicht zuletzt, weil die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie zunehmende Individualisierung und Komplexität der Lebenszusammenhänge die Notwendigkeit eines Erzählcafés eher verstärken, sind sich Margret Obendiek und die VHS einig: „Wir machen weiter!“

Kommunale Identitätsvergewisserung

Mit den ZeitzugInnengesprächen, vor allem aber mit den stadtteilbezogenen Kursen und Stadtrundfahrten/Stadtrundgängen leistet die VHS Hagen einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Identitätsvergewisserung, so dass immer mehr Menschen jenseits aller gebotenen kritischen Reflexion dieser Bildungsangebote sagen: „Hagen? – Find' ich gut!“ ○



Jochen Becker

Volkshochschule Hagen
Schwanenstr. 6-10
58089 Hagen
Tel.: 02331/2073538
jochen.becker@vhs-hagen.de
www.vhs-hagen.de



„Arm sein ist geil“ - ein Werbefake zur Agenda 2010 als Beitrag zur politischen Bildung

Politische Bildung ist heute oft ein reines Minderheitenvergnügen. Die stumme Mehrheit interessiert sich nicht für ihre herkömmlichen Bildungsangebote. Vor allem, wenn es ums Grundsätzliche, die Gesellschaft, deren Zukunft, Fragen der Ethik etc. geht, wird zumeist dankend abgewunken. Gibt es dennoch einen Weg, quasi mit einem trojanischen Pferd, deren Inhalte zu platzieren und zur geneigten Diskussion zu stellen? Wer wenig (finanzielle) Mittel zur Verfügung hat, muss sich etwas einfallen lassen. Allein schon aus Kostengründen verlockend sind Werbemethoden, die dem sog. Guerillamarketing zugeordnet werden und mit wenig Aufwand maximalen Ertrag versprechen.

Wir entschieden uns für Werbemotive, die sich auf Plakatständern befanden und auf den ersten Blick wie die einer großen Elektromarktkette aus dem Metrokonzern wirken. Bei näherem Hinsehen entpuppen sich diese als Flyer, die die negativen Folgen der Agenda 2010 aufzählen und nebenbei für Seminarveranstaltungen werben (<http://www.re-code.de/photofolder/photo/loehrhof>). Passanten sollten dann bei öffentlichen Aktionen mit Tennisbällen ihre Zustimmung oder Ablehnung gegenüber der Agenda 2010 zum Ausdruck bringen.



Ein ernstes Thema in ironischer Verpackung

Der Werbespruch „Geiz ist geil“ bringt die Vorstellung, alle könnten stets Champagner zum Preis von Bier kaufen, auf den Punkt. Was passiert jedoch, wenn die Sparwut auf die Politik überspringt? Gehen die Schnäppchenjäger so selbst in die eigene Falle?

Wer Menschen für solche politischen Fragen interessieren möchte, könnte Unterhaltung als Zugang wählen. Die Gesetze der Agenda 2010 sind jedoch ein Thema, das eher schwermütig macht: die Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung, einseitige Einschnitte im Gesundheitswesen, die Ausdehnung des Niedriglohnssektors - die Ohnmacht gegenüber den Schattenseiten der Modernisierung weckt das Bedürfnis, sich davon zumindest emotional zu distanzieren.

Die ironische Verpackung transportiert ein ernstes Thema und ein für viele existenzielles Problem in einer unterhaltensamen Hülle. Und da sich in der ironischen Redeweise Bedeutungen kaum eindeutig festlegen lassen, bleibt das Spiel mit den Motiven spannend und die Kommunikation bleibt im Gang.

Überraschenderweise konnten wir feststellen, dass auch denen, die die Agenda 2010 befürworteten, unsere Flyer gefielen. Die von den Kürzungen betroffenen Bevölkerungsgruppen fanden in den Motiven eine Möglichkeit, über die steinharten Verhältnisse einmal laut (und vielleicht kurzfristig entlastend) lachen zu können.

Nachhaltige Verbreitungseffekte

Gewerkschaften, Arbeitslosen- und Obdachloseninitiativen, Privatleute, Kirchengemeinden, Einrichtungen des Diakonischen Werkes, Hochschulseminare, Firmen, Betriebsräte,



Dr. Hans Hubbertz

Verein der Evangelischen
Sozialseminare
c/o Kirchenkreis
Recklinghausen
Limperstrasse 15
45657 Recklinghausen
Tel. 02361/206-109
hh@re-code.de
www.kirchenkreis-re.de

Mitarbeitervertretungen etc. deckten sich mit den Motiven ein. Nach der Bekanntgabe in zwei attac-Mailinglisten und dem solinet (www.solinet.de) zogen die Downloadraten der Motive rapide an. Die damit angestoßene hohe Verbreitung führte zu Berichten in der Süddeutschen Zeitung, dpa, Spiegel-online, dem Manager-Magazin, Chrismon, der Frankfurter Rundschau, der WAZ, dem Neuen Deutschland etc. Die Aktion wurde begleitet von Radiosendungen im WDR, Hessischen Rundfunk, Radio France International u.a. Nach den bundesweiten Presseberichten war eine Lawine von Bestellungen losgetreten worden.

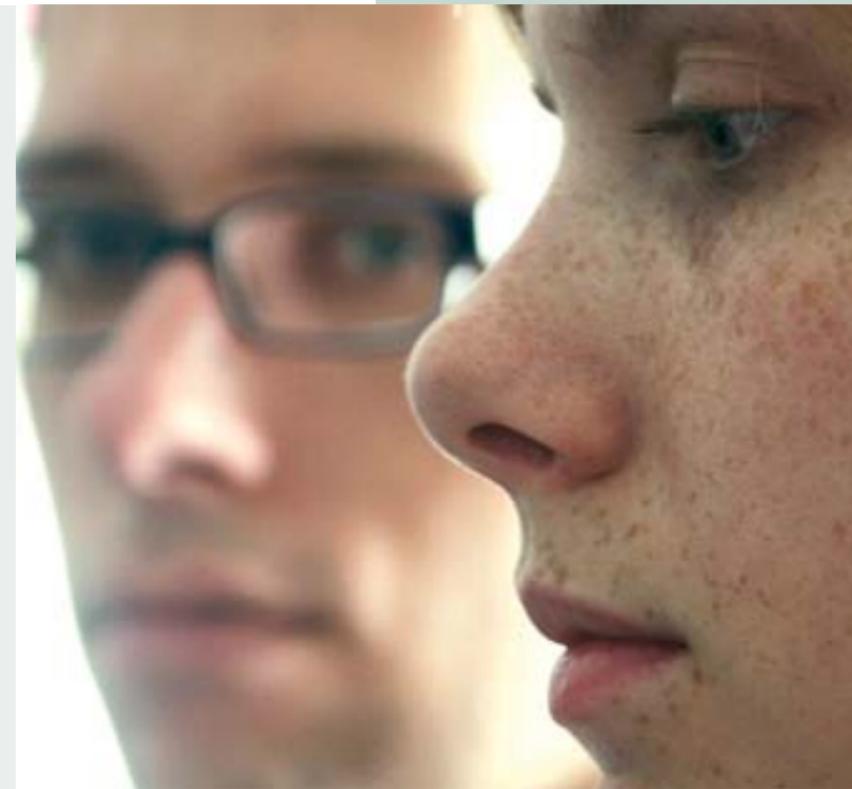
Die Motive wurden durch Nachdrucke insgesamt über 100.000-fach verbreitet. Das Medienecho nahm noch einmal zu anlässlich der Auseinandersetzung mit einer Elektromarktkette, die in den Fakes eine schwere Geschäftsschädigung sah und mit juristischen Schritten gegen den Kirchenkreis drohte. Der Kirchenkreis sah sich daraufhin gezwungen, die Aktion einzustellen. Infolgedessen brachte MONITOR einen Beitrag zu den Hintergründen der Auseinandersetzung, die eigentlich für uns eher einen Nebenschauplatz darstellte.

Die Motive sind nach wie vor über fifty-fifty (s.u.) zu beziehen und stehen bei MONITOR zum Download bereit: http://www.wdr.de/tv/monitor/pdf/040108d_geiz_ist_geil.pdf Wer bei google „Arm sein ist geil“ eingibt, erntet 403 Treffer mit zahlreichen Bildquellen. Die Dateien können mit dem neuesten Acrobat Reader geöffnet werden (ab Version 5.0). ○

Kooperationspartner
Straßenmagazin Fifty-Fifty, (Galerie),
Jägerstrasse 15, 40231 Düsseldorf, Tel. 0211/229 40 60

Soziale Kompetenzen im Spannungsfeld von Politik und Beruf

Das Training und Erlernen sozialer Kompetenzen erfreut sich steigender Nachfrage. Diese spiegelt sich nicht nur im Angebot der beruflichen Bildung, sondern auch in Programmen der politischen Bildung wider. Gleichzeitig wird Kompetenzentwicklung als Aufgabe und Leitbegriff lebenslangen bzw. lebensbegleitenden Lernens verstanden. Die Vereinbarkeit von politischer Bildung und Kompetenzerwerb wird durchaus kontrovers diskutiert. Vor diesem Hintergrund soll mit dem folgenden Praxisbeispiel ein möglicher Weg aufgezeigt werden, wie politische Bildung die Nachfrage nach Kompetenztrainings aufgreifen kann, ohne ihren kritisch-aufklärerischen Anspruch aufzugeben.



Kommunikations-, Kooperations- und Kritikfähigkeit

Bei einem einwöchigen Seminar mit Auszubildenden des ersten Lehrjahres aus kleineren kommunalen Finanzinstituten in der HVHS Haus Neuland sollten soziale Kompetenzen angewendet, kritisch reflektiert und politisch ausgewertet werden. Im Vordergrund standen „Kommunikation“, „Teamarbeit“ und „Kritikfähigkeit“. Erwartungsgemäß gab es ein Spannungsverhältnis zwischen dem Interesse des Kooperationspartners an verwertbaren Kompetenzen, die es zu erlernen und zu stärken galt, und dem eigenen Anspruch eines politischen und kritikgeleiteten Konzepts von Sozialkompetenz. Dieses Spannungsverhältnis wurde nicht zu einer Seite hin aufgelöst, sondern vielmehr Teil des Konzepts. Die Auszubildenden übten einerseits Kommunikations-, Kooperations- Kritikfähigkeit und damit Kompetenzen, die sie sowohl in ihrer Ausbildung, als auch im privaten Umfeld und für gesellschaftliche Teilhabe benötigen. Andererseits wurde die Funktion und Bedeutung dieser sozialen Kompetenzen zum Nutzen des Kapitals analysiert und diskutiert. Dadurch wurden Widersprüche zwischen demokratischen Handlungsweisen, wirtschaftlichen Verwertungsinteressen und subjektiven Wertvorstellungen sichtbar und bearbeitbar.

Kritische Fragen an die Wirklichkeit: Ein Einblick in die Seminardiskussionen

In der Diskussion um gelungene Teamarbeit wurde herausgearbeitet, dass die beruflichen Anforderungen an soziale Kompetenzen in sich auch Widersprüche beinhalten, nämlich: die Erwartung von Kooperation und Teamorientierung einerseits und individuellem Durchsetzungsvermögen und Konkurrenzfähigkeit andererseits. Das warf viele Fragen auf. Was wird eigentlich bewertet, meine Eigenleistung oder Gruppenergebnisse? Führt das Konkurrenzdenken nicht zu Entsolidarisierungen unter den Beschäftigten? Kann der Druck auf den Einzelnen, zum Erfolg der Gruppe beizutragen, nicht zu psychischen und körperlichen Schäden führen? Schlägt unter diesen Bedingungen nicht Teamarbeit regelrecht in Anti-Teamarbeit um? In diesem Zusammenhang wurden auch neue Managementstrategien diskutiert: „Arbeitet so autonom wie ihr wollt, aber seid profitabel“. Die Auszubildenden sahen auch darin ein zweiseitiges Schwert - mehr Verantwortung, Selbstbestimmung und Gestaltungsfreiräumen auf der einen, vermehrter Druck sowie klare Marktorientierung auf der anderen Seite.



Ebenfalls wichtige Kompetenzen: Solidarität, Toleranz und Humor

Bei einer weiteren Seminareinheit hatten die Auszubildenden die Gelegenheit, den Stellenwert sozialer Kompetenzen zur Steigerung von Produktivität und Effektivität insgesamt zu bewerten und kritisch zu reflektieren. Interpretierten einige der Auszubildenden die Förderung von sozialer Kompetenz eher als Anpassungslernen, um die ökonomischen Verwertungsinteressen zu erfüllen, sahen andere in der Stärkung sozialer Fertigkeiten vielmehr die Chance sich weiterzuentwickeln, weil diese Kompetenzen ebenso bei privaten, sozialen und politischen Aktivitäten zu nutzen seien. Ferner ging es darum, Kompetenzen wie Konflikt-, Kommunikations-, und Teamfähigkeit, aber auch Solidarität, Utopiefähigkeit und Humor zu gewichten. In dieser Übung wurde deutlich, dass soziale Kompetenzen wie beispielsweise „Toleranz“ und „Humor“, die den Auszubildenden persönlich-privat wichtig waren, beruflich weiter unten auf der Liste standen. Dagegen erhielten soziale Kompetenzen wie beispielsweise „Teamarbeit“ und „Zielstrebigkeit“ v.a. beruflich eine hohe Wertigkeit. Der Großteil der Auszubildenden betonte beruflich die Bedeutung des Leistungsaspekts, während privat die Orientierung an Werten wie Verständnis und Freundschaft dominierte und für soziales und politisches Engagement vor allem „Toleranz“ und „Solidarität“ wichtig seien. Die Teilnehmenden gingen demnach davon aus, dass in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft und in der Privatsphäre jeweils unterschiedliche Normen und Prinzipien gelten. Angeregt diskutiert wurde schließlich noch die Frage, ob die Sozialkompetenz „Kritikfähigkeit“ nicht mehr der Kontrolle und Optimierung von Beschäftigten denn der offenen und ehrlichen Bewertung von Arbeitsabläufen, Personalfragen und Vorgaben diene. Kritikbereitschaft würde zwar heute oft von Unternehmensseite eingefordert, um die Ideen der Mitarbeiter/innen für Innovationen zu nutzen, Kritik am Unternehmen sei dagegen nicht gewünscht. Um das Wesen von Kritik zu erhalten, sei es daher wichtig, Möglichkeiten und Orte zu schaffen, in denen Kritik nicht von vornherein auf marktorientiertes Feedback reduziert wird. ○



Arnd Richter

Haus Neuland
Senner Hellweg 493
33689 Bielefeld
Tel.: 0521/912623
a.richter@haus-neuland.de
www.haus-neuland.de

Gerecht sein und handeln – kann Mensch das lernen?

Zum Jahreswechsel 2004/2005 kamen im Oswald-von-Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath etwa 20 Familien zum Thema „Gerechtigkeit – ein Schauspiel in drei Akten“ zusammen. Den Teilnehmenden, zumeist allein erziehenden Müttern mit geringem Einkommen, war das Thema Gerechtigkeit nicht fremd. Sie sind täglich mit gesellschaftlicher Ungerechtigkeit in Form von fehlender Unterstützung zur Kinderbetreuung, gering bezahlter Beschäftigung, mangelnder Gleichberechtigung etc. konfrontiert. Darum standen im Mittelpunkt des Seminars die eigenen Erfahrungen und die verschiedenen Aspekte einer Verteilungsgerechtigkeit, die alle Menschen tragen könnte. Jugendliche wie Erwachsene schauten, wie Oskar Negt es formulieren würde, von ihrem „prägnanten Punkt“ auf den gesellschaftlichen Handlungsspielraum zum Thema Gerechtigkeit.



Recht und Gerechtigkeit

Als Aufhänger des Seminars dienten die in den TV-Nachmittagsprogrammen nicht mehr wegzudenkenden Gerichtsschows. Die Teilnehmenden, denen das Ende der Shows vorzuenthalten wurde, durften nun selbst in die Rollen von Richter, Kläger und Angeklagten schlüpfen. Die von ihnen gewählte Auflösung wurde dann mit der TV-Gerichtsszene verglichen. Dabei wurde bald allen deutlich, dass der Rechtsprechung nicht zwangsläufig eine allgemein akzeptable Theorie von Gerechtigkeit zugrunde liegt. Ihr sensibilisiertes Bewusstsein für die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihrer Urteile führte zu der Frage, an welchen Orten eigentlich Gerechtigkeit gelernt werden kann.

Die Begegnung mit verschiedenen Theorien von Gerechtigkeit, besonders die der Verteilungsgerechtigkeit, mündete bei den Teilnehmenden in die Frage aus: „Wo liegen unsere Möglichkeiten, politisch zu werden und Einfluss auf die Gestaltung unserer Gesellschaft zu nehmen?“ Angesichts ihrer Lebenslagen nicht in Resignation und Frust zu verfallen, bedeutet für die meisten die größte Herausforderung. Oft scheitert gesellschaftliches Engagement offenbar daran, dass die nötigen Hintergrundinformationen fehlen, sei es zu Hartz IV oder dazu „wie Politik funktioniert“. Die Teilnehmenden entwarfen deshalb einen Handlungsplan, wie man von der Selbsthilfe zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Selbstorganisation gelangt.

Dabei steuerten einige Familien ihre Erfahrungen mit selbstorganisiertem Lernen bei. Eine Mutter berichtete z.B. wie sie, um wieder arbeiten gehen zu können, für sich und andere Mütter eine Kinderbetreuung und eine Spielplatzaufsicht organisieren konnte. Step by Step wurden dann nach der Dreischrittmethod Sehen-Urteilen-Handeln in Kleingruppen Lösungsansätze erarbeitet. Dabei halfen Orientierungsfragen wie „Warum stecke ich in dieser Situation? Wem ergeht es so wie mir und was kann ich allein oder mit anderen tun, um auf diese Lage aufmerksam zu machen und sie positiv zu bewältigen“?

Abschließend war man sich einig, dass es auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit gute BegleiterInnen braucht. Solche WegbegleiterInnen könnten Einrichtungen der politischen Bildung wie das Oswald-von-Nell-Breuning-Haus, aber auch ein Lehrerkollegium mit offenen Ohren und Augen für „benachteiligte“ Kinder und Eltern sein. Politische Bildung „muss den ganzen Menschen im Blick haben“ – so lautete ein weiteres wesentliches Fazit der Teilnehmenden.

„Gerechtigkeitskompetenz“

Das Seminar fand im größeren Kontext eines europäischen Kooperationsprojektes (Grundtvig II) statt, dem das Oswald-von-Nell-Breuning-Haus seit Oktober 2003 partnerschaftlich angeschlossen ist. Dieses Projekt firmiert unter „Politische Partizipation durch gesellschaftliche Kompetenz: Curriculumentwicklung für die politische Grundbildung“ und soll in zweijähriger Laufzeit sechs praxiserprobte Handbücher zur Entwicklung gesellschaftlicher Kompetenzen erstellen, die sich an den von Oskar Negt in den 80er Jahren entfalteten sechs Kompetenzen (Identitäts-/Technologische/ Gerechtigkeits-/Ökologische/Historische/Ökonomische Kompetenz) orientieren. Jedes der Handbücher ist mit einer didaktischen Einweisung und einem umfangreichen Materialteil ausgestattet. Im oben vorgestellten Seminar wurde mit dem vom Oswald-von-Nell-Breuning-Haus erstellten Curriculum zur Gerechtigkeitskompetenz gearbeitet. Das Handbuch ist in die Kapitel „Sehen“, „Urteilen“, „Handeln“ unterteilt. Es startet mit verschiedenen Aussagen Jugendlicher zum Thema Gerechtigkeit, um sich im zweiten Teil kritisch mit verschiedenen Gerechtigkeits-theorien, darunter der biblische Begriff von Gerechtigkeit, auseinander zu setzen. Schließlich zeigt es im Kapitel „Handeln“ wie und an welchen Orten „Gerechtigkeitskompetenz“ erworben werden kann.



Dr. Christina Herrmann

Oswald-von-Nell-Breuning-Haus
(Wissenschaftliche Arbeitsstelle)
Wiesenstr. 17
52134 Herzogenrath
Tel.: 02406/9558-24
chrherrmann@nell-breuning-haus.de
www.nell-breuning-haus.de

Kompetenzen für gesellschaftliche Teilhabe

Kompetenzlernen, so wie es die Projektpartner verstehen, ist keine einseitig am Arbeitsmarkt ausgerichtete Qualifizierungsmaßnahme. Kompetenzlernen ist politische Bildung. Im Zentrum des Projektes und auch des Seminars stand darum nicht ausschließlich die ökonomische Perspektive des Lernens, sondern vielmehr die Frage, welche Kompetenzen TeilnehmerInnen befähigen, eine aktive und ganzheitliche Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen. Die TeilnehmerInnen künftiger Seminare, die mit diesen Handbüchern arbeiten werden, sollen lernen, selbstbestimmte und selbstorganisierte Prozesse gesellschaftlicher Teilhabe zu initiieren, damit sie sowohl im Arbeitsleben wie in ihrem Alltag handlungsfähig bleiben bzw. werden. Da der jeweilige Blickwinkel der spezifischen Teilnehmergruppen entscheidend ist, richten sich die in unterschiedlichen Seminaren auf ihre Bildungstauglichkeit geprüften Handbücher an drei verschiedene Zielgruppen:

- ▶ an un- und angelernte ArbeitnehmerInnen als stark bildungsbenachteiligte Gruppe,
- ▶ an Personen mit bürgerschaftlichem Engagement, deren Kompetenzen über die im Erwerbsarbeitsleben geforderten Fähigkeiten hinausreichen,
- ▶ MultiplikatorInnen, DozentInnen und ModeratorInnen in der Erwachsenenbildung.

Da sich das Projekt noch im Status der Auswertung befindet, lassen sich leider noch keine Aussagen zu den nachweisbaren Ergebnissen treffen.

Das Spannende an diesem Projekt ist aber zweifellos seine europäische Dimension. Sechs international besetzte Autorentteams aus Wissenschaftlern und Praktikern der politischen und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit haben sich zu je einem Curriculumentwurf zusammengefunden, um aufzuzeigen, dass Kompetenzlernen immer auch die multinationalen Verflechtungen, Abhängigkeiten und Bezüge der Gesellschaften im Blick haben sollte.

Mit Veröffentlichung der Handbücher zum Ende des Projektes im September 2005 wird Kompetenzlernen wieder zu einem kritischen Beitrag der politischen Bildung. Daher ist es sinnvoll, das Material Volkshochschulen, Einrichtungen der gewerkschaftlichen und politischen Bildung, aber auch den Trägern universitärer Ausbildung europaweit zugänglich zu machen. ○

Politische Grundlagenbildung für ArbeitnehmerInnen

„Dass ich so etwas kann, das hätte ich niemals gedacht!“ Ein 45-jähriger Hilfsarbeiter, der während eines Seminars zur politischen Grundlagenbildung Verbesserungsvorschläge zu Pausenregelungen im Betrieb vorstellt.

In den Seminaren des DGB-Bildungswerks NRW mit dem Titel „ArbeitnehmerInnen in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft“ werden teilnehmerorientiert Grundkenntnisse über ökonomische und soziale Zusammenhänge in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft vermittelt. Die Bildungsveranstaltungen werden in Kooperation mit regionalen IG Metall-Gliederungen durchgeführt und richten sich an alle ArbeitnehmerInnen, unabhängig davon, ob sie Mitglied eines Betriebsrates sind oder eine gewerkschaftliche Funktion ausüben. Die Mehrzahl der Teilnehmenden arbeitet im gewerblich-technischen Bereich, nur wenige sind Angestellte. Entsprechend der Geschlechterverteilung in der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie ist der Anteil der Männer deutlich höher als der der Frauen.



Seminarziel ist es, über Stellung und Rechte von ArbeitnehmerInnen in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik aufzuklären und zur soziologischen Analyse anzuleiten. Dabei bringen die Teilnehmenden vielfältige Erfahrungen ein, so dass sie gleichsam als Expertinnen und Experten in eigener Sache nach Problemlösungen suchen. Im Mittelpunkt des Teilnehmendeninteresses stehen häufig aktuelle Schwierigkeiten innerhalb ihres Betriebes, wie z.B. als ungerecht empfundene Regelungen, oder Kritik an der Arbeit der eigenen betrieblichen Interessenvertretung.

„Wo drückt der Schuh?“

Zu Beginn eines Seminars legen die Teilnehmenden z.B. mit Beantwortung der Frage „Wo drückt der Schuh?“ ihre Themenschwerpunkte selbst fest. Sie erläutern ihre in Stichworten notierten Antworten und nehmen im Falle von Mehrfachnennungen bei gängigen Themen wie „Vertrauensvolle Zusammenarbeit“, „Kündigungen“ oder „Stress“ eine Gewichtung der zu bearbeitenden Themen vor. Bereits der Prozess der teilnehmerorientierten Ermittlung der Arbeitsthemen (das sind üblicherweise Personalabbau, gekündigte Vereinbarungen/Tarifverträge, Schicht-/Arbeitszeitmodelle, Outsourcing von Teilbetrieben, Standortverlagerungen), bei dem eigene Fähigkeiten und Kompetenzen einfließen, wirkt „politisiert“. Im Verlauf des Seminars wachsen bei den Teilnehmenden das Selbstvertrauen und die Erkenntnis, dass der/die Einzelne auf vielfältigen Wegen Einfluss auf die Gestaltung von Arbeitswelt und Gesellschaft nehmen kann. Das spiegelt sich auch in der Darstellung der Arbeitsgruppenergebnisse wider. Ist die Präsentation der Ergebnisse zu Seminarbeginn meist sehr kurz gehalten, so werden die späteren Präsentationen in der Regel umfangreicher, ausgefeilter und kreativer.

Ein wichtiges Ziel des Seminars ist erreicht, wenn der Wunsch geweckt ist, sich an Gestaltungsprozessen zu beteiligen: z.B. sich beim Arbeitsschutz zu engagieren, ausländische ArbeitnehmerInnen gezielt anzusprechen, gegen diskriminierende Pausengespräche („Scherze“) vorzugehen oder gar als Mitglied des Betriebsrates aktiv zu werden.

„Ohne Ausbildung in Gewerkschaftsseminaren hätte ich nicht bei einer Betriebsratswahl kandidiert“, erläuterte uns ein Betriebsrat, den wir auf seine „Laufbahn“ ansprachen.

Ein Lernklima, das Mut macht

Regelmäßig in unserem Auftrag durchgeführte TeilnehmerInnen-Befragungen zeigen, dass die Zufriedenheit insbesondere mit der fachlichen und pädagogischen Kompetenz der ehrenamtlichen ReferentInnen des hier vorgestellten Seminartyps außerordentlich hoch ist. Zahlreiche Gespräche mit ReferentInnen, Betriebsräten und Ex-TeilnehmerInnen (die wir häufig auf Betriebsräte-Seminaren wieder treffen) lassen sogar den Schluss zu, dass Seminarbesuche nennenswerte Auswirkungen auf die Bereitschaft der TeilnehmerInnen zum betrieblichen Engagement im oben genannten Sinn haben und/oder dazu ermutigen, sich über weitere Bildungsmaßnahmen zu informieren und sie zu besuchen. Die auf dem Seminar angewandten Methoden sind vielfältig und reichen vom Planspiel oder themenbezogener Internetrecherche bis zum „Kreisspiel“. Die Methoden richten sich nach den behandelten Themen und sicher auch nach den Vorlieben des jeweiligen Teams. Solidarische Lernformen werden bevorzugt, so dass längere Arbeitsgruppenphasen integraler methodischer Bestandteil jeder Seminarwoche sind. Einzelarbeit und jede andere Lernform, die Erinnerungen an Schule und Prüfungen weckt, ist dagegen eher verpönt, zumal viele TeilnehmerInnen in den Seminarbewertungen betonen, dass sie ein solidarisches und kollegiales Lernklima besonders schätzen. ○

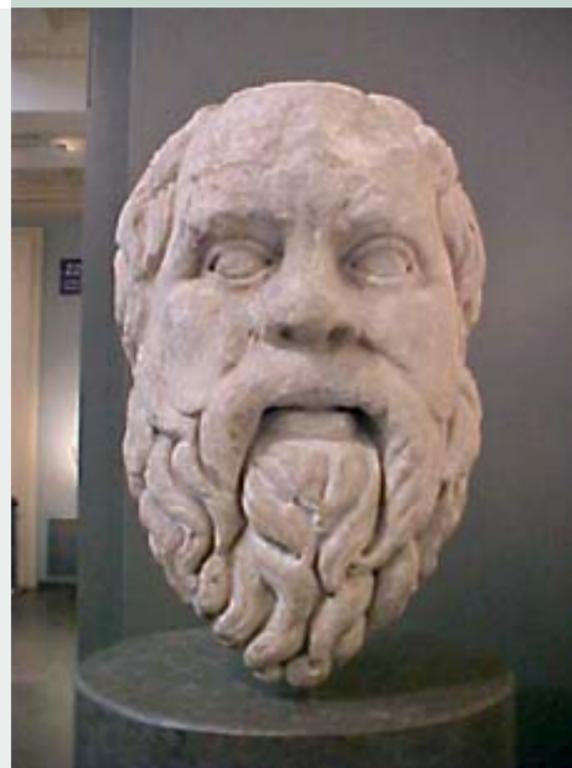


Anne Wellnitz-Kraus
Jörn Höfelbarth

DGB-Bildungswrk NRW
Bismarckstr. 77
40210 Düsseldorf
Tel. 0211/17523138
Fax: 0211/17523161
an-das@dgb-bildungswerk-nrw.de
www.dgb-bildungswerk-nrw.de

Philosophieren als politische Bildung

„Ist es gerecht, dass es auf der einen Seite Millionäre, gar Milliardäre gibt, auf der anderen Seite Menschen, die von Hartz IV leben müssen?“ Der junge Mann, der das fragt, hat eine zitternde Stimmung, die eigene Betroffenheit ist zu spüren. „Aber“, wendet eine ältere Frau ein, „wir leben doch in einer freien Gesellschaft. Zwangsbesteuerung wäre Gleichmacherei. Die ist mit Freiheit nicht zu vereinbaren“. Der Leiter dieser philosophischen Runde hat lange geschwiegen. Nun gibt er einen Impuls: „Wir sollten jetzt drei Schritte unternehmen: einmal unser jeweiliges Verständnis von Freiheit und Gerechtigkeit klären, zweitens darüber nachdenken, in welcher Beziehung oder in welchem Gegensatz sie zueinander stehen, und drittens danach fragen, ob Gerechtigkeit und Gleichheit wirklich dasselbe ist.“



Das könnte eine Szene aus einem Philosophischen Café sein, das die Kreisvolkshochschule Viersen seit einiger Zeit mit guter Resonanz und steigender Nachfrage eingerichtet hat. Die Idee des Philosophischen Cafés stammt aus Frankreich. Anfang der 90er Jahre florierte dort das philosophische Gespräch – und zwar jenseits der Universitäten, in den Pariser Kaffeehäusern. In ungeplanter, offener Dialogform wurde Verständigung gesucht über spontan auftretende Fragen und Themen. Wie so vieles in der Philosophie geht diese Idee auf Sokrates zurück.

Hebammenkunst für die Vernunft

Auf ihn bezieht sich auch eine weitere Veranstaltungsform: das Sokratische Gespräch. Während der Disput im Café im Abstand von vier Wochen sonntags morgens ab 11.00 Uhr und für jeden und jede offen in einem Restaurant stattfindet, ziehen sich die maximal zwölf Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Sokratischen Gesprächs von Freitagabend bis Sonntagmittag in den geschlossenen Raum zum gemeinsamen Nachdenken und Argumentieren zurück. Das Prinzip ist aber das gleiche: das philosophierende Gespräch, das Sokrates als Mäeutik, als „Hebammenkunst“ für die Vernunft der Menschen verstand.

Was hat das mit politischer Bildung zu tun? Vieles, denn ein Großteil der Fragen und Themen beziehen sich auf die Art und Weise, warum und wie Menschen zusammenleben, wie sie ihre allgemeinen Dinge regeln und worauf sich ihr gesellschaftliches Handeln bezieht. Es ist erstaunlich zu beobachten, wie schnell da eine Runde vom Diskurs über Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit auf praktische Fragen der Politik zu sprechen kommt. Sie wird dann wieder an den gemeinsam entwickelten Wertmaßstäben bemessen.

Eine Philosophische Matinee

Diese beiden Veranstaltungsarten sind nicht die einzigen, die die Kreisvolkshochschule Viersen in ihrem Programm hat. Daneben gibt es noch eine Philosophische Matinee. Das ist ein Gespräch am Sonntagmorgen, an dem Experten miteinander und mit dem Publikum strittige philosophische Fragen und Themen erörtern. Da geht es oft sehr lebhaft zu bei Knackpunkten wie diesen: Gibt es eine Natur des Menschen? Wieso haben wir Angst vor dem Fremden? Wie viel Verantwortung hat der Mensch? Dürfen Menschen Menschen züchten? Wo kommt das Böse her? Groß oder klein – der Unterschied zwischen Mann und Frau? An „langen Abenden“, die von 19.00 – 22.00 Uhr gehen, werden meistens Philosophinnen und Philosophen vorgestellt: Hannah Arendt, Norbert Elias, Erich Fromm, Max Horkheimer, Karl Jaspers, Hans Jonas, Niklas Luhmann, Herbert Marcuse, Bertrand Russell u.a.

An Klassikern und Texten orientiert arbeiten

Schließlich gibt es noch einen thematisch orientierten Philosophiekurs, der sich in jedem Semester einer neuen Frage zuwendet. Diesmal geht es um die „Tempospirale“, ein auch soziologisch inspiriertes Nachdenken über die Zeit ist an gesagt. Vorher standen Themen auf dem Programm wie Utopien, Gewissen, Bewusstsein, Sinn des Lebens, Menschenwürde oder Wertewandel. Hier wird längerfristig und systematisch, an „Klassikern“ und Texten orientiert gemeinsam gearbeitet. Dieser Kurs läuft nun ohne Unterbrechung seit 23 Jahren.

Daneben gibt es schließlich noch aktuelle philosophische Themen, die abends als Podien oder Einzelvorträge stattfinden.

Die Erfahrungen mit diesem breit und differenziert gestalteten Philosophieprogramm sind sehr gut. Es ist ein beträchtlich großer Stamm von Teilnehmern und Teilnehmerinnen da, die teilweise die gesamte Palette der Philosophieveranstaltungen besuchen, und ein zuverlässiges VHS-Publikum, das sich untereinander motiviert und mobilisiert. Der Übergang zu den im engeren Sinne politischen Bildungsveranstaltungen ist fließend.

Eine wichtige Voraussetzung für diese Veranstaltungen sind sachkundige Veranstaltungsleiter und -leiterinnen. Immer wieder wird danach gefragt, ob sie auch tatsächlich Philosophie studiert haben. Diese formale Gewissheit erhöht offensichtlich die Glaubwürdigkeit. Aber die Fach- und Sachkenntnis muss auch zurückgenommen werden können. Gefragt ist der „Mäeutiker“, der behutsame Fragesteller, der den Faden in der Hand hat ohne fest daran zu ziehen. Dennoch muss er/sie im Zweifelsfall auch seine Kenntnisse und sein Wissen einbringen. Ohne Erklärungen, Fakten und Informationen über Hintergründe wollen die Hörer und Hörerinnen nicht nach Hause gehen. ○



Dr. Klaus-Peter Hufer

Kreisvolkshochschule Viersen
Willy-Brandt-Ring 40
41747 Viersen
Tel.: 02162/934826
peter.hufer@kreis-viersen.de

„voneinander lernen - miteinander leben“

Globales Lernen in Schule und Jugendarbeit



Stell dir vor du öffnest eine Klassentür und siehst, dass Lars und Kutaiba die Bedeutung und Kostbarkeit des Wassers in Deutschland und im Nahen Osten der Klasse erklären ... du hörst wie Necem und Alexander ihr Projekt „Was heißt Respekt in unterschiedlichen Kulturen?“ vorstellen ...

In der globalisierten Weltgesellschaft verändern sich unsere Lebensbedingungen rasant. Was gestern unmöglich erschien, ist heute selbstverständlich. Das Internet verbindet Menschen in Nord und Süd, Ost und West. Menschen können entscheiden, wie und mit wem sie leben wollen. Aber es gibt auch neue Risiken: Von dem vorhandenen Reichtum profitieren nur wenige. Das Armutsrisiko wächst, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Kriege, Macht und Ohnmacht sind Probleme, von deren Lösung die Zukunftssicherung abhängt. Wie sollen wir leben? Was sollen wir tun, damit wir unsere Zukunft nicht verspielen? Fragen, die sich besonders junge Menschen stellen. Politische Jugendbildung kann sie beantworten helfen, indem sie zum Beispiel neue Lernformen wie das Konzept des Globalen Lernens entwickelt, wodurch sich neue Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche eröffnen.



Globales Lernen

Mit dem Begriff „Globales Lernen“ wird seit einigen Jahren ein neues und offenes Konzept allgemeiner und politischer Bildung bezeichnet. Globales Lernen fragt, was und wie für die Zukunft gelernt werden soll, um in der zusammenwachsenden Welt Orientierung zu gewinnen, Handlungskompetenz zu erwerben und Verantwortung wahrnehmen zu können. Junge Menschen sollen durch Angebote der politischen Jugendbildung des AKE-Bildungswerkes an Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit die Chance erhalten, Veränderungen mit zu gestalten.

Ziele und Zielgruppen des Projektes

Die beteiligten Jugendlichen sollen lernen, sich kompetent, aber auch spielerisch mit wichtigen Zukunftsfragen auseinander zu setzen. Dazu gehört, die Achtung vor Andersdenkenden einzuüben und Sensibilität im Umgang der Geschlechter zu erlangen. Sie sollen Handlungsoptionen im persönlichen und gesellschaftlichen Bereich kennen lernen und Engagement für eine plurale und demokratische Gesellschaft entwickeln. Auch LehrerInnen und in der Jugendarbeit Tätige benötigen neue Kompetenzen – in flankierenden Fortbildungen können sie entwicklungspolitische, interkulturelle, ökologische und geschlechterbezogene Kenntnisse erwerben und oder ausbauen.

Lernmethoden, Erfolge und Perspektiven

In unseren vier Themenbereiche werden ganzheitliche, kreative Lernmethoden favorisiert. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Auswahl von Inhalt und Lernformen des Unterrichts ist selbstverständlicher Bestandteil des Lernansatzes, der vom jeweilige sozialen Umfeld der TeilnehmerInnen ausgeht. Die etwas andere Art des Unterrichts (projektbezogenes Lernen, Workshops, auch an neuen Lernorten außerhalb der Schule) macht den Jugendlichen nachweislich Spaß. Sie hilft, Unsicherheiten zu überwinden und fördert Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen, etwa wenn SchülerInnen die Erfahrung machen, eigene Arbeitsergebnisse öffentlich zu präsentieren, zum Beispiel in der Schule oder im Lokalradio.

Die pädagogischen Teams der Unterrichtseinheiten sind hinsichtlich der ethnischen und Geschlechtszugehörigkeit paritätisch besetzt. Eines der beiden Leitungsmitglieder sollte möglichst einen Migrationshintergrund mitbringen. Im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Jungen und Mädchen sollte auch die Geschlechterparität des Leitungsteams gewährleistet sein.

Zunächst als Modellprojekt auf zwei Jahre befristet und von der nordrhein-westfälischen Stiftung Umwelt- und Entwicklung gefördert, können die Bildungsangebote zum Globalen Lernen dank der bisherigen Erfolge in den nächsten sechs Jahren fortgesetzt werden. Kooperationspartner sind der Jugendhof Vlotho, die Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, das Netzwerk Ostwestfalen-Lippe für Regionale Agenda e.V. (NORA) und das Umweltzentrum Heerser Mühle e.V. Auf Wunsch werden Unterrichtseinheiten und Fortbildungen auf Bestellung durchgeführt. ○



Nadya Homs
Friedhelm Jostmeier

AKE-Bildungswerk Vlotho
Südfeldstr. 4
32602 Vlotho
Tel.: 07733/95737
Fax: 05733/18154
info@ake-bildungswerk.de
www.ake-bildungswerk.de

„HANS & JAN“ - ein deutsch-polnisches Begegnungsseminar

Europäer aus Deutschland und Polen erhielten im September 2003 anlässlich der bevorstehenden EU-Ost-Erweiterung 2004 die Möglichkeit, über wechselseitige Perspektiven, Lebens- und Arbeitsvorstellungen ins Gespräch zu kommen, politische und soziokulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten auszuleuchten und zu hinterfragen.

Vor dem Hintergrund der europapolitischen Zäsur war es Absicht der Veranstalter, des Arbeitnehmer-Zentrums Königswinter und der Union Stiftung e.V., Saarbrücken, die partnerschaftliche Zukunft Ost- und Westeuropas am Beispiel der deutsch-polnischen Nachbarschaft zu thematisieren und einen Beitrag zum möglichst vorurteilsfreien Miteinander deutscher und polnischer Arbeitnehmer/-innen zu leisten. Der Seminartitel „HANS & JAN“ löste nicht nur vielfältige Assoziationen aus, sondern betonte – bei allen politischen Implikationen – die persönliche Dimension des Vorhabens.



Die Teilnehmer/-innen

Bei den 46 TeilnehmerInnen handelte es sich überwiegend um deutsch-polnische ArbeitnehmerInnen (Durchschnittsalter 30-35 Jahre), die über das Kontakte-Netzwerk der CDA, bundesweite Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaften, Berufsbildungswerke und Bildungszentren von Gewerkschaften, Handwerkskammern oder Mitgliedsverbände des DGB auf unsere Veranstaltung aufmerksam gemacht worden waren. Für die Rekrutierung der polnischen TeilnehmerInnengruppe konnten wir spezifische Verbindungen zu polnischen Einrichtungen in Deutschland, vor allem die ausgezeichneten Kontakte des in Königswinter beheimateten „Haus Schlesien“ nutzen.

Seminarkonzept und Programmgestaltung

Im Verlauf des Seminars gab es einen lebhaften und anregenden Wechsel aus:

- ▶ politischem Themen-Input mit Referat und Diskussionen: Dr. Andrzej Godlewski, Fernsehjournalist aus Warschau sowie Karl Lamers, außenpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Köln, referierten zum Thema „Die EU-Osterweiterung: Möglichkeiten und Zukunftschancen für Europa“. Die Aussagen der Vorträge wurden durch weitere deutsche bzw. polnische Ausblicke auf die europäische Einigung ergänzt. Hubert Wohlan, polnischer Redakteur der Deutschen Welle, Bonn, und Ingrid Sehrbrock, Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, Berlin leiteten und unterstützten die lebhaften Diskussionen zum Thema.
- ▶ unterhaltsam moderierten Kreativitätsmodulen: „Phantasie ohne Grenzen – Gibt es eine gemeinsame deutsch-polnische Kultur?“ Dies war die Leitfrage für einen „Interkulturellen Brücken-Workshop“, bei dem die TeilnehmerInnen unter fachlich fundierter Anleitung von Barbara Glaubitz, Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg, gemeinsame Ausdrucksformen in Wort, Bild und Ton suchten (und fanden!). Die Redakteurin beim deutsch-polnischen Jugendmagazin „Kowalski trifft Schmidt“ verstand es meisterhaft, die in Kreativ-Kleingruppen aufgeteilten TeilnehmerInnen zu motivieren, sich mit Hilfe unterschiedlicher Stilmethoden künstlerisch, pantomimisch, musikalisch etc. auszudrücken und mitzuteilen, ihre spezifischen Lebensgefühle darzustellen und darüber miteinander zu kommunizieren.
- ▶ gemeinsamen Erlebnistouren durch das nähere Umfeld von Königswinter: „Miteinander in Fahrt kommen...“ lautete schließlich das Motto einer gemeinsamen Schiffstour auf dem Rhein, die in das malerische Städtchen Linz führte. Natürlich durfte auch eine „Bonn-Tour“ mit Führung nicht fehlen, denn die ehemalige Bundeshauptstadt ist und bleibt auch als „Bundesstadt“ für Deutsche und Polen ein historisch, politisch, kulturell und wirtschaftlich bedeutsamer Ort und ein beziehungsreiches Symbol deutscher Nachkriegsgeschichte und -politik.

Das Tagesprogramm fand seinen Höhepunkt mit einem deutsch-polnischen Chansonabend unter dem Motto: „Also habe ich jetzt zwei Herzen... Więc teraz serca mam dwa“. Die deutsch-polnische Sängerin Margaux Kier – Wandererin zwischen Köln und Warschau – und ihre Band „Die Banditen“ entführten das Publikum auf einfühlsame und beeindruckende Weise in die Klang- und Wortwelt unseres polnischen Nachbarlandes (wobei so manche melodische und textliche Gemeinsamkeit auftauchte!).

Rückmeldungen und Perspektiven

Die Bilanz dieser deutsch-polnischen Begegnung war außerordentlich positiv. Es zeigte sich, dass die Neugier und Offenheit gegenüber dem jeweiligen Nachbarland, dessen Geschichte und kulturellen Traditionen – insbesondere auf deutscher Seite – zugenommen hatten.

Diese Haltung spiegelte sich in der Auswertungsrunde des Seminars wider. Die Antworten auf die Frage, ob die Teilnahme an dem Seminar die Sicht auf das jeweilige Nachbarland verändert habe, waren eindeutig: Die meisten TeilnehmerInnen betonten, dass das Seminar dazu beigetragen habe, Vorurteile zu demontieren, Ängste abzubauen, neue Einsichten in Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung zu gewinnen und konkrete Möglichkeiten der deutsch-polnischen Kooperation zu erkennen.

Darüber hinaus war durch die zwar kurze, aber intensive kulturelle und persönliche Annäherung deutscher und polnischer SeminarteilnehmerInnen der Grundstein für Freundschaften, Geschäftsbeziehungen und gemeinsame Hobbies gelegt worden. So erklärten sich z.B. gleich mehrere TeilnehmerInnen spontan dazu bereit, die auf dem Seminar geborene Idee eines deutsch-polnischen Radioprojekts in die Tat umzusetzen.

Noch Monate später erreichten uns positive Rückmeldungen zur Gesamtatmosphäre des Seminars. Sie zeigten uns, dass es gelungen war, die Idee von Europa anschaulich und lebendig zu vermitteln und bestärkten uns einmal wieder in dem Leitgedanken unserer Bildungsarbeit, dass sich die politische Annäherung zwischen Staaten am besten durch die direkte Begegnung und persönliche Kommunikation seiner BürgerInnen einleiten lässt. ○



Alexandra Hepp
Dr. Eberhard Pies

Arbeitnehmer-Zentrum
Königswinter (AZK)
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
Telefon: 02223/730
Fax: 02223/730
info@azk.de
www.azk.de

Der Blick auf das Fremde

Ein interkulturelles Projekt der Volkshochschule Moers



Nicht nur unter dem Aspekt der zunehmenden Auflösung ethnisch homogener Gemeinschaften und der alltäglichen Begegnung mit dem „Fremden“ ist es interessant, zu überlegen, welche Perspektive sich aus der Position des Zugewanderten ergibt, der auf eine ihm nicht oder nur wenig bekannte einheimische Gemeinschaft trifft. Was nimmt er als „Fremdes“ wahr? Dem Zugewanderten erscheinen Dinge fremd, die für den Einheimischen gewöhnlich sind; er verfügt, wie der Soziologe Georg Simmel es 1908 ausdrückte, über die besondere Attitüde des „Objektiven“ – einer Perspektive, die in Zeiten aufgeregter Reaktionen auf Zuwanderung einen guten Bezugspunkt für die interkulturelle Diskussion bildet. Solche Überlegungen standen am Beginn eines 2003 von der Volkshochschule Moers im Rahmen einer interkulturellen Reihe konzipierten und durchgeführten Projekts. Neu zugewanderte Menschen und Einheimische wurden von der VHS eingeladen, sich an einem Foto-Projekt mit dem Arbeitstitel „Fremdes in der Stadt?“ zu beteiligen.

Das Verhältnis der Deutschen zum Sommer kommentiert eine Brasilianerin so: „Wenn der Sommer kommt, sind die Menschen glücklich und gut gelaunt. Alle möchten nach draußen: sie gehen spazieren mit ihren Kindern oder mit ihren Hunden, fahren Fahrrad oder liegen in der Sonne. Sonnenbaden ist besonders beliebt. Manche legen sich sogar nackt auf die Wiesen in den Parks. Und denken Sie nicht, dass dorthin viele Jungen oder Männer gehen, um die Frauen zu sehen. Nein! Niemand schaut direkt, jeder kümmert sich um sich. (Der Respekt für das Individuum ist wirklich beeindruckend unter den Deutschen).“

Die Zielsetzung

Die konkrete Zielvorgabe der Projektgruppe bestand darin, im Stadtbild von Moers Spuren des „Fremden“ sichtbar zu machen. Dabei sollte das Augenmerk besonders auf zwei Aspekte des „Fremden“ gerichtet sein:

- Zum einen ging es darum, die Spuren des ehemals (oder immer noch) Fremden zu entdecken und wiederzugeben.
- Zum anderen sollten Phänomene fotografiert werden, die dem Einheimischen vertraut, dem neu Zugewanderten aber fremd sind.

Des Weiteren zielte das Vorhaben darauf ab, erst kurze Zeit in der Stadt lebenden Menschen das Kennenlernen ihres neuen Lebensmittelpunktes zu ermöglichen und durch die Mitarbeit in der Projektgruppe Kontakte aufzubauen. Und da die Teilnehmende aus Ländern verschiedener Muttersprache kommen, wird Deutsch Umgangssprache in der Projektgruppe und so die Verbesserung der deutschen Sprache gefördert.

Die Durchführung

Im Verlauf des Projektes gab es immer wieder Phasen der Beratung und Abstimmung über geeignete Motive, gemeinsame Fotoexkursionen in die Stadt und Überlegungen für eine abschließende Präsentation. Am Ende stand einer Ausstellung mit Fotografien des vermeintlich Vertrauten oder Fremden in der Stadt, die unterdessen an vier Orten gezeigt wurde. Von den über sechzig Projekt-Fotos werden hier nur zwei exemplarisch vorgestellt. Eine ausführliche Darstellung des Projektes erscheint 2005 in der Zeitschrift Interkulturell und Global.

Zur Aufnahme einer Bushaltestelle und eines Fahrplan schreibt eine Brasilianerin über die deutsche Pünktlichkeit: „(...) Alles wird hier organisiert. Züge, Straßenbahnen und Busse sind pünktlich. In den Fahrplänen gibt es Uhrzeiten wie 9.07 Uhr und 12.03 Uhr und ähnliche. Diese Zeitpläne gelten und Sie können sogar den Zug verpassen, wenn Sie sie nicht beachten. Und ich habe beobachtet, dass Deutsche sich ärgern, wenn ein Zug 10 Minuten Verspätung hat. 10 Minuten! Was sind 10 Minuten Warten für einen Brasilianer? Das können Deutsche nie verstehen. ...“

Das Schaufenster des „Hundesalon Chéri“ ist einem weiteren Teilnehmer aufgefallen.

„In Deutschland leben Hunde manchmal besser als Menschen. Sie dürfen ins Haus. Sie werden gefüttert und gebürstet, manchmal dürfen sie auch in einem Bett schlafen. Sie dürfen auch in Restaurants und fast alle Geschäfte. Bei einem Frisör für Hunde geben die Leute viel Geld für die Schönheit ihrer Hunde aus. Wenn es zu kalt ist, bekommen sie sogar eine Hundejacke.“

Fazit

Das Thema „Fremdes in der Stadt?“ ist gut geeignet, mit dem Medium der Fotografie behandelt zu werden, und dürfte sich in jeder (größeren) Stadt vergleichbar bearbeiten lassen. Ansatzpunkte finden sich auf den Straßen und Plätzen sowie in den Selbstdarstellungen der Städte.

Eine Sensibilität „der Fremden“ für das „Fremde“ darf unterstellt werden und fördert mitunter überraschende Bilder vom „Eigenen“ und „Fremden“ zutage. In jedem Fall erweitert die fotografische Auseinandersetzung die individuelle Reflexionsbereitschaft über das Thema und führt zu einer differenzierteren Sichtweise. Fremdheit wird so als eine soziale Konstruktion und als eine relative Größe erfahrbar gemacht.

Die Bereitschaft der bisher nicht miteinander bekannten Teilnehmer, sich auf einen längeren Gruppenprozess einzulassen, wurde im beschriebenen Projekt anfangs überschätzt. Als günstiger könnte sich erweisen, die Arbeit mit einer bereits konstituierten Kerngruppe zu beginnen.

Für neu gebildete Gruppen bieten sich angesichts der Offenheit des thematischen Zugangs klare Zielvorgaben und ein gut vorstrukturierter Ablaufplan an, während die bei bereits aufeinander eingespielten, selbständig arbeitenden Gruppen eventuell einschränkend auf die Kreativität wirken.

Das beschriebene Projekt bietet Anschlussmöglichkeiten für weitere interkulturelle Aktionen. Vorstellbar wären z.B. Interviewreihen mit Zugewanderten aus unterschiedlichen Kulturräumen zum gleichen Thema oder eine Dokumentation zur Einbürgerung und Vereinnahmung des Fremden (Sprache, Verhaltensweisen, Produkte, ...) in das urbane Alltagsleben deutscher Städte. ○



Dr. Ulrich Steuten

Volkshochschule Moers.
47439 Moers
Tel.: 02841/201-559
Fax: 02841/201-537
ulrich.steuten@moers.de
www.moers.de



„Merhaba“ und „Beraberce // gemeinsam“

Foren für interkulturelles Lernen

„Merhaba gibt mir diesen gewissen Adrenalin-Kick, der einem die Motivation und Kraft gibt, die Barrieren, die sich einem im Leben stellen, mit einem kämpferischen Lächeln zu betrachten und diese Herausforderungen zu meistern.“ Pènar Abut, B.A., Medienwissenschaftlerin, Bochum

Wie alles begann

1998 begann die Thomas-Morus-Akademie Bensberg ein Modellprojekt namens Merhaba, das eine bisher kaum beachtete Zielgruppe für die politische Bildung erschloss: Junge Frauen türkischer Herkunft, die sich auf das Abitur vorbereiten oder schon studieren. Diese Bildungsinländerinnen, durch die verbreitete „Problemgruppenwahrnehmung“ von Migrantinnen kaum beachtet, fanden für ihre spezifischen Fragen kein qualitativ hochwertiges, offenes Bildungsangebot. Im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Mädchen in der Jugendhilfe“ schloss die Akademie nach einer dreijährigen Entwicklungsphase bis Ende 2000 diese Bildungslücke.



Eigeninitiative als Konzept

Das Geheimnis des großen Erfolgs: Eine Kerngruppe von (angehenden) türkischen Akademikerinnen, „Arbeitskreis“ genannt, entwickelt und leitet alle Seminare selbst koordiniert durch die Projektleitung. Die Seminare reagieren auf Fragen und Anregungen der Zielgruppe, die sie mit Hilfe eingeladener Expertinnen und Experten „bearbeiten“. Die oft „prominenten“ Referentinnen und Referenten ermöglichen die direkte Begegnung mit Themen aus Wirtschaft, Politik, Kunst und Medien.

Die Seminare der Modellphase fanden in Bensberg, aber auch in Berlin und an Universitäten wie Köln, Essen und Paderborn statt und erreichten über 500 Teilnehmerinnen (viele von ihnen kamen immer wieder). Diese hatten zuvor mehrheitlich keine Institutionen politischer Erwachsenenbildung geschweige denn eine katholische Akademie besucht.

Die Resonanz

Das Modellprojekt Merhaba fand eine große öffentliche Resonanz in den Medien. Weil es neben der Stärkung des Selbstbewusstseins und des gesellschaftlichen Engagements der jungen Frauen stets das Ziel verfolgte, die Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung von Türcinnen zu erwirken, fand es Eingang in die Shell-Jugendstudie 2000. Es erhielt eine Auszeichnung des ATIAD (eines türkischen Unternehmerverbandes in Deutschland) und den Titel „Botschafter der Toleranz“, verliehen von Bundesinnenminister Otto Schily im Mai 2002 in Berlin.

Nach dem Ende seiner Modellphase existiert Merhaba weiter durch die Unterstützung von Sponsoren und im Rahmen des Regelprogramms der Akademie.

Beraberce // gemeinsam. Forum für interkulturelles Lernen

2002 hat die Thomas-Morus-Akademie Bensberg ihre Seminare zum interkulturellen Lernen in Deutschland um das Forum „beraberce // gemeinsam“ erweitert. Dieses richtet sich an ältere Schülerinnen und Schüler sowie an Studierende unterschiedlicher kultureller Herkunft.

Ziel des Forums ist es, junge Nachwuchsakademiker „mit und ohne Migrationshintergrund“ über gesellschaftliche und politische Entwicklungen miteinander ins intensive Gespräch zu bringen. Sie sollen erfahren, dass eine aus unterschiedlichen Lebenserfahrungen resultierende „Vielperspektivität“ die Problemwahrnehmung und –bewältigung erweitern und



Filiz Elüstü
Dr. Gregor Taxacher

Thomas-Morus-Akademie Bensberg
Overather Satr. 51-53
51429 Bergisch Gladbach
Tel.: 02204/408472
projekt.merhaba@t-online.de
projekt.beraberce@t-online.de
www.tma-bensberg.de

fördern kann. Kern dieses Projekts, ist ebenfalls ein multikulturell zusammen gesetzter Arbeitskreis, der die Leitung interkultureller Seminare trainiert. Bislang beteiligen sich daran Studierende türkischer, deutscher, russischer, polnischer, koreanischer und philippinischer Herkunft. Nach dem erfolgreichen Aufbau des offenen Seminarprogramms wird der Arbeitskreis ab 2005 auch bei Projekten in Schulen aktiv. Dabei sollen die Studierenden des Arbeitskreises als Multiplikatoren interkulturellen Lernens Projektstage an Schulen gestalten, die einen hohen „Ausländeranteil“ haben. Deren Ziel ist es, einmal nicht „Probleme“ und „Konflikte“ in den Mittelpunkt zu stellen, sondern bei der kreativen Erarbeitung politisch und kulturell spannender Themen das Potential der Vielfalt in der eigenen Gruppe kennen und schätzen zu lernen. Beraberce // gemeinsam wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „entimon“. Aktuelle Beispiele für Seminarthemen in beiden Projekten sind:

- ▶ „Uns findet ihr überall“ – Lebens- und Karrierewege türkischer Frauen in Deutschland
- ▶ „Wie hast Du's mit der Religion?“ Islam und Christentum im Dialog
- ▶ Ethno-Marketing – Werbung in der multikulturellen Gesellschaft
- ▶ Orientalpop und Russendisco – Interkulturwelle in Deutschland?
- ▶ Interkulturelle Kompetenz im Beruf
- ▶ Kultur durch den Magen. Kochen und Kulturosoziologie
- ▶ Das „Ausländerthema“ in den Medien – „Ausländer in den Medien“
- ▶ Die 25 und ihre Nachbarn: Wie geht es weiter nach der EU-Erweiterung
- ▶ Starke Frauen. Film-Seminar zum deutsch-türkischen Kino

In beiden Projekten wird flexibel, d.h. jeweils auf einzelne Projekte und Seminare bezogen, mit unterschiedlichen Verbänden und Institutionen der interkulturellen „Szene“ in Deutschland kooperiert. Zu nennen wären u.a. Universitäten und Universitäts-Institute, Studierendenvereine, der NRW-Landesverband der kommunalen Migrantenvvertretungen und das Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen. Für beide Projekte existiert ein Beirat, der sich aus Mitarbeiter(-innen) der genannten sowie ähnlich gelagerter Einrichtungen rekrutiert. ○

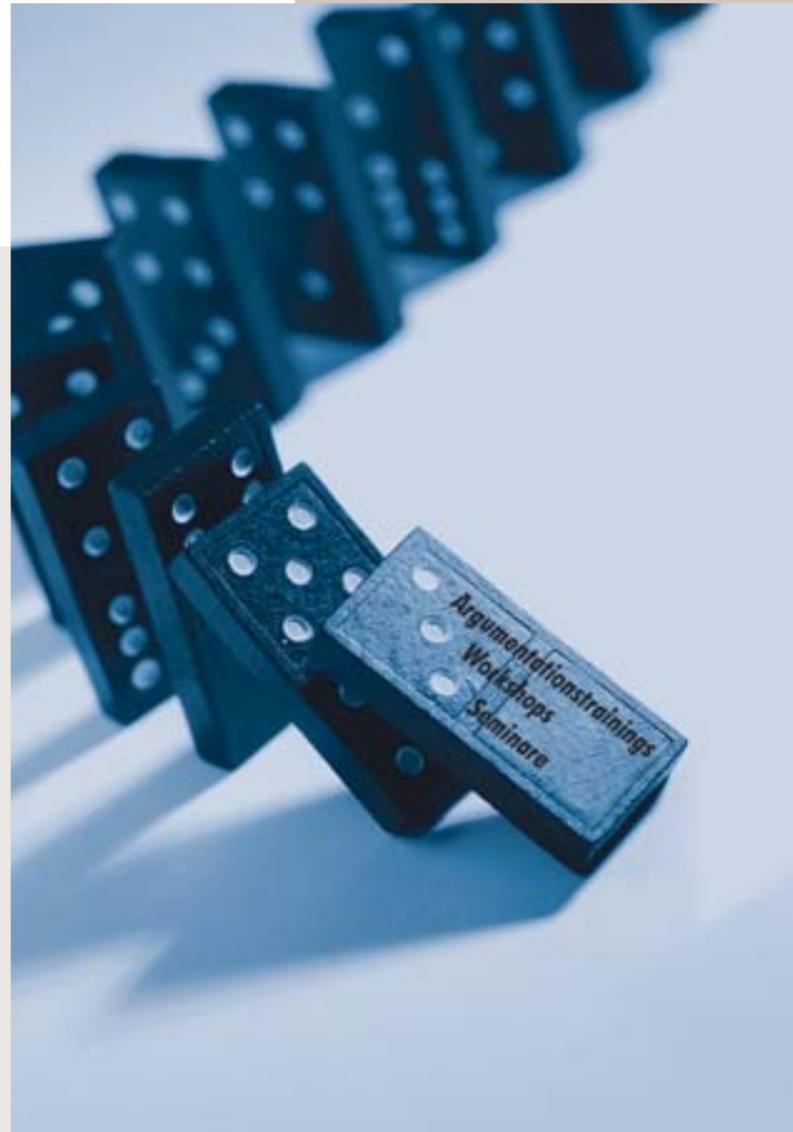
Perspektivwechsel

Trainings zur Förderung interkultureller Kompetenzen

Stellen Sie sich vor, einer Ihrer Mitarbeiter erhält den Auftrag, eine Heizung bei einer islamischen Familie zu reparieren. An der Tür wird er gebeten, die Schule ausziehen, was er verweigert. Daraufhin wird ihm der Zutritt verwehrt. Der Auftrag kann nicht durchgeführt werden. Neben dem Ärger entstehen Ihnen zusätzlich noch Kosten...

In einem islamischen Haushalt werden die meisten Tätigkeiten (essen, beten etc.) auf dem Boden verrichtet, weshalb die Räume religiös und hygienisch rein gehalten werden müssen. Da dem Heizungsmonteur dieses Wissen fehlt, kann er nicht flexibel auf diese Situation reagieren.

Prognosen zufolge wird die Mehrheit der Bevölkerung in städtischen Ballungsräumen in wenigen Jahren einen Migrationshintergrund haben. Der Ausländeranteil liegt in NRW bei 11%. In den kreisfreien Städten wird der Anteil der Migrantinnen und Migranten an den jungen Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen nach 2010 die 50% Marke erreichen und überschreiten. „Migranten werden in absehbarer Zukunft die Mehrheit der Stadtbevölkerung stellen“ (Fischer). In der Region Münster/Münsterland leben über 150 Nationen zusammen. Der soziale Frieden, Wohlstand und die Dynamik dieser Region ist wie in vielen anderen Regionen auch untrennbar mit der zukünftigen Migrations- und Integrationspolitik verbunden. Migration kann nicht länger als gesellschaftlicher Sonderfall eingeordnet werden, da Zu- und Abwanderung konstitutive Merkmale städtischer Gesellschaften sind und in Zukunft verstärkt stattfinden werden.



Die Möglichkeiten und die Formen der Begegnung von Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen, Schulen und Betrieben und Menschen mit Migrationshintergrund bilden einen Gradmesser für die gegenseitige Toleranz und die Qualität des Gemeinwesens. Um diese Begegnungen möglichst fair zu gestalten und Missverständnisse im Umgang mit „fremden“ Kulturen zu vermeiden, setzen die Interkulturellen Trainings auf die Stärkung und Ausweitung eines vernetzten Angebotes zum Abbau von Unsicherheiten zwischen den Kulturen sowie auf die Förderung zivilcouragierten Verhaltens.

Seit drei Jahren führt die Volkshochschule Münster in Kooperation mit ESE, dem Verein für Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung, erfolgreich interkulturelle Trainings in der Region Münster/Münsterland durch. Ziel dieser Trainings ist es, Kompetenzen im Umgang mit verschiedenen Kulturen zu erweitern, Vorurteile abzubauen und Kenntnisse über Gepflogenheiten und Umgangsformen anderer Kulturen zu vermitteln. Realisiert wird dieses Projekt im Rahmen der „Lernenden Region Münster/Münsterland“.

An wen richten sich die Trainings?

- ▶ **Beschäftigte in Betrieben der Lernenden Region Münster**
Führungskräfte, Ausbilder/innen und Mitarbeiter/innen können durch entsprechende Trainings dazu beitragen, dass neue Potenziale im Umgang mit Beschäftigten und Gesprächspartnern unterschiedlicher Herkunft und Nationalität erkannt und Vorurteile abgebaut werden. Die Kreativität und Effektivität der Beschäftigten wird gefördert, die gegenseitige Toleranz gesteigert und Interesse an anderen Kulturen geweckt. Interkulturelle Kompetenz ist ein Vorteil im globalen Wettbewerb!
- ▶ **Mitarbeiter/innen in der Verwaltung**
Beschäftigte in der Verwaltung haben in einer Reihe von Aufgabenfeldern intensive Kontakte zu MitbürgerInnen ausländischer Herkunft. Die Trainings zielen ab auf einen verständnisvollen Umgang mit unterschiedlichen Nationalitäten, wollen fundierte Kenntnisse über kulturelle Eigenheiten vermitteln und die Sensibilität gegenüber diskriminierenden Äußerungen erhöhen, wo immer sie stattfinden.
- ▶ **LehrerInnen an weiterführenden Schulen**
LehrerInnen werden im Umgang mit Schülerinnen und Schülern bzw. Auszubildenden oft mit ausländerfeindlichen oder rassistischen (Stammtisch-) Parolen konfrontiert oder zu unfreiwilligen Zeugen von Anfeindungen gegen ausländische MitschülerInnen. Aufgrund der Unterrichtssituation und der Stofffülle sind Pädagoginnen und Pädagogen häufig überfordert, angemessen und schnell auf diese verbalen Übergriffe zu reagieren bzw. über unterschiedliche kulturelle Hintergründe aufzuklären und für Diskriminierung zu sensibilisieren.



Dr. Susanne Eichler

Volkshochschule Münster
Aegidiemarkt 3
48143 Münster
Tel.: 0251/4924311
Fax: 0251/4927915
eichlers@stadt-muenster.de
www.muenster.de/stadt/vhs

Von Multikulti zur Interkulturellen Kompetenz

Zentrale Themen der Interkulturellen Trainings sind:
Begrüßung und Einleitung • Situationsbeispiele für interkulturelle Missverständnisse • Das Eigene und das Fremde • Ursachen von Missverständnissen • Kulturwandel in Migrationssituationen • Kulturelle Wahrnehmung und ihre Auswirkungen • Analyse von Situationsbeispielen: Wie würden Sie reagieren...? - Wo sind meine Grenzen? - Tipps zur interkulturellen Verständigung • Seminarevaluation

Grundlage für die Vermittlung fremder kultureller Denkmuster ist die so genannte Dritt-Kultur-Perspektive.

Das bedeutet zunächst eine Beschäftigung mit Kulturen, zu denen kein persönlicher Bezug vorhanden ist. Durch das Kennenlernen völlig fremder Perspektiven wird eine Distanz zur eigenen Kultur möglich. Eigene kulturelle Vorstellungen und Verhaltensmuster können überdacht und in einem größeren Kontext betrachtet werden. Dadurch soll eine Offenheit geschaffen werden in Bezug auf den Umgang mit hier in Deutschland lebenden Mitgliedern fremder Kulturen. Diese Offenheit soll Grundlage für eine bessere Verständigung und ein besseres Verstehen zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft sein. 2003 erhielt der Kooperationspartner, der Verein Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung (ESE) für diesen Ansatz – auch Kulturenwechsel genannt – den Preis für Innovation des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE).

Parallel dazu wurde vom DIE in Kooperation mit dem Landesverband der Volkshochschulen von NRW und dem Landeszentrum für Zuwanderung ein Fortbildungskonzept „Interkulturelle Kompetenz für Verwaltung und Migrantenorganisationen“ entwickelt und erprobt. Das Konzept liegt jetzt als Zertifikatssystem des Deutschen Volkshochschulverbandes Xpert CCS (Culture Communication Skills) vor und wird bereits an vielen Volkshochschulen in NRW durchgeführt. Der Bayerische Volkshochschulverband konzipierte weitere Bausteine zur interkulturellen Kompetenz für Schule, Sozialarbeit, klein- und mittelständische Unternehmen, Gesundheitswesen und Sprachenunterricht, die gleichfalls zu dem Zertifikatssystem Interkulturelle Kompetenz für Volkshochschulfortbildungsangebote gehören. ○

Lernprozesse in der multikulturellen Gesellschaft unterstützen!

Interkulturelle Bildung im
Bildungswerk der Erzdiözese Köln



Die „Nordrhein-Westfälischen Migrationsgespräche“ sind eine herausragende Veranstaltungsreihe der politischen Bildung des Bildungswerks der Erzdiözese Köln, die aktuelle und brisante Fragen im Politikfeld Zuwanderung und Integration behandelt. Folgende Veranstaltungen seien beispielhaft für das breite thematische Spektrum der Reihe genannt: Prof. Rainer Münz erläuterte den Zusammenhang von Bevölkerungsrückgang und Zuwanderungsbedarf. Dr. Heiner Bielefeldt griff das Spannungsverhältnis zwischen Islam und säkularem Rechtsstaat auf. Ernst Schreckenberg analysierte die filmische Darstellung des „Ausländers“ seit den 50er Jahren. Heiner Geißler bilanzierte die deutsche Ausländerpolitik. Dr. Thomas Hegemann benannte Grundlagen der interkulturellen Beratung in medizinischen und psychosozialen Arbeitsfeldern und Prof. Rita Süßmuth referierte zum Zusammenhang von nationalem Arbeitsmarkt und Zuwanderung seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes.

Foren für den Lernprozess einer Gesellschaft

Bevorzugte Veranstaltungsformen sind der Vortrag und das Zwie- bzw. Streitgespräch, weil sie die Darlegung einer komplexen Argumentation ermöglichen. Die anschließende intensive Publikumsdiskussion bietet Raum für gemeinsames Nachdenken über fremdenfeindliche Deutungsmuster und ihre strukturellen Ursachen.

Die „Nordrhein-Westfälischen Migrationsgespräche“ haben sich seit ihrer Initiierung im Jahr 2001 in Köln zu einem stadtweit bekannten Forum entwickelt, in dem politische EntscheidungsträgerInnen, Fachleute und ein allgemein gesellschaftspolitisch interessiertes Publikum, darin erfreulich viele MigrantInnen, in einen nicht immer konfliktfreien Verständigungsprozess treten.

Die Veranstaltungsreihe beruht auf einer Kooperation zwischen Katholischem Bildungswerk Köln, Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Solingen), Landeszentrale für politische Bildung (Düsseldorf) und Auslandsgesellschaft NRW (Dortmund). Außer in Köln finden weitere „Migrationsgespräche“ an den Standorten der Kooperationspartner statt. Alle Veranstaltungen werden von den Partnern gemeinsam geplant und vernetzt.

Als regelmäßiges Forum unterstützen die „Nordrhein-Westfälischen Migrationsgespräche“ den Übergang von der lähmenden und unproduktiven Leugnung Deutschlands als Einwanderungsland zu einer sachorientierten Sicht der Dinge. Da die deutsche Gesellschaft multiethnisch und multikulturell sein wird, betrachtet es die politische Bildung des Bildungswerks der Erzdiözese Köln als eine zentrale Aufgabe, diesen Verständigungsprozess zu begleiten und seine Akteure zu befähigen, ihn kompetent und aktiv zu gestalten.

Neben den „Migrationsgesprächen“ gibt es beim Bildungswerk der Erzdiözese Köln eine Vielzahl weiterer Veranstaltungen der interkulturellen politischen Bildungsarbeit.

Ein Blick auf das gesamte Veranstaltungsprogramm für BürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund ermöglicht eine angemessene Würdigung ihrer vielfältigen Wirkmöglichkeiten.

Themen

Das thematische Spektrum der Veranstaltungen kann hier nur kurz skizziert werden. Die Veranstaltungen

- ▶ stellen Religionen und fremde Kulturen vor und versuchen Verständnis für ihre Besonderheiten zu wecken,
- ▶ thematisieren aktuelle politische Fragen,
- ▶ informieren MigrantInnen über das Leben in der (neuen) „Heimat“ und
- ▶ vermitteln der „deutschen“ Bevölkerung interkulturelle Kompetenzen.
- ▶ werden in Kooperation z.B. mit den Caritas-Migrationsdiensten, Elternvereinen, Missionen und MigrantInnenvereinen realisiert,
- ▶ finden in der gesamten Fläche des Erzbistums Köln in Kirchengemeinden, interkulturellen Zentren etc. statt und
- ▶ werden oft von ReferentInnen mit eigenen Migrationserfahrungen geleitet.

Insgesamt geht es in der interkulturellen Bildungsarbeit des Bildungswerks der Erzdiözese Köln darum, die Lernprozesse in der multikulturellen Gesellschaft zu unterstützen, also:

- ▶ die MigrantInnen zur Integration in die „neue Gesellschaft“ zu befähigen und sie zur Partizipation zu ermutigen,
- ▶ die einheimische Bevölkerung zur Integration der MigrantInnen zu befähigen,
- ▶ gesellschaftliche Veränderungsprozesse im Zuge der Zuwanderung zu verstehen, sie ggf. auch kontrovers zu diskutieren und mitzugestalten und zwar
- ▶ unter der Option einer fremdenfreundlichen Gesellschaft. ○



Volker Hohengarten

Bildungswerk der Erzdiözese Köln
Marzellenstr. 32
50606 Köln
Tel.: 0221/16421448
volker.hohengarten@erzbistum-koeln.de
www.info-erwachsenenbildung.de

Politische Bildung in der Erwachsenen-alphabetisierung

Die Tatsache, dass in modernen industrialisierten Staaten Menschen leben, die nicht hinreichend lese- und schreibkundig sind, ist gemeinhin wenig bekannt, wird häufig mit Skepsis zur Kenntnis genommen und bisweilen auch tabuisiert. An vielen Volkshochschulen in Deutschland existieren Alphabetisierungsangebote, an denen jährlich etwa 20.000 Erwachsene teilnehmen. TeilnehmerInnen in diesen Lese- und Schreibkursen erscheinen vordergründig vielleicht zumeist als apolitische Menschen bzw. desinteressiert an politischen Themen. Sie sehen in ihrer Lebenswelt keinen direkten Bezug zum Politischen. Dass sie ihr Unwissen schon einmal hinter einem lautstark zum Ausdruck gebrachten generellen Desinteresse verstecken, unterscheidet diese besondere Zielgruppe übrigens nicht von großen Teilen der lesenden und schreibenden bundesrepublikanischen Bevölkerung. An dieser Stelle vorschnell Politik- und/oder Politikerverdrossenheit zu konstatieren ist zu einfach und befreit die Kursleitenden und pädagogisch Planenden nicht von der folgenden bedeutenderen Fragestellung: Mit welchen Methoden und Bearbeitungsformen kann das Interesse an politischen Themen in der Alphabetisierungspraxis geweckt werden und so zu einer Bereicherung des Unterrichts führen? Hier wird ein methodisch erprobter Ansatz in Alphabetisierungskursen mit fortgeschrittenen Teilnehmergruppen dargestellt, der veranschaulicht, wie politische Bildung in Kursen mit deutschsprachigen funktionalen Analphabeten aussehen kann.



Praxis

In Alphabetisierungskursen mit fortgeschrittenen Teilnehmergruppen, die über grundlegende Lesekompetenzen verfügen, bietet sich als Arbeitsform das regelmäßige laute Lesen von Zeitungsartikeln an. Hierbei ist besonders auf die angemessene Aufbereitung der Texte zu beachten. Der betreffende Zeitungsartikel sollte ausgeschnitten werden, so dass die Information auf das Wesentliche reduziert ist und keine Ablenkung durch andere Überschriften oder Bilder erfolgt, und zudem auf DIN-A-4 Format vergrößert werden. Auch die inhaltliche Auswahl der Artikel sollte mit Bedacht erfolgen. Der ausgewählte Zeitungsartikel sollte ein aktuelles regionales Thema aus der direkten Umwelt der Teilnehmenden oder ein für alle Beteiligten bedeutsames überregionales Thema (z.B. Hartz IV) behandeln. Nach dem Lesen des Textes und vor dem Einstieg in die Diskussionsrunde ist es von elementarer Bedeutung, gemeinsam in der Gruppe unbekannte Begriffe und Wörter zu klären. Zur Zielsetzung sei angemerkt, dass am Anfang der Versuch steht, die Teilnehmenden zum Sprechen zu bringen, wodurch sie gleichzeitig das im Hintergrund verborgene Denken zum Ausdruck bringen. Dabei müssen sie sich nicht an eine Fachterminologie halten, sondern können Wörter, Redewendungen und Ausdrucksweisen wählen, die in Verbindung mit ihren Lebens- und Berufserfahrungen stehen. Nach anfänglicher Skepsis zeigten die Teilnehmenden erfahrungsgemäß starkes Interesse und verfolgten über die regelmäßige Zeitungslektüre lokale und überregionale politische Themen, und manche Unterrichtseinheit wurde spontan zum Diskussionszirkel.

Politikbegriff

In den Alphabetisierungskursen hat sich gezeigt, dass durch die gemeinsame Erkundung des politischen Nahbereichs und/oder die Auswahl aktueller politischer Themen, die jeden Teilnehmenden im privaten und/oder beruflichen Alltag betreffen, Politik transparenter und erfahrbar wird. Um diese Zielgruppe für einen solchen methodischen Ansatz zu gewinnen, ist es entscheidend, ein weites Politikverständnis zu Grunde zu legen, das auf die politische Relevanz des Alltags und der Lebenswelt verweist und sich nicht in erster Linie als klassische Staatsbürgerkunde definiert.



Jens Korfkamp

Volkshochschul-Zweckverband Rheinberg
Großer Markt 1
47495 Rheinberg
Tel. 02843/171492
Fax: 02843/171346
jens.korfkamp@vhs-rheinberg.de
www.vhs-rheinberg.de

Die Präferenz für einen weiten Politikbegriff in der Arbeit mit erwachsenen Analphabeten ist aber kein Plädoyer für eine inflationäre Entgrenzung des Politischen, die in letzter Konsequenz politische Bildung entpolitisieren würde. Politische Bildung sollte sich ihrer Unverwechselbarkeit und ihrer Standards bewusst sein und bleiben und den „Kern des Politischen“ (Hufer) auch in der Arbeit mit bildungsbenachteiligten Zielgruppen wahren. Vorrangig geht es nämlich darum, das Selbstbewusstsein der Teilnehmenden zu stärken und sie zu befähigen, ihren gesellschaftlichen Standort und ihre Interessen zu erkennen, ihre Urteilskraft zu stärken und ggf. ihr politisches Engagement zu fördern. Letztgenanntes kann u.a. darauf basieren, dass den Teilnehmenden bewusst wird, dass auch sie Teil des staatlichen Gesamtsystems „Bundesrepublik Deutschland“ sind und durch ihre Stimme als „politischer Bürger“ Einfluss nehmen können. Die Aneignung der Schriftsprache, d.h. die Gewinnung neuer Möglichkeiten zur Erschließung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der eigenen Positionierung, hat bereits emanzipatorischen Charakter. Für welche Zwecke diese Bewusstseinsweiterung genutzt wird, bestimmen und verantworten die Teilnehmenden selbst. Die Kursleitenden dürfen dabei nicht der Gefahr erliegen, entsprechend ihrer eigenen politischen Sozialisation konkrete Erwartungen an die Meinungsbildung und politische Handlungsweise der Teilnehmenden zu stellen, durch ein solches Verhalten die Interessen und lebensweltlichen Bezugspunkte der Teilnehmenden zu übergehen und der Lerngruppe Themen und Meinungen aufzudrängen. Zur Vermeidung dieser Problematik sei abschließend auf den Beutelsbacher Konsens von 1976 verwiesen, dessen Grundprinzipien für die demokratische politische Bildung sich auch für die Alphabetisierungspraxis als ein tragfähiges Gerüst professioneller Kompetenz und Qualität politischer Bildung anbietet. ○



Politische Elternbildung als Baustein der Schulkultur



In einer Schule der Sekundarstufe I in NRW berichtet der Schulleiter in der Schulkonferenz darüber, dass in Zukunft eine Bemerkung zum Arbeits- und Sozialverhalten auf dem Zeugnis zu stehen habe. Eine sofortige Abstimmung führte zur Etablierung der Bemerkungen als fester Bestandteil des Zeugnisses. Eine Diskussion, über Inhalt und Aussage der Bemerkungen gibt es nicht. Weder die anwesenden SchülerInnen, noch die Eltern stellten die Aussagen des Schulleiters in Frage, sie stimmten vorbehaltlos zu.

Unser Land ist eine Demokratie. Schule ist Bestandteil unserer Gesellschaft und durch ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag auch Ort der demokratischen Bildung. Aber: findet Demokratie in der Schule statt? Greifen die gesetzlichen Grundlagen der Partizipation in der Praxis? Und was sind die Voraussetzungen für ein Gelingen dieser gewollten Partizipation?

Demokratie heißt: wir brauchen Elternnetzwerke



Zusammenarbeit auf „gleicher Augenhöhe“

Hätten die eben angeführten Eltern die gesetzlichen Vorgaben der Elternmitwirkung (GG, LV, SchG.) gekannt, wären sie in der Lage gewesen, in der oben geschilderten Situation, den Antrag des Schulleiters zu hinterfragen und eine Diskussion zum Thema, bei allen Beteiligten einzuleiten. Auch hätten sie sich als außerschulische ExpertInnen selbstverständlich mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen in eine konstruktive Diskussion eingebracht.

Das neue Schulgesetz fordert von Eltern eine solche Gestaltungskompetenz, die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme und die Fähigkeit, „Eltern- Standpunkte“ in Aushandlungsprozesse konstruktiv einzubringen. Dazu benötigen Eltern ein umfassendes Wissen über gesetzliche Vorgaben der Elternmitwirkung sowie der anstehenden Entscheidungen. Der Aufgabenkatalog der Schulkonferenz ist um wesentliche Punkte erweitert worden. Eltern sollen und müssen mehr Verantwortung übernehmen für das, was in den Schulen passiert. Das neue Gesetz ermöglicht schulspezifische Regelungen zu Verfahrens- und Wahlvorschriften. Dies erfordert ein fundamentales Wissen über demokratische Legitimationsprozesse.

Handlungs- und Gestaltungskompetenz von Eltern werden eine der Gelingensbedingungen für Demokratisierung der Schulen sein, für die ernsthafte, konstruktive Beteiligung aller am Erziehungs- und Bildungsprozess Beteiligten.

Zum Beispiel...

- ▶ Die Belange von Migrantenfamilien sind zukünftig in den Mitwirkungsgremien angemessen zu berücksichtigen. Hierzu bedarf es eines interkulturellen Wissens und geeigneter Handlungsstrategien.
- ▶ Die in Gremien tätigen Eltern benötigen rhetorische Basiskompetenzen, Souveränität bei Präsentationen von Arbeitsergebnisse und der Moderation von Gruppen.

Dies gilt gleichermaßen für Gesprächs- und Verhandlungsführung und den Umgang mit Konflikten. Eltern benötigen Schlüsselqualifikationen in diesen Bereichen, um die ihnen zukommenden Aufgaben zu lösen.

- ▶ Die Qualität der Elternarbeit kann Eltern zu ehrenamtlichem Engagement motivieren oder demotivieren. Es gilt daher Elternarbeit zu fördern: zu klären, wozu sich Eltern befähigen wollen und müssen. Hier müssen Module der politischen Elternbildung unterstützend eingreifen.
- ▶ Elternmitwirkung in der Schule, in der Kommune und auf Landesebene ist maßgeblich davon abhängig, bei Eltern entsprechende Kenntnisse anzubahnen und zu entwickeln.

Elternarbeit in Schulen braucht ein maßgeschneidertes Fortbildungsangebot

Das Forum Eltern und Schule hat mit seiner politischen Elternschule Fortbildungsmodulen entwickelt, die diesen unterschiedlichen Bedürfnissen bezüglich Inhalt, Zeitrahmen und Anreise passgenau entsprechen und zugeschnitten sind auf

- ▶ einzelne Schulen,
- ▶ Stadtelternpflegschaften
- ▶ und Landesverbände.

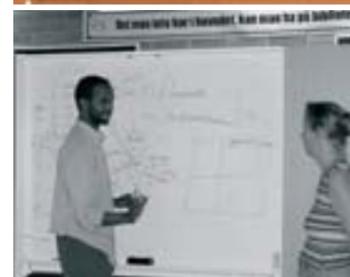
Partnerschaftliche Zusammenarbeit der am Bildungs- und Erziehungsprozess Beteiligten (LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen) setzt in der Auseinandersetzung eine Begegnung auf „gleicher Augenhöhe“ voraus, die nicht nur strukturell (Schulgesetz) möglich, sondern auch in den „Handlungskompetenzen“ der Eltern verankert sein muss: Politische Elternbildung ist unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Schulkultur. ○



Martina Wolf-Sedlatschek
Ike Sprenger

Forum Eltern und Schule
Huckarder Str. 12
44147 Dortmund
Tel.: 0231/148011
Fax: 0231/147942
ab-fesch@t-online.de

„Bildung und Einwanderung in Schweden“ - ein politisch und beruflich bildendes Studienseminar



Varje språk är en gåva –
Jede Sprache ist eine Gabe

Seit der Veröffentlichung der sogenannten „Pisa-Studie“ zum internationalen Vergleich von Schülerleistungen hat das DGB-Bildungswerk drei Studienseminare zum Thema „Bildung und Einwanderung in Schweden“ angeboten. Teilgenommen haben überwiegend LehrerInnen oder anderweitig mit Schule beschäftigte Menschen.

Die „Pisa-Studie“ dokumentiert einige für unser Schulsystem niederschmetternde Ergebnisse: Deutsche SchülerInnen haben im Durchschnitt deutlich schlechter abgeschnitten als SchülerInnen aus anderen Industriestaaten. Es ist eindeutig belegt, dass an unseren Schulen soziale Unterschiede verstärkt und nicht ausgeglichen werden. Geradezu katastrophal zeigt sich das bei Kindern von ImmigrantInnen, die in allen Kompetenzbereichen deutlich schlechter als ihre gleichaltrigen MitschülerInnen abschnitten. Nicht so in Schweden...

Sitzenbleiben unbekannt

Wie gelingt es den Schweden, ihr Gleichheitsideal zu verwirklichen? Diese Frage zog sich wie ein roter Faden durch das Seminar. Wie gelingt es Schulen, an denen bis zur 8. Klasse keine Noten vergeben werden bis zur 9. Klasse alle Kinder dieselbe Schulform besuchen und „Sitzenbleiben“ praktisch unbekannt ist dennoch zu besseren Ergebnissen zu kommen als unsere leistungsorientierten Lehreinrichtungen mit ihrem Axiom der homogenen Lerngruppe? Über Besuche in mehreren Schulen mit unterschiedlichen Altersklassen, Diskussionen mit LehrerInnen und SchülerInnen, über Unterrichtshospitationen und Vorträge haben wir versucht, Antworten auf diese Fragen zu finden.

Zur Besuch in der Gardstensschule

„Varje språk är en gåva – Jede Sprache ist eine Gabe“. So lautet der Wahlspruch der von uns besuchten Gardstensschule in Göteborg, von deren 700 SchülerInnen nur 40 Schwedisch als Muttersprache haben, die übrigen 640 dagegen 50 verschiedenen Nationalitäten angehören und 45 verschiedene Sprachen sprechen. Die Erfahrung der gelassenen und optimistischen Atmosphäre an einer Schule mit einer derartigen Mischung von Nationalitäten und mit Kindern, die überwiegend aus unterprivilegierten Schichten stammen, wirkt nachhaltig. Da wir uns häufig in Minigruppen durch einzelne Schulen bewegt haben (ein Vorgehen, das an einer deutschen Schule wohl kaum denkbar wäre), stammen die Eindrücke der einzelnen Teilnehmenden von ganz unterschiedlichen Erlebnissen: SchülerInnen grüßen im Vorbeigehen den Direktor der Schule mit einem freundlichen „Hallo Arne“; eine Lehrerin antwortet auf die Frage nach dem möglicherweise unterschiedlichen Leistungsstand der Schüler entspannt und beiläufig; natürlich könne es passieren, dass ein Kind am Ende der dritten Klasse noch das Rechenbuch der zweiten Klasse benutze, das Kind sei dann halt noch nicht so weit.

Die Effektivität des Konzepts „Studienseminar“ wird jedem deutlich, der erlebt hat, welche tiefgehenden Eindrücke der Besuch dieser Schule bei unserer Gruppe hinterlassen hat. Kein Vortrag, kein Film und keine Abhandlung wäre in der Lage gewesen, eine solche Bewegung in Köpfe und ein solches Leuchten in Augen zu bringen, die nach langjähriger Berufstätigkeit nahezu starr und „betriebsblind“ geworden sind.

Die Ergebnisse werden weiter gegeben

Unsere Fahrten stießen durchweg auf außergewöhnlich große Resonanz, zumal sich hier das Interesse an einer grundsätzlichen politischen Frage mit dem an den Problemen des beruflichen Alltags verband. Etliche Teilnehmende hatten sich – als Voraussetzung für die Erteilung der Freistellung – vorab verpflichtet, Ergebnisse der Fahrt anschließend ihrem Kollegium zu präsentieren. Dieser Auftrag trug möglicherweise dazu bei, dass die Teilnehmenden des 8-tägigen Studienseminars zumeist weit über das tägliche Programm hinaus über Schulen und Lernformen, Eindrücke aus Vorträgen, Gesprächen und Diskussionen diskutiert haben.

Von den Teilnehmenden war wohl niemand am Ende der Fahrt der Ansicht, wir könnten das schwedische Schulsystem einfach kopieren, aber die Aussagen der Abschlussrunde lassen den Schluss zu, dass 23 Menschen einiges gelernt haben, auch – aber nicht nur – für ihre berufliche Tätigkeit. ○



Jörn Hößelbarth

DGB-Bildungswrk NRW
Bismarckstr. 77
40210 Düsseldorf
Tel. 0211/17523138
Fax: 0211/17523161
joern.hoesselbarth@dgb-
bildungswerk-nrw.de
www.dgb-bildungswerk-
nrw.de

Frauensalon – eine unsterbliche Idee

Ein Frauensalon? Etwa ein Frisiersalon? Oder – warten Sie mal – da gab es doch früher diese feinen Damen, die mit affektiertem Lächeln und gespreiztem kleinen Finger ihre chinesischen Teetassen balancierten und Nichtigkeiten austauschten... Nein, so ist es Gott sei Dank nicht und so ist es auch tatsächlich nie gewesen. Seit einigen Jahren gibt es neue Salons für Frauen – eine neue / alte Form des Austausches, bei der es ganz und gar nicht belanglos zugeht.

Eine Tradition...

Frauensalons stehen in einer langen Tradition und hatten ihre Blütezeiten an verschiedenen Orten Europas. Als die ersten Salons im 18. Jahrhundert in Frankreich aufkamen, luden reiche adlige Frauen dazu ein. Sie führten Menschen zusammen, die sich über Literatur oder – 100 Jahre später – über Philosophie austauschten. „Geniale Frauen öffnen ihre Salons für geniale Männer und Frauen“, beschreibt Dr. Susanne Diestel, Expertin zur Geschichte der Salons, deren Reiz. In Zeiten, als nur Männer studieren durften und alle Bildung eine Frage des Geldes war, konnten in den Salons auch Frauen an Gesprächen über Literatur und Philosophie teilnehmen, eigene Gedanken, literarische oder musikalische Werke vorstellen.

Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde der Salon in einer neuen Form wieder lebendig, als im Osten Berlins Männer und Frauen junge Künstlerinnen und Künstler einluden, die in modernen Salons ihre Werke vorstellten, um ihrer Arbeit mehr Geltung und Bekanntheit zu verschaffen.



...und ihr Wiederaufleben

Die Salons, die seit rund 4 Jahren beispielsweise in Dortmund, Unna, Schwerte, Recklinghausen und Münster stattfinden, richten sich dagegen ausschließlich an Frauen. Sie tragen Namen wie „Lila Salon“, „Salon der Querdenkerinnen“ oder „Frauensalon“ und werden von Frauen für Frauen organisiert, um hier einen Raum zum (weiblichen) Austausch, zur Information und Diskussion zu bieten.

Am Beispiel des „Frauensalons“ in Unna möchte ich diese Konzeption vorstellen, die wir in Schwerte kennengelernt hatten. An der Vorbereitung unseres „Frauensalons“ sind Frauen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen beteiligt – Pfarrerinnen und Ehrenamtliche, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt und des Evangelischen Kirchenkreises, die politische Bildnerin des Vereins Evangelischer Sozialseminare sowie eine Sängerin.

Sechs Salons bzw. Salontermine werden pro Jahr geplant, bei denen Frauen sich abends für jeweils zwei Stunden zusammenfinden. Die Frauen zahlen Eintritt und bekommen dafür einen kleinen Imbiss und verschiedene Getränke. Der Veranstaltungsraum wird so gestaltet, dass jeweils sechs Frauen an einem Tisch sitzen. Die Tische sind in einem großen Kreis aufgestellt; Kerzen und indirekte Beleuchtung schaffen eine warme und gemütliche Atmosphäre.

Ablauf, Atmosphäre, Inhalt: etwas Besonderes

Zunächst wird Zeit zum Ankommen und für erste Gespräche eingeräumt. Dann führt die Referentin in das jeweilige Thema ein. Danach besteht unmittelbar die Möglichkeit zur Nachfrage und Diskussion. In einer Pause wird in kleinen Gruppen, in einer zweiten Runde wieder mit der Referentin und den Musikerinnen debattiert. Musik – jeweils passend zum Thema – strukturiert übrigens jeden Salonabend, wobei die Musikerinnen den Hintergrund „ihrer“ Stücke erläutern. Nach dem offiziellen Veranstaltungsende wird das Gespräch meist noch fortgesetzt.

Bei unserem ersten Salon waren wir noch ganz unsicher über die zu erwartende Resonanz – wir stellten Stühle für 40 Gäste bereit. Doch es kamen über 70!

Vorläufig bietet sich uns eine scheinbar unendliche Auswahl spannender Themen an. Bisher haben wir schon über „ungleiche Schwestern – Frauenleben in Ost und West“ nachgedacht und diskutiert.



Dazu wurden Lieder der ostdeutschen Liedermacherin Ursula Fritsch nach Gedichten von ostdeutschen Lyrikerinnen wie Eva Strittmatter und Anneliese Boström vorgetragen. Beim folgenden Salon reisten wir in die Geschichte der Salons im 18. Jahrhundert – mit Liedern u.a. von Clara Schumann. Im dritten Salon machten wir uns auf die Suche nach der weiblichen Anima und wurden dabei von einem Chor westfälischer Pfarrerinnen unterstützt, den Sisters of Paradise. Weitere Veranstaltungsthemen waren „Frauen und Geld“, „Frauen im Märchen“, „Hexenverfolgungen“, „Der Islam: meine Identität oder mein Fluchtgrund?“, „Weltmarkt Privathaushalt – bezahlte Arbeit im privaten Haushalt“ ...

Die Referentinnen hatten wir entweder in anderen Salons kennen gelernt, in den eigenen Reihen gesucht oder z.B. aufgrund einer interessanten Veröffentlichung eingeladen. Auch Frauen, die an einem allgemein interessierenden Thema arbeiten, können hier ihre Gedanken vorstellen und mit anderen ins Gespräch kommen.

„Man nehme“

Worin liegt aber nun der Reiz der Salons? Man nehme ... interessante Frauen mit spannenden Themen, einen schönen Raum, nette Frauen, Wein und etwas zu essen, Kerzenschein und dazu gute Musik und ...

Vielleicht ist es die Zusammensetzung von angenehmer Atmosphäre, einem anspruchsvollem Thema, das in verständlicher Sprache diskutiert wird, und persönlichem Austausch und dazu das Glas Wein, das diese Veranstaltung deutlich von einem Vortrag mit anschließender Aussprache unterscheidet. In unseren Salons werden Akademikerinnen ebenso angesprochen wie lebenserfahrene Familienfrauen, hier findet jede einen Ort zum Nachdenken und zum Zuhören.

Vielleicht liegt hier auch die Parallele zum Friseursalon: sich etwas Gutes gönnen und mit etwas anderem im oder auf dem Kopf hinausgehen! Wer dem Geheimnis der Salons auf die Spur kommen möchte, kann es ja selbst einmal erkunden – es gibt mittlerweile in vielen Orten einen Frauensalon! ○



Elke Markmann

Evangelisches Erwachsenenbildungswerk
Westfalen und Lippe/Frauenarbeit im
Kirchenkreis Unna
Mozartstr. 18-20, 59423 Unna
Tel.: 02303/288136
Fax: 02303/288157
emarkmann@kk-ekww.de

„Oneg Schabbat“ – eine Ausstellung als Lernimpuls

Der Warschauer Historiker Emanuel Ringelblum schrieb 1943, versteckt im Bunker: „Jeder Mitarbeiter von Oneg Schabbat wusste, dass seine Mühen und Qualen, seine harte Arbeit und sein Leid und schließlich der Einsatz seines Lebens beim Befördern der Materialien von Ort zu Ort und zwar an jedem Tag 24 Stunden lang einer großen Idee dienen, und dass die Gesellschaft dies am Tag der Freiheit [...] würdigen“ werde.



Wider das Vergessen

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war immer ein besonderer Schwerpunkt der Bildungsarbeit von Arbeit und Leben Nordrhein-Westfalen. Es ist deshalb nicht zufällig, dass die Landesarbeitsgemeinschaft seit April 2003 die Wanderausstellung „Oneg Schabbat - das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos“ zeigt.

In der Ausstellung sind Zeugnisse aus dem Warschauer Ghetto zu sehen, die eine Gruppe um den Historiker Emanuel Ringelblum gesammelt hat: zahllose Berichte – offizieller und privater Natur, von alten und jungen Menschen, auch von Kindern. Was all diese Schriften und Relikte auszeichnet, ist das verzweifelte Bemühen, dem befürchteten Vergessen entgegenzuwirken.

Ein neuer Blick auf den NS-Völkermord

Die Ausstellung zeigt eine andere Sicht des furchtbaren Völkermordes: die Sicht der Opfer, nicht die der Täter. Bisher wurde der Holocaust häufig vom Gesichtspunkt der Täter aus betrachtet und auf Entscheidungsprozesse, auf die Zahl der Ermordeten, Mordtechniken und Orte reduziert. Das so erzeugte Bild über die Juden zur Zeiten der Shoah war selektiv und abwertend. Oneg Schabbat durchbricht diesen Blick.

Neben der eigentlichen Zusammenstellung der unterschiedlichsten Exponate, die das Jüdisch-Historische Institut in Warschau (ZIH) für Arbeit und Leben realisiert hat, hat Arbeit und Leben NRW eine Reihe von zusätzlichen Informationsmaterialien aufbereitet und zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden, wie bei der Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht, die Arbeit und Leben Bielefeld vor zwei Jahren zeigte, „Guides“, Ausstellungsbegleiterinnen und -begleiter, ausgebildet, die bei Bedarf Gruppen durch die Ausstellung führen, Hintergrundinformationen liefern und Projektstage zur Ausstellung leiten.



Tanja Freitag
Angelika Ziener

Arbeit und Leben DGB/
VHS NW e.V.
Mintropstraße 20
40215 Düsseldorf
Tel: 0211/93800 23
Fax: 0211/93800 25
freitag@aulnrw.de
www.aulnrw.de

Lokale Netzwerke und Debatten

In jedem Ausstellungsort findet eine auf die konkreten Bedingungen hin organisierte Eröffnungsveranstaltung statt. Hier wird in der Regel nicht nur ein großes Publikum erreicht, sondern es werden auch Entscheidungsträger in den Kommunen für die Veranstaltungen gewonnen.

Ein umfangreiches Rahmenprogramm in Form von Lesungen, Seminaren und Diskussionsrunden, das die jeweiligen Veranstalter vor Ort konzipieren, begleitet die Ausstellung. Hier kommt es häufig zu neuen „Kooperationen wider das Vergessen“. So arbeitet die Stadtparkasse Emsdetten, die die Ausstellung im Mai 2005 in ihren Räumen zeigt, mit der örtlichen VHS zusammen, um nicht nur die Ausstellung zu präsentieren, sondern auch das historische Umfeld aufzuarbeiten.

Im NS-Dokumentationszentrum in Köln sprach Prof. Wladyslaw Bartoszewski am 31.08.2004 vor ca. 200 Gästen zum Thema „Das Warschauer Ghetto – wie es wirklich war“. Der 82jährige Bartoszewski ist Zeitzeuge. Einst Mitglied des polnischen Widerstandes, war er 1943 als Mitarbeiter der polnischen Exilregierung daran beteiligt, Dokumente zu sammeln, die nach London geschmuggelt werden sollten. Prof. Christoph Butterwegge referierte über „Themen der Rechten – Themen der Mitte“ und stellte den Bezug zur Gegenwart her, Szenen aus Max Zweigs „Ghetto Warschau“ wurde aufgeführt.

Im Verlauf der vergangenen zwei Jahre haben mehr als 18.000 Menschen die Wanderausstellung an über 20 Orten besucht. Neu ist, dass eine politische Ausstellung nicht nur an traditionellen Orten in großen Städten gezeigt wird. Durch die Kooperation mit Sparkassen – auch im ländlichen Raum – konnte die Reichweite der politischen Bildungsangebote erweitert werden.

Unterstützt wird Arbeit und Leben bei diesem Projekt von der West LB-Stiftung Zukunft NRW, dem DGB-Bezirk NRW, dem DGB-Bildungswerk NRW, der Hans-Böckler-Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung.

Eine umfangreiche Dokumentation über die Veranstaltungen und Aktivitäten um die Ausstellung Oneg Schabbat, wird 2006 in geeigneter Form veröffentlicht. ○

Geschichtskultur in NRW – ein Netzwerkprodukt

Die „Werkstatt Geschichtsarbeit und historisch politisches Lernen zum Nationalsozialismus“



Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, vor allem die Periode des Nationalsozialismus ist ein allgegenwärtiges Thema, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler und lokaler Ebene. Die Erinnerung, besonders die an die Opfer der NS-Geschichte, gehört zu unserer politischen Kultur. Aber wie gestaltet man Gedenktage? Kann man schon Grundschulkinder mit der NS-Geschichte vertraut machen?

Wie entwickle ich Stadtrundgänge? Sollen wir ein Gedenkbuchprojekt starten und wo gibt es in NRW bereits Erfahrungen damit? Und was bewirken eigentlich Besuche von Geschichtsmuseen oder Gedenkstätten?

Die Erinnerungs- und Geschichtskultur Nordrhein-Westfalens ist vielfältig: kleine Gedenkstätten, örtliche Geschichtsinitiativen, Vereine, Archive und Pädagogen in Schulen, in der Jugendarbeit und in Bildungsstätten brauchen Austausch, wollen neuere Ergebnisse der Forschung aufnehmen und methodische Anregungen erhalten, um die Erinnerung und historisch-politisches Lernen als lebendigen Bestandteil der politischen Kultur erhalten und weiterentwickeln zu können. Das Bildungswerk der Humanistischen Union hat deshalb 1998 ein neues Veranstaltungsformat entwickelt und seither regelmäßig realisiert: die Tagung „Werkstatt Geschichtsarbeit und historisch-politisches Lernen zum Nationalsozialismus“. Jährlich werden im Herbst für zweieinhalb Tage ein NRW-weites Forum und zugleich eine Werkstatt angeboten, in der Interessierte aus verschiedensten Arbeitsfeldern aktuelle und grundsätzliche Fragen des Geschichtslernens und der lokal-regionalen Erinnerungsarbeit theoretisch und praktisch bearbeiten.

Theorie und Praxis

Die Tagung greift jeweils neue Kontroversen und Forschungsergebnisse auf – z.B. Veröffentlichungen über die „KZ der Gestapo“ oder die aktuellen Debatten um Zwangsarbeiter und Vertreibungen. Großen Raum nehmen Workshops zu Methoden und Praxisfeldern ein – bereits behandelt wurden besucherorientierte Führungen, biografische Methoden, Umgang mit Zeitzeugen, NS-Geschichte im Fernsehen, neue Medien, Fotografien der NS-Zeit, archivpädagogische Arbeit, Gestaltung von lokalen Gedenktagen, Stadtrundgänge, Ausstellungen selber machen, Besucherforschung in Gedenkstätten, Gedenkbücher, Gedenkstättenfahrten. In einem speziellen Programmteil werden Kurzberichte über aktuelle Entwicklungen und Projekte ausgetauscht und diskutiert. Wo sich Gelegenheit dazu bietet, ergänzt eine Exkursion zu einer innovativen Ausstellung oder wichtigen Institutionen in der Umgebung das Tagungsprogramm. Mit diesem Profil verdeutlicht die Werkstatt, dass Geschichtsbewusstsein und Geschichtskultur weder von oben verordnete Normen noch ein Privileg der Wissenschaft sind, sondern ein kommunikativer und unabschließbarer, in der Zivilgesellschaft verhandelter Prozess.

Wer beteiligt sich

Die TeilnehmerInnen kommen aus Erinnerungsinitiativen, Geschichtsvereinen und –werkstätten, Gedenkstätten, Stadtarchiven, Schulen, Jugendämtern, Erwachsenenbildung. So werden Professionelle (mit ihren beruflichen Qualifizierungswünschen) zusammenggeführt mit „Laien“, die an einer Weiterentwicklung ihrer bürgerschaftlichen Arbeit interessiert sind, Querverbindungen zwischen Personen und Institutionen hergestellt und neue Interessierte für die Mitarbeit in den genannten Arbeitsfeldern motiviert.

Wirkungen

Die Tagungen haben einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Profis und „Ehrenamtlichen“ in der Geschichtsarbeit geleistet und zur Verstärkung der Geschichtskultur beigetragen. Das Spezifikum der NRW-Geschichtskultur – viele lokale Initiativen und Institutionen mit unterschiedlichen Stärken und Themen, die in einem partizipativen Prozess von unten zusammenwirken – wird stabilisiert. Die in der Geschichtsarbeit Tätigen werden qualifiziert und in kontinuierlichen Austausch und fachliche Reflexion verwickelt. Durch die Werkstatt-Tagungen hat sich die Zusammenarbeit innerhalb einzelner Arbeitsgebiete sowie wie deren Austausch untereinander intensiviert. Da die Veranstaltung an wechselnden Orten im ganzen Land NRW durchgeführt wird, leistet sie darüber hinaus einen Beitrag zur Bewusstmachung und Formulierung regionaler, kommunaler und lokaler Spezifika und Stärken der nordrhein-westfälischen Geschichtskultur. Eine Mailingliste informiert neuerlich bisherige Teilnehmer und neue Interessierte. Über sie werden in unregelmäßigem Turnus Nachrichten aus allen bisher genannten Arbeitsfeldern, Hinweise auf Online-Materialien und Veranstaltungen publiziert, die zum Themenkreis der Werkstatt gehören (könnten). Da auch ein Teil der EmpfängerInnen diese Liste beliefert, bietet sie Ansätze einer kontinuierlichen Fachkommunikation.

Mit wem?

Die Veranstaltungen werden regelmäßig mit zwei Kooperationspartnern durchgeführt: dem Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NRW (der wiederum ein Zusammenschluss von 13 Erinnerungsorten ist) und dem Forum Geschichtskultur an Ruhr und Emscher (ebenfalls ein Netzwerk zwischen Vereinen, Geschichtswerkstätten und Schulen). Hinzu kommen jeweils lokale Partner (Vereine, Gedenkstätten, Bildungseinrichtungen etc.). Unterstützt wird die Tagung von der Landeszentrale für politische Bildung NRW. ○



Dr. Paul Ciupke
Dr. Norbert Reichling

Bildungswerk der
Humanistischen Union
Kronprinzenstr.15
45128 Essen
Tel. 0201/22 79 82
Fax 0201/23 55 05
buero@hu-bildungswerk.de
www.hu-bildungswerk.de

Ruhrgebiet on air – Jugendliche berichten im Radio über Rassismus

Das Ruhrgebiet im November 2003. Es ist kurz nach 18:00 Uhr und bereits dunkel. Auf dem Weg nach Hause schleichen Autofahrer in Schlangen durch die Innenstädte. Das Radio bringt Seichtes zum Feierabend. Doch beim Sendersuchen hört man im Herner Lokalradio die eindringliche Stimme der 17-jährigen Vera:

„Die Recherchen führten uns zu einer Grundschule in Wanne-Eickel, dort sprachen wir mit der Klassenlehrerin der 4d. Wir wollten wissen, welche Erfahrungen sie gemacht hat, mit Kindern, die sich rassistisch verhalten.“

Es folgt die Stimme einer Lehrerin. „Also die Kinder machen keinen Unterschied, ob das nun türkische, polnische, arabische, deutsche Kinder sind.“ **Vera nimmt die Moderation wieder auf. Sie wirkt kritisch:** „Allerdings deckten sich die Erfahrungen der Schüler nicht mit denen der Lehrerin.“ **Dann wird ein Zusammenschnitt aus Kinderstimmen eingespielt.** „Geboxt, getreten, gespuckt./ Manche wurden auch an den Zaun geschubst und dann noch getreten, richtig an den Zaun./ Welche rufen auch immer Scheiß-Ausländer, wir wollen euch hier nicht haben...“



Bürgerfunk als politische Bildung

Was die Autofahrer an diesem Abend hörten, war eine Sendung über den alltäglichen und oft verdeckten Rassismus in der eigenen Stadt. Gestaltet wurde das Thema von einer der vielen Bürgerfunkgruppen in NRW, die auf den Frequenzen des Lokalradios für ein bis zwei Stunden täglich Programm machen.

Die Moderatorin Vera gehört zu einer Gruppe von 19 Schülerinnen des Emschertal-Berufskollegs in Herne. Diese produzierten ihre Sendung im Rahmen eines Radio-Workshops des aktuellen forums nrw e.V.

Thema: Ausländerfeindlichkeit und Gewalt

Dessen Zielsetzung war es, neben der Vermittlung von Medienkompetenz die Partizipation von benachteiligten Jugendlichen an massenmedialer Öffentlichkeit zu erreichen und dabei die inhaltliche Auseinandersetzung mit einem politisch relevanten Thema zu fördern. Die Zielgruppe waren junge Erwachsene, die keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten und sich in Orientierungskursen und Ausbildungsgängen weiterqualifizierten. Sie sollten eine komplette Bürgerfunktung zum Themenfeld „Ausländerfeindlichkeit und Gewalt in der eigenen Stadt“ gestalten.

In Planungsgesprächen an Berufskollegs bestätigten die Lehrkräfte unsere Annahme, dass bei vielen Jugendlichen trotz eines steigenden Medienkonsums kaum eine Kompetenz im Umgang mit Medien vorhanden sei. Auch begrüßte man die Behandlung des Themas „Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ gerade für die vorgesehene Zielgruppe, da die von ihnen betreuten Jugendlichen entweder anfällig für rechtsextreme Denkmuster oder als Migrantenkinder Zielscheibe ausländerfeindlicher Parolen seien.

Für Produktion und Ausstrahlung der Sendung wurde die Zusammenarbeit mit der Bürgerfunkwerkstatt der VHS in Herne geknüpft.

Politische Bildung praktisch

Zum Beginn der fünf Workshoptage wurde den Jugendlichen lediglich das Oberthema „Ausländerfeindlichkeit und Gewalt in Herne“ vorgegeben. In einer Redaktionskonferenz wurden nun verschiedene Facetten dieses Themas diskutiert, für die sich die Jugendlichen interessierten und für die sich Interviewpartner finden würden. Diese Redaktionskonferenzen fanden täglich statt und dienten zur Planung, zum Austausch und zur Hilfestellung. Die technische Unterweisung reichte von ersten Selbstinterviews über Straßenumfragen und Telefoninterviews bis hin zum Audioschnitt am PC und der Moderation am Studiomischpult. Interviewt wurde auf der Straße, dem Schulhof, beim Besuch von Experten, am Telefon und im Studio. Gesprächspartner waren Ausländerbeiräte, MigrantInnen, das Jugendkommissariat, die Konfliktberatung sowie etliche SchülerInnen, LehrerInnen und BürgerInnen aus Herne.

Radio – ein wichtiges Medium für junge Menschen

Im Projektverlauf zeigten sich die Vorzüge der pädagogischen Arbeit mit dem Medium Radio wegen dessen Beliebtheit bei Jugendlichen. An bekannten Beispielen ließen sich die Grundzüge journalistischer Arbeit und die Strukturen elektronischer Massenmedien vermitteln. Medienkompetenz wurde als demokratische Kompetenz vermittelt und die Macht der Medien zur Objektivierung, Beeinflussung und Manipulation thematisiert. Das Projekt war ein Beispiel für Partizipation, indem sich die Konsument(-innen) durch die einfache Radiotechnik schnell zu Produzent(-innen) entwickelt hatten. Durch die öffentliche Ausstrahlung wurden weiterhin eine Stärkung des Selbstwertgefühls und der Stolz auf ein gelungenes Gesamtergebnis erreicht. Denn unterbrochen von thematischer Musik und Moderation präsentierte die wachsende Sendung bald zahl- und abwechslungsreiche Beiträge zu den Themen Rassismus, Rechtsradikalismus, Zusammenleben der Religionen, Gewaltentwicklung und Gewaltbereitschaft.

Und noch etwas haben Vera und die anderen Jugendlichen mit ihrem Radioprojekt erreicht. An einem Abend im November konnten die Autofahrer auf dem Heimweg eine Sendung hören, die informativ, engagiert und thematisch in der Radiolandschaft einzigartig war. ○



Tobias Lobstädt

aktuelles forum NRW e.V.
Hohenstaufenallee 1-5
45888 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/155 10 16
t.lobstaedt@aktuelles-forum.de
www.aktuelles-forum.de



Köpfe, Kameras, Krönungsmessen

Parteitage als medienpädagogischer Lernort

„Ein Parteitag ist immer ein Stück mediale Inszenierung, doch nicht alles ist inszenierbar“. Joshua Kleinsorge, 22, aus dem sauerländischen Lennestadt wollte wissen, wieweit sich politische Willensbildung in Parteien dem Wunsch „von oben“ nach publikumswirksamen Bildern und Botschaften unterordnen lässt. Eng damit verbunden war für ihn die Frage, wie, was und mit welchen Maßstäben die Journalisten über politische Diskussionen und Ereignisse berichten.

Da die politische Meinungsbildung der Bürger entscheidend davon abhängt, was Medien berichten, verdient das Spannungsfeld von Medien und Politik die besondere Aufmerksamkeit der politischen Bildung. Deshalb lädt die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in NRW junge Leute wie Joshua dazu ein, „vor Ort“ auf Entdeckungsreise zu gehen – als junge Journalisten auf einem Parteitag.



Dr. Martin Michalzik

Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungswerk Düsseldorf
Benrather Str. 11
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211/83680560
Fax: 0211/83680569
martin.michalzik@kas.de
www.kas.de/besuchen

Das Bürgerrecht auf Information

Das Bürgerrecht auf Information, dem die Vereinigten Staaten sogar Verfassungsrang einräumen, ist in komplexen Gesellschaften kaum unvermittelt einzulösen. Hier nehmen die (Massen-) Medien eine Schlüsselrolle in der gesellschaftlichen und individuellen Meinungsbildung über Entscheidungen, Institutionen und Personen der Politik ein. Unter dem Titel „Live dabei in... – Jugendworkshop Politik und Medien“ hat die KAS in NRW in den vergangenen Jahren Parteitage als Lernort genutzt, um parteipolitische Diskussionsprozesse und den politischen Journalismus handlungsorientiert und kritisch zu untersuchen:

- ▶ Die Teilnehmer sollten **grundsätzlich** mit Fragen des Journalismus und der Bedeutung der freien Presse im demokratischen Staat vertraut gemacht werden.
- ▶ Die Jugendlichen sollten sich **authentisch** erschließen, wie Selbstverständnis, Arbeitsbedingungen und Arbeitsweisen des politischen Journalismus aussehen.
- ▶ Die Teilnehmer sollten **exemplarisch** und **realistisch** erfahren, wie politische Parteien ihren internen Willensbildungs- und Personalrekrutierungsprozess bewusst so gestalten, dass er über die Massenmedien große Öffentlichkeits- und Werbewirkung findet.
- ▶ Die jungen Leute sollten die Probleme der Auswahl und Vermittlung politischer Prozesse in Medien aktiv mitvollziehen, indem sie selbst die Rolle recherchierender und schreibender „Redakteure“ übernehmen.
- ▶ Die Teilnehmer sollten schließlich **kritisch** Material aus unterschiedlichen Medien und aus ihrer eigenen Arbeit auf die Wirkung von Darbietungsformen, Texten und Bildern sowie auf die Probleme der selektiven und standortgebundenen Berichterstattung reflektieren.

Anfangsinformationen über politische Berichterstattung

Eine Einführung in die Medienlandschaft Deutschlands, ein Überblick über Formen und Formate der politischen Berichterstattung sowie das journalistische Selbstverständnis maßgeblicher Zeitungen, Magazine oder TV-Redaktion bilden den Auftakt. Die Teilnehmer erschließen sich dabei, dass politischer Journalismus stets nur bedingt „unabhängig“ ist. Um das Ereignis Parteitag und das Geschehen später rasch und kundig einordnen zu können, sollte eine Information über die Vorbereitungen und die Dramaturgie eines Parteitags nicht fehlen.

Auch Hintergrundwissen über den aktuellen politischen Stellenwert und die grundsätzliche Rolle für die innerparteiliche Willensbildung ist nötig. Hier können versierte Journalisten einen ersten Insider-Blick hinter die Kulissen der Berichterstattung bieten – und über ihre Arbeitsbedingungen und informellen Netzwerke aufklären.

Schließlich leitet die erste Redaktionskonferenz ins eigene Handeln über: Ideen für Themen und Recherchen, Berichte oder Kommentare werden gesammelt und geordnet. In der Zusammenarbeit mit Jugendpresse Deutschland e.V. konnte über den Düsseldorfer CDU-Parteitag vom Dezember 2004 eine professionell gestaltete, 16seitige Printausgabe aller Beiträge erstellt werden. Die Gestaltung einer „Internetzeitung“ wäre eine einfachere Alternative. Die grundsätzliche Bereitschaft von Journalisten, sich von interessierten Jugendlichen bei der Arbeit „über die Schulter“ schauen zu lassen, gehörte zu den Voraussetzungen unseres Projektes. Für die jungen Leute war es eine beeindruckende Erfahrung, von prominenten Journalisten und TV-bekanntem Politikern mit Interesse wahr- und ernstgenommen zu werden.

Journalistische Arbeit unter Zeitdruck

Neben der Beobachtung und Analyse journalistischer Arbeitsweisen standen für die Teilnehmer eigene Recherche, Interviews und Textarbeit im Zentrum des Seminars. In der Arbeit an ihren Texten, unter dem Eindruck der hektischen Arbeitsbedingungen und der lebhaften Umgebung erlebten sie, unter welchem Druck journalistische Produktion erfolgt und dass ihr Blickwinkel auf das Geschehen nur selektiv sein konnte. Aufschlussreich war ferner, nicht nur Pressevertreter, sondern auch eine Reihe von Delegierten kennen zu lernen. So nahmen sie wahr, wie verschieden Mitglieder einer Partei sein können, wie vielfältig Motive und Formen des politischen Engagements sind.

Abschließend erfolgte ein ausführlicher Vergleich der eigenen Eindrücke und Texte mit der Berichterstattung von Printmedien und Fernsehen. Aufmachung, Titel- und Bildgestaltung wurden gemeinsam mit den Dozenten kritisch auf sachliche Inhalte und Tendenziosität hin betrachtet. Ausführlich setzten sich die Teilnehmer mit der suggestiven Kraft von Bildern in Massenmedien auseinander, z.B. indem sie die schwarz-weiß Aufnahme einer müden CDU-Vorsitzenden am Podiumstisch aus der einen Zeitung und eine strahlende Angela Merkel mit Blumenstrauß auf der Bühne aus einem anderen Blatt nebeneinander legten, die beide am selben Tag erschienen waren. Was die Teilnehmer abschließend einhellig als „spannende, erlebnisreiche und lernstarke“ Seminartage einschätzten, kann aus politischer und pädagogischer Sicht als kreatives und ertragsstarkes Projekt bewertet werden. ○

Eine virtuelle Akademie der politischen Bildung -

www.virtuelle-akademie-fnst.org



Die Virtuelle Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung ist die erste Online-Akademie für politische Bildung in Deutschland. Mit einem breit gefächerten Programm mit jährlich ca. 40 Online-Seminaren hat sie seit 2002 ca. 4000 registrierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht. Die Virtuelle Akademie wurde 2005 mit dem Europäischen E-Learning-Award eureleA ausgezeichnet.



Schwerpunkte

Politische Diskussionen und Politisches Management – das sind die Schwerpunkte des Seminarprogramms der Virtuellen Akademie. Dazu kommen E-Learning-Projekte für Schüler. Kerninhalte der Online-Seminare sind methodisch-didaktisch aufbereitete Materialien und Medien sowie Diskussionen mit Experten. Alle Seminare werden durch Online-Tutoren begleitet und moderiert. Die Online-Seminare der Virtuellen Akademie sind im Sinne von Blended Learning mit „realen“ Veranstaltungen in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach und anderen Städten in Nordrhein-Westfalen verbunden.

Politische Diskussion

Die Seminare zur politischen Diskussion behandeln aktuelle politische Themen. Dabei konzentrieren sie sich auf die Themen Bildung und Globalisierung: z.B. Zukunft der Bildung in der Informationsgesellschaft, Schule im Wettbewerb oder Globalisierung und Entwicklungspolitik, Reform der internationalen Organisationen.

Die Seminare zur politischen Diskussion sind kompakte, zwei bis drei Wochen dauernde Informations- und Diskussionsangebote. Im Mittelpunkt der Seminare stehen Diskussionen mit Experten aus Deutschland und aus dem Ausland. Die Teilnahme ist kostenfrei; die Teilnehmerzahlen liegen zwischen 50 und 100 registrierten Nutzern.

Politisches Management

Die Seminare zum politischen Management geben praktische Hilfe und Beratung für Öffentlichkeitsarbeiter von Vereinen und Verbänden. Wie kann das Internet besser für die eigene Verbandsarbeit genutzt werden? Wie wird die Website besser vermarktet? Wie wird eine Online-Kampagne organisiert? Zum Angebot gehören auch Information und Beratung zur Kommunalpolitik. Zum Beispiel: Wie kann das Internet für mehr Bürgerbeteiligung in der Kommune genutzt werden? Die Seminare zum politischen Management werden in Gruppen zwischen 15 und 20 Teilnehmern durchgeführt und dauern vier bis fünf Wochen. Zu jedem Online-Seminar findet eine Einführungsveranstaltung statt. Für die Teilnahme wird eine Seminargebühr zwischen 60 und 100 Euro erhoben.

E-Learning-Projekte für Schüler: Schule interaktiv

Die Friedrich-Naumann-Stiftung will mit ihren E-Learning-Projekten Impulse für eine zukunftsorientierte politische Bildung in der Schule geben.

Lernwerkstatt Politik

► E-Learning-Projekt für Politik-Kurse der Sekundarstufe 2
Die Lernwerkstatt macht Schülerinnen und Schüler am Beispiel eines aktuellen politischen Themas mit den wichtigsten Arbeitsformen der Online-Arbeit vertraut: Internet-Recherche, Gruppenarbeit in virtuellen Lernräumen, Online-Abstimmungen, Experten-Chats, Foren, Mailinglists. Für Lehrerinnen und Lehrer finden Einführungs-Workshops statt.

Thema der ersten Lernwerkstatt 2003 war „Wohin marschiert die Bundeswehr?“ Die Lernwerkstatt 2004 beschäftigte sich mit der Globalisierung („Freihandel – mehr Wohlstand für alle?“). 2005 sind erneut mehrere Lernwerkstätten zum Thema Globalisierung geplant.

► Schülerzeitungsseminare

Das Online-Seminar vermittelt Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteuren journalistisches Handwerkzeug. Zur Einführung finden regionale Tagesveranstaltungen statt.

► Schülerwettbewerb

Die Friedrich-Naumann-Stiftung führt regelmäßig einen Schülerwettbewerb zu einem aktuellen politischen Thema durch. Der erste Online-Wettbewerb der Virtuellen Akademie 2004 hatte die EU-Erweiterung zum Thema: „Europa – wir machen mehr draus!“

► Online-Bibliothek

Die Online-Bibliothek der Virtuellen Akademie ist öffentlich zugänglich. Sie enthält heute über 500 Dokumente: Texte, Fotos, Schaubilder, Audios und Videos. ○

→ Ludwig Fischer

Virtuelle Akademie
Friedrich-Naumann-Stiftung
virtuelle-akademie@fnst.org
Telefon 0331/70 19 200
www.virtuelle-akademie-fnst.org

Theodor-Heuss-Akademie
theodor-heuss-akademie@fnst.org
Telefon 02261/30 02 - 0
www.tha.fnst.org

Erfahrungswissen für Initiativen



„Ich möchte meine Situation einmal mit einem Vergleich deutlich machen: Ich bin mein Leben lang mit 180 km/h über die Beschäftigungsautobahn gefahren und plötzlich soll ich nur noch spazieren gehen. Das kann ich nicht. Dazu fühle ich mich noch zu fit.“ Herr B. ist 56 Jahre alt, hat in leitender Funktion in einer Bank gearbeitet und ist durch die Fusion zweier Banken vorzeitig in den Ruhestand gegangen.

Mit dieser Einschätzung steht Herr B. nicht allein. Frau S. war selbständig, hat ihre Firma verkauft, weil sie nur die Alternative hatte: ganz oder gar nicht. „Ganz“ hätte sie auf Grund ihrer körperlichen Konstitution nicht durchgehalten, aber für „gar nicht“ hat sie zu viel Energie.

Ältere geben ihre Kompetenzen weiter

Das EFI-Programm (Erfahrungswissen für Initiativen) kommt diesen beiden gerade recht. Menschen werden gesucht, die ihr Erfahrungswissen, das sie im Beruf und in ihrem persönlichen Lebensalltag gesammelt haben, als Multiplikatoren an Menschen und soziale Organisationen im bürgerschaftlichen Engagement weitergeben wollen. Als SeniorTrainer/ Senior-Trainerin sollen ältere Menschen gewonnen werden, die ihre beruflichen Kompetenzen in veränderten Kontexten anwenden wollen.

In einem neuntägigen Bildungsprogramm hat jede und jeder Zeit „ihr/sein Ding“ zu finden, den Bereich, in dem sie/er sich engagieren möchte. Die jeweils dreitägigen Seminarblöcke stehen unter den Motti: Inspirieren, Fokussieren, Initiieren. Vor Ort, an ihrem Wohnort, werden die SeniorTrainer und Trainerinnen von Anlaufstellen, Freiwilligenagenturen, beraten oder stehen in enger Verbindung zu einem Wohlfahrtsverband.

Die ersten Erfahrungen sind sehr eindrücklich, weil die „EFIs“ sich nicht einfach in irgendein Engagement stürzen, sondern sehr genau auswählen und ihr Engagement auch im großen politischen Zusammenhang reflektieren. So soll ihre Arbeit immer nur zusätzliche Arbeit sein, nicht etwa Arbeit, die die Arbeit von Hauptamtlichen überflüssig macht oder Arbeitsstellen ersetzt, die dann gestrichen würden. „Engagement auf Augenhöhe“ nennen sie ihren Wunsch nach selbst bestimmten Gestaltungsräumen, selbstverständlich in Absprache mit der Institution, für die sie arbeiten.

Unterschiedliche Projekte für jede Zielgruppe

Sehr unterschiedliche Projekte für sehr unterschiedliche Zielgruppen haben die SeniorTrainer, – innen entwickelt. Zusammen mit Schulsozialarbeit boten mehrere Männer ein Bewerbungstrainingsprogramm für Schüler an. Sie selbst haben dabei wiederum Multiplikatoren ausgebildet. Ein ehemaliger Unternehmensberater hat ein Projekt für Schulverweigerer beraten.



Gerrit Heetderks

Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein e.V.
Postfach 102253
40013 Düsseldorf
Tel: 0211/3610-220
Fax: 0211/3610222
info@eeb-nordrhein.de
Internet: www.eeb-nordrhein.de

„Die Sozialarbeit hat gute Konzepte, die Mitarbeitenden sind sehr engagiert, aber man muss auch in eine professionelle Organisation und Öffentlichkeitsarbeit investieren. Ein guter Wille und Engagement allein genügen nicht“, so sein Kommentar. Inzwischen profitieren alle von der Zusammenarbeit: er selbst, weil er gesehen hat, wie sein Engagement dem Projekt genutzt hat, die Mitarbeitenden des Projektes, weil sie sonst niemals die Beratung eines professionellen Unternehmensberaters hätten in Anspruch nehmen können, und nicht zuletzt die Menschen, um die sich das Projekt dreht, weil die Professionalität des Projektes ihnen zugute kommt. „Wir haben durch diese Zusammenarbeit viel gelernt“ – so die Mitarbeitenden.

Eine ehemalige Steuerberaterin bietet in Zusammenarbeit mit dem Ev. Erwachsenenbildungswerk Nordrhein, mit einer Lehrerin und dem Direktor einer Gesamtschule einen Kulturführerschein® für Kids an. Sie möchten Schülerinnen und Schülern kulturelle Einrichtungen nahe bringen und mit ihnen über Alltagskultur ins Gespräch kommen. Ein weiteres Projekt entstand von mehreren „EFIs“, die die Initiative start³ ins Leben riefen (www.start-3.de). „Wir wollen den Schritt in die dritte Lebensphase erleichtern. ...Wir wollen...ein breites Engagement für alle Generationen unserer Gesellschaft anregen und fördern.“

Dauerhafte Strukturen

Zunächst ist das Projekt Erfahrungswissen für Initiativen (www.efi-programm.de) ein auf fünf Jahre begrenztes Modellprojekt, das vom Bund und von den Ländern finanziert wird. Das Land NRW ist jedoch schon jetzt dabei, Strukturen zu schaffen, damit nach dem Auslaufen des Projektes, Kommunen und Wohlfahrtsverbände dieses Projekt weiter verfolgen können. ○

Mehr Raum für Frauen!

Sozialmanagement und frauenpolitische Handlungskompetenzen an einem besonderen Lernort



„Die Auseinandersetzung mit Sozial-Management als Frauen, die Beschreibung bzw. Definition von Sozial-Management aus Frauensicht ist meinem und unserem Verständnis nach eine hochpolitische/gesellschaftspolitische Angelegenheit. Denn hier geht es nicht "neutral" um Erhöhung von Arbeitszufriedenheit, Professionalisierung, Effektivierung von Arbeitsabläufen oder Veränderung/Verflachung von Hierarchien. Vielmehr werden in der Auseinandersetzung mit den Themen, die über Jahrhunderte hinweg gewachsenen, männlich dominierten und Frauen ausgrenzenden gesellschaftlichen Strukturen mit einbezogen. Damit wird einerseits erreicht, dass Frauen nicht alle beruflichen Schwierigkeiten auf individuelles Versagen zurückführen, sondern auch strukturelle Gründe und Zusammenhänge erkennen. Andererseits lässt die Beschäftigung mit Sozial-Management unter Frauen eine Differenzierung zwischen den Frauen zu.“ (S.H.)

Das Projekt

Seit 1998 führt der Verein für politische Frauenbildung im Frauenbildungshaus Zülpich eine 1 1/2 jährig dauernde berufsbegleitende Fortbildungsreihe "Sozial-Management für Frauen" durch. Deren Inhalte beruhen auf sechs Säulen:

- ▶ Standortbestimmung - Potentiale, Kompetenzen, Profil, Selbst- und Fremdwahrnehmung
- ▶ Zusammenarbeit und Teamarbeit - Macht, Führen, Leiten, Personalmanagement
- ▶ Kommunikations- und Konfliktmanagement - konsensorientierte Kommunikation, Moderation, Verhandlungsführung, Konfliktlösungsstrategien
- ▶ Organisationskultur und -ethik - Werte, Normen, Ziele, Strukturen, Umwelt
- ▶ Arbeitsorganisation - Rechtsformen, Finanzierungsmöglichkeiten
- ▶ Öffentlichkeitsarbeit - Sichtbarwerden nach außen, Gremienarbeit, Vernetzung.

In der Fortbildungs-Reihe geht es darum, individuelle Reflexions- und Lernprozesse mit gesellschaftskritischer Theorie zu verknüpfen, den Blick zu schärfen für das eigene Profil, gesellschaftliche Werte und Strukturen sowie die Gestaltungskraft von Frauen zu stärken. In dieser Bildungsarbeit sind geistige, reflexive, soziale und emotionale Kompetenzen untrennbar miteinander verbunden; diese Sichtweise bestimmt auch die Methodenwahl und -vielfalt. Mit Übungen aus dem Coaching, der Supervision und dem Focusing werden Praxiserfahrungen der Teilnehmerinnen reflektiert und Handlungsalternativen aufgezeigt. Durch Textarbeit werden historische, soziale und ökonomische Hintergründe und Zusammenhänge analysiert. Gruppenpädagogische Ansätze führen zu Themen wie „Verantwortung übernehmen, kooperieren, delegieren, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten entwickeln“. Zu den einzelnen inhaltlichen Schwerpunkten vermitteln Fachreferentinnen die notwendigen theoretischen Grundlagen, die durch ergänzende Praxisreflexion lebendig und anschaulich werden. All das erfordert von den Referentinnen ein hohes Maß an Fachwissen, Souveränität und Flexibilität, um die vielfältigen Erfahrungen und unterschiedlichen Sichtweisen auf das Leben und die Welt miteinander zu verbinden.

Der Hintergrund: Frauenpolitik!

Seit den 90er Jahren unterliegt die Lebens- und Arbeitswelt von Frauen einer enormen Veränderungs-Dynamik. Frauenpolitisch orientierte Bildungsarbeit baut auf der gesellschaftspolitischen Analyse dieser Veränderungen auf und unterstützt Frauen darin, ihre Handlungskompetenz weiter zu entwickeln. Seit mehr als 20 Jahren führt der Verein für politische Frauenbildung Seminare durch zu persönlichen, beruflichen und politischen Lern- und Entwicklungsprozessen, zur Wissens- und Kompetenzerweiterung. Ende der 70er Jahre ging es darum, die Öffentlichkeit mittels feministischer Analyse von gesellschaftlichen Strukturen für die Wahrnehmung von Benachteiligung, Diskriminierung und vor allem Gewalt gegen Mädchen und Frauen zu sensibilisieren und für die Abschaffung dieser Diskriminierung zu kämpfen. In den 80er Jahren standen mehr Chancengleichheit für Frauen, der Abbau struktureller Ungleichheiten, eine adäquate Bezahlung und Bewertung von Frauenarbeit im Vordergrund.

Heute ist das Ziel einer politischen Frauenbildungsarbeit, Frauen lebensbegleitend und umfassend zu unterstützen, damit sie mehr Raum einnehmen und vorhandene gesellschaftliche Möglichkeiten nutzen. Dabei muss die Vielfalt und Verschiedenheit von Kulturen, Geschichte(n), Biografien, Lebenskonzepten, Lebenssituationen, Arbeitsverhältnissen etc. der Frauen ins Blickfeld genommen werden.

Perspektiven und Probleme

Wir ermuntern die Frauen zur Ausgestaltung ihrer unterschiedlichen Kompetenzbereiche, damit sie sich z. B. in betriebliche Belange einmischen, soziale, strukturelle, ökologische und ökonomische Verhältnisse verändern und durch Vernetzung ihre Interessen durchsetzen können. Frauenbildungsarbeit ist handlungsorientiert – sie unterstützt konkrete Gestaltungsstrategien von Frauen zur Verbesserung ihrer individuellen politischen und gesellschaftlichen Situation. Die Zielgruppen, die wir bisher kaum erreichen, sind Frauen zwischen 20 und 30 Jahren, allein erziehende Frauen, Migrantinnen, Sozialhilfeempfängerinnen und arbeitslose Frauen. Unsererseits gibt es die Überlegungen, einen kostenlosen Beratungs- und Bildungs-Service aufzubauen, um diese Zielgruppen unterstützend zu beraten. Leider fehlen z. T. die finanziellen Mittel, um dieses Vorhaben in einem größerem Umfang durchzuführen. ○



Sigrid Titze

Frauenbildungswerk des Vereins für politische Frauenbildung e.V./Frauenbildungshaus Zülpich
Prälat-Franken-Str. 22
53909 Zülpich-Lövenich
Tel. : 022 52/44 54
Fax: 02252/4257
info@frauenbildungshaus-zuelpich.de
www.frauenbildungshaus-zuelpich.de/

03

service

Die folgenden Seiten zeigen verschiedene Zugänge zur politischen Erwachsenenbildung auf – es ist möglich, eine der Fach-Institutionen und Internet-Datenbanken zu nutzen, die über Seminare und Veranstalter informieren, über die Dachverbände nach einem geeigneten Anbieter oder Angebot zu suchen oder eine Bildungsberatungsstelle zu kontaktieren.

Bildungsurlaub/ Arbeitnehmerweiterbildung

„**Bildungsurlaub**“ heißt: Freistellung von der Arbeit für Bildungsveranstaltungen – eine soziale Errungenschaft vieler (nicht aller!) Bundesländer, die auf Ländergesetzen beruht. Der Anspruch erstreckt sich auch auf politische Weiterbildung und umfasst in der Regel bis zu 5 Tage. In Nordrhein-Westfalen ist diese Möglichkeit, zusätzliche Lernzeiten unter anderem für politisches Lernen zu erlangen, im Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und politischen Weiterbildung – kurz Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG) – geregelt. Den vollständigen Gesetzestext können Sie einsehen unter der Web-Adresse www.weiterbildung-nrw.de (unter "Rechtliche Grundlagen").

Einen weitgehenden Überblick über das Angebot in Nordrhein-Westfalen kann man beim Bildungsurlaubs-Server www.bildungsurlaub.de bekommen.

Auskünfte und individuelle Beratung sind auch bei den Bildungseinrichtungen zu erhalten, die Arbeitnehmerweiterbildungs-Seminare organisieren. □

Politische Erwachsenenbildung

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1 - 401210 Düsseldorf

www.politische-bildung.nrw.de

Die Landeszentrale für politische Bildung NRW unterstützt Projekte und Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung, die politische Bildung in Schulen und Jugendeinrichtungen und bietet politische Grundinformationen (Publikationen und Medien) für MultiplikatorInnen und jedermann.

Auf dieser Seite finden Sie unter dem Schlagwort „Vor Ort“ auch eine Suchmöglichkeit zu den etwa 60 auf politische Erwachsenenbildung spezialisierten Bildungseinrichtungen von Nordrhein-Westfalen.

Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86 - 53113 Bonn

www.bpb.de

Die Bundeszentrale für politische Bildung leistet Ähnliches auf Bundesebene: D.h. sie bietet Publikationen und Internet-Themenportale für alle Bürger/innen sowie eine fachliche Unterstützung der politischen Weiterbildung. Die von ihr geförderten Bildungseinrichtungen sind auf der genannten Internetseite unter „Partner“ und „Anerkannte Bildungsträger“ aufgelistet und verlinkt.

Informations-Portal zur politischen Bildung

www.politische-bildung.de

Ein Angebot der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung - hier sind aktuelle Materialien, Linktipps und Veranstaltungshinweise sowie der Zugang zu den übrigen Landeszentralen für politische Bildung zu finden.

Suchmaschine "Weiterbildung in NRW"

www.weiterbildung.in.nrw.de

Mit Hilfe dieser Internet-Suchmaschine können Sie das für Sie passende Weiterbildungsangebot aus 52971 Angeboten von 464 Weiterbildungsträgern in NRW finden. Die Suchmaschine erstreckt sich auf alle Themenbereiche, wie z.B. berufliche Weiterbildung, Sprachen, EDV, politische Bildung, Familienbildung usw. □

Landesverbände der Weiterbildung

Die folgenden Anschriften führen Sie zu den Dachverbänden der nordrhein-westfälischen Weiterbildung, die selbst in der Regel keine politische Erwachsenenbildung durchführen. In fast allen Gruppen sind Angebote und Partner der politischen Bildung vertreten, und diese Verbände geben Ihnen gern Hinweise auf ihre Mitgliedseinrichtungen. Die Bildungseinrichtungen, die ausschließlich oder überwiegend politische Erwachsenenbildung bieten, sind auf der Seite der Landeszentrale für politische Bildung (siehe Seite 78) zu finden.

AG Evangelische Familienbildung in Westfalen und Lippe

Straße, Nr. Friesenring 32/34

PLZ, Ort 48147 Münster

Telefon 0251-27 09 210

Fax 0251-27 09 902

E-Mail behse@dw-westfalen.de

Internet www.familienbildung-in-nrw.de/e648/e1181/

Arbeitskreis Bildungsstätten und Akademien (HVHS) in NW

Straße, Nr. Breite Straße 108

PLZ, Ort 50667 Köln

Telefon 0221-25 81 271

Fax 0221-25 67 63

E-Mail info@aba-nrw.de

Internet www.aba-nrw.de

Arbeitskreis Familienbildung im Deutschen Roten Kreuz NW

Straße, Nr. Auf'm Hennekamp 71

PLZ, Ort 40225 Düsseldorf

Telefon 0211-31 040

Fax 0211-31 04 162

E-Mail e.rocholl@drk-nordrhein.net

Internet <http://www.familienbildung-in-nrw.de/content/e648/e1027/>

Bildungswerk des Landessportbundes NW e. V.

Straße, Nr. Friedrich-Alfred-Straße 25

PLZ, Ort 47015 Duisburg

Telefon 0203-73 81 770

Fax 0203-73 81 776

E-Mail blsb-nrw@t-online.de

Internet www.lsb-nrw.de/blsb/index.shtml

Bildungswerk der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft e. V.

Straße, Nr. Uerdinger Straße 58 - 62

PLZ, Ort 40474 Düsseldorf

Telefon 0211-45 73 1

Fax 0211-45 73 144

E-Mail bw-nrw@bildungswerk-nrw.de

Internet: www.bildungswerk-nrw.de/

Deutsche Angestellten-Akademie NRW

Straße, Nr. Postfach 10 20 53

PLZ, Ort 40011 Düsseldorf

Telefon 0211-15 97 98 11

Fax 0211-15 97 98 10

E-Mail info.daa-duesseldorf@daa-bw.de

Internet www.daa-duesseldorf.de/

Evangelische Erwachsenenbildung Nordrhein e. V.

Straße, Nr. Graf-Recke-Str. 209

PL, Ort 40237 Düsseldorf

Telefon 0211/36 10- 20

Fax 0211/36 10 222

E-Mail info@eeb-nordrhein.de

Internet www.ekir.de/eeb-nordrhein/

Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe

Straße, Nr. Olpe 35

PLZ, Ort 44135 Dortmund

Telefon 0231-54 09 40

Fax 0231-54 09 49

E-Mail ebw@ebwwest.de

Internet www.ebwwest.de

Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung e. V.

Straße, Nr. August-Bebel-Straße 135 - 145

PLZ, Ort 33602 Bielefeld

Telefon 0521-52 16 117

Fax 0521-52 16 118

E-Mail mail@laaw-nrw.de

Internet www.laaw-nrw.de

Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben NRW e. V.

Straße, Nr. Mintropstraße 20

PLZ, Ort 40215 Düsseldorf

Telefon 0211-93 80 00

Fax 0211-93 80 025

E-Mail info@aunrw.de

Internet www.aunrw.de

Landesverbände der Weiterbildung

Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt NRW c/o PEV

Straße, Nr. Hohenstaufenallee 1
PLZ, Ort 45888 Gelsenkirchen
Telefon 0209-20 45 58
Fax 0209-14 79 079
E-Mail lag@awo-nrw.de
Internet: www.awo-nrw.de

Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke c/o Haus Neuland

Straße, Nr. Senner Hellweg 493
PLZ, Ort 33689 Bielefeld
Telefon 05205-91 260
Fax 05205-9126 99
E-Mail info@haus-neuland.de
Internet: www.ldb-nrw.de/

Landesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familienbildungsstätten und –werke im Rheinland

Straße, Nr. Haus der Familie Hinter der Kirche 34
PLZ, Ort 47058 Duisburg
Telefon 0203-30 52 828
Fax 0203-30 52 858
E-Mail gbrosda@dw-rheinland.de
Internet: www.familienbildung-in-nrw.de/content/e648/e1103/

Landesarbeitsgemeinschaft Familien-Weiterbildung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) NRW

c/o Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Niederrhein e. V.
Straße, Nr. Lützowstraße 32
PLZ, Ort 45141 Essen
Telefon 0201-31 05 220
Fax 0201-31 05 253
E-Mail info@dawo-niederrhein.de
Internet: www.familienbildung-in-nrw.de/content/e648/e1022/

Landesarbeitsgemeinschaft der Familienbildungsstätten im Paritätischen

Straße, Nr. Loher Straße 7
PLZ, Ort 42283 Wuppertal
Telefon 0202-28 22 228
Fax 0202-28 22 33
E-Mail wolfgang.derwanz@paritaet-nrw.org
Internet: www.familienbildung-in-nrw.de/content/e648/e1018/

Landesarbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Weiterbildung in NRW c/o DGB-Bildungswerk

Straße, Nr. Bismarckstraße 77
PLZ, Ort 40210 Düsseldorf
Telefon 0211-17 52 30
Fax 0211-17 52 31 61
E-Mail an-das@dgb-bildungswerk-nrw.de
Internet: www.dgb-bildungswerk-nrw.de

Landesarbeitsgemeinschaft für Katholische Erwachsenen- und Familienbildung in NRW

Straße, Nr. Breite Straße 108
PLZ, Ort 50667 Köln
Telefon 0221-25 81 271
Fax 0221-25 67 63
E-Mail info@lag-keb-nrw.de
Internet: www.lag-keb-nrw.de

Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V.

Straße, Nr. Heiliger Weg 7 -9
PLZ, Ort 44135 Dortmund
Telefon 0231-95 20 580
Fax 0231-95 20 583
E-Mail engel@vhs-nrw.de
Internet: www.vhs-nrw.de

Landesverband NW für Weiterbildung in Technik und Wirtschaft e. V.

c/o Haus der Technik e. V.
Straße, Nr. Hollestraße 1
PLZ, Ort 45127 Essen
Telefon 0201-18 03 344
Fax 0201-18 03 346
E-Mail information@dhd-essen.de

Paritätisches Bildungswerk e. V. Landesverband NRW

Straße, Nr. Loher Straße 7
PLZ, Ort 42283 Wuppertal
Telefon 0800 22 62 222
Fax 0202-28 22 233
E-Mail bildung@paritaet-nrw.org
Internet: www.bildung.paritaet-nrw.org/



Bildungsberatungsstellen in NRW

Trägerübergreifende Bildungsberatungsstellen gibt es in vielen Regionen Nordrhein-Westfalens. Es handelt sich meist um kommunale Einrichtungen oder regionale Gemeinschaftsinitiativen, die Bürgerinnen und Bürger in Fragen der Weiterbildung kostenlos, unbürokratisch und trägerneutral beraten.

Bildungsberatung an der Volkshochschule Detmold

Krumme Str. 20 - 32756 Detmold
Tel.: 05231-97 72 32

Bildungsberatung an der Volkshochschule der Stadt Dortmund

Hansastr. 2 - 4 - 44135 Dortmund
Tel.: 0231-50 22 435

Bildungsberatung der Stadt Düsseldorf

Bertha-von-Suttner-Platz 1 - 40227 Düsseldorf
Tel.: 0211-89 93 499

Stadt Duisburg

Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten

Bismarckstr. 150-158 - 47057 Duisburg
Tel.: 0203-28 33 117

Bildungsberatung der Stadt Essen

Hollestr. 3 - 45127 Essen
Tel.: 0201-88 88 403

Bildungs- und Schulberatung Kreis Gütersloh

Kreishaus Gütersloh - Herzebrocker Str. 140 -
33334 Gütersloh
Tel.: 05241-85 15 06

Weiterbildungsberatung der Stadt Hagen - IQW

Vorhaller Str. 21 - 58089 Hagen
Tel.: 02331-20 74 416

Amt für Weiterbildung - VHS Köln

Stadthaus - 50605 Köln
Tel.: 0221-22 13 02 22

Lernende Region Netzwerk Köln

Am Heumarkt 54 - 50667 Köln
Tel.: 02 21-99 08 29-0

Bildungsberatung der Stadt Münster

Ludgeriplatz 4 - 48151 Münster
Tel.: 0251-49 24 070

Weiter-mit-Bildung. Weiterbildungsberatung c/o Forschungsinstitut Arbeit Bildung Partizipation e. V.

Münsterstr. 13-15 - 45657 Recklinghausen
Tel.: 02361-90 08 96

Stiftung Weiterbildung Kreis Unna

Friedrich-Ebert-Str. 17 - 59425 Unna
Tel.: 02303- 27 17 90



Zum Ein- und Weiterlesen

Die folgende kleine Auswahl aus der umfangreichen Literatur zur politischen Erwachsenenbildung beschränkt sich auf jüngere Beiträge von nordrhein-westfälischen Autorinnen und Autoren bzw. zur Geschichte der politischen Bildung Nordrhein-Westfalens.

Klaus Ahlheim: Vermessene Bildung?

Wirkungsforschung in der politischen Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2003, 56 Seiten

Andreas von Below/Dieter Gauger (Hrsg.):

Der Demokratie verpflichtet.

Bausteine für die Zukunft der politischen Weiterbildung, St. Augustin (Konrad-Adenauer-Stiftung) 2004, 283 Seiten

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.)

Politische Bildung und Globalisierung, Opladen (Leske Verlag) 2002, 318 Seiten

Paul Ciupke u.a. (Hrsg.):

Erwachsenenbildung und politische Kultur in Nordrhein-Westfalen. Themen – Institutionen – Entwicklungen seit 1945, Essen (Klartext Verlag) 2003, 482 Seiten

Veronika Fischer/Monika Springer/Ioanna Zachariki (Hrsg.)

Interkulturelle Kompetenz. Fortbildung - Transfer - Organisationsentwicklung, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2005, 269 Seiten

Klaus-Peter Hufer: Argumentationstraining gegen

Stammtischparolen. Materialien und Anleitung für Bildungsarbeit und Selbstlernen, 6. Aufl., Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag), 2003, 117 Seiten

Klaus-Peter Hufer/Kerstin Pohl/Imke Scheurich (Hrsg.):

Positionen der politischen Bildung. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2004, 399 Seiten

Landeszentrum für Zuwanderung/Bildungswerk der

Humanistischen Union (Hrsg.), Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft, bearbeitet von Heidi Behrens und Jan Motte, Schwalbach/Ts. (Wochenschau-Verlag) 2005 (ca. 400 Seiten, im Erscheinen)

Thomas Meyer/Reinhard Weil (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, Bonn (Dietz-Verlag) 2002, 463 Seiten

Netze und lose Fäden. Politische Bildung gegen gesellschaftliche Desintegration, hrsg. von Günter Schneider und Franz-Josef Jelich im Auftrag von Arbeit und Leben DGB/VHS, Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2002, 384 Seiten

Ein Grundsatzpapier „Zum demokratischen und professionellen Standort politischer Erwachsenenbildung“ wurde 2001 von der gleichen Arbeitsgruppe, die diese Broschüre erstellt hat – es ist im Internet nachzulesen unter „<http://www.dgb-bildungswerk-nrw.de/MATERIAL/UNION.HTM>“ oder unter „http://www.hu-bildungswerk.de/onlinearchiv_positionspapier.php“

Herausgeber:

Gesprächskreis für Landesorganisationen
der Weiterbildung NRW,
c/o Landesverband der Volkshochschulen von NRW,
Heiliger Weg 7-9, 44135 Dortmund

Konzept:

Arbeitsgruppe Politische Bildung NRW

Redaktion:

Dr. Paul Ciupke, Dr. Susanne Eichler,
Dr. Klaus-Peter Hufer, Dr. Norbert Reichling,
c/o Bildungswerk der Humanistischen Union,
Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen

Gestaltung:

Büro Ullrich/Düsseldorf

Fotos:

www.photocase.com

Die übrigen Fotografien wurden von den Autorinnen
und Autoren der Berichte zur Verfügung gestellt.

Lektorat:

Annette Krus-Bonazza/Bochum
Steffanie Fehling/Düsseldorf

Produktion:

Die Qualitaner/Düsseldorf

Druck:

Heining+Müller GmbH/Mülheim

September 2005

veröffentlicht mit Unterstützung der Landeszentrale
für politische Bildung NRW